

Steinkohle

2003

*Energie und
Sicherheit*

Gesamtverband des deutschen Steinkohlenbergbaus

**Steinkohle
Jahresbericht
2003**

Gesamtverband des deutschen Steinkohlenbergbaus

Ein Wort zuvor

Der Handlungsrahmen der Energiepolitik ist durch die Liberalisierung der Strom- und Gasmärkte in der Europäischen Union, die Klimapolitik und die deutsche Atomgesetznovelle zur geordneten Beendigung der Nutzung der jetzigen Kernkraftwerke entscheidend verändert worden.

Zugleich bestehen die Risiken der hohen und zunehmenden Abhängigkeit der Länder der Europäischen Union von Energieimporten weiter. Auch die jüngsten großen Stromausfälle in den USA und in Europa haben deutlich gemacht, dass die langfristige Vorsorge für die Sicherheit der Energieversorgung nicht vernachlässigt werden darf.

Ein signifikanter Anteil heimischer Energieträger ist wichtig, um die Risiken beherrschbar zu halten. Die Politik ist gefordert, Umwelt- und Klimaschutz, Wirtschaftlichkeit und Versorgungssicherheit unter geänderten Bedingungen gleichrangig zu entwickeln.

Für den deutschen Steinkohlenbergbau ist der energiepolitische Auftrag die Existenzgrundlage. Zur Jahresmitte 2003 ist die Grundsatzentscheidung über die Zukunft des deutschen Steinkohlenbergbaus im Anschluss an die bis Ende des Jahres 2005 geltende derzeitige Finan-

zierungsvereinbarung gefallen. Das vereinbarte Ziel ist ein langfristiger Sockel heimischer Steinkohle, der – ausgehend von der in 2005 angestrebten Kapazität von 26 Mio t – am Ende des Zeitraums 2006 bis 2012 16 Mio t umfassen soll. Die Personalanpassung soll wie bisher sozialverträglich ohne betriebsbedingte Kündigungen erfolgen.

Nach den im September 2003 getroffenen Entscheidungen zur Stilllegung der Bergwerke Warndt/Luisenthal und Lohberg/Osterfeld in den Jahren 2006 und 2007 sind bis 2012 weitere Maßnahmen notwendig, über die 2004 entschieden werden soll.

Mit den auf Dauer verbleibenden Schachtanlagen wird der deutsche Steinkohlenbergbau seinen Beitrag zur Sicherung der Energieversorgung und zur Weiterentwicklung der international führenden deutschen Technologien im Bergbau sowie bei der effizienten Kohlenutzung weiterhin leisten können.

Essen, im Oktober 2003



Dr. Werner Müller

Vorsitzender des Vorstandes
des Gesamtverbandes des
deutschen Steinkohlenbergbaus

Inhalt

Steinkohle – Energie und Sicherheit	Seite	5
Energie in der Welt		18
1. Weltenergiebedarf		18
2. Perspektiven der Weltenergieversorgung		20
3. Missverhältnis zwischen Energievorräten und Verbrauchsstruktur		22
4. Geopolitische Risiken		24
5. Weltförderung an Steinkohle		26
6. Welthandel mit Kohle		28
7. Kohle in der Weltstromerzeugung		30
8. Globale CO ₂ -Emissionen		32
9. Internationale Klimapolitik		34
Energie in Europa		36
10. Energie in der Europäischen Union		36
11. Stromerzeugung in der Europäischen Union		38
12. Klimavorsorge in der Europäischen Union		40
13. Steinkohle in der Europäischen Union		42
14. Die Europäische Union im Wandel		44
Energie in Deutschland		46
15. Primärenergiebedarf in Deutschland		46
16. Strombedarf in Deutschland		48
17. Klimavorsorge in Deutschland		50
18. Modernisierungsoffensive für die Kohle		52
19. Subventionen in Deutschland		54
Steinkohle in Deutschland		56
20. Kohlepolitische Weichenstellungen		56
21. Steinkohlenmarkt in Deutschland		58
22. Steinkohlenbergbau als Wirtschafts- und Beschäftigungsfaktor		60
23. Rationalisierung im deutschen Steinkohlenbergbau		62
24. Ausbildung im Steinkohlenbergbau		64
25. Deutsche Steinkohle und Klimavorsorge		66
26. Deutsche Bergbautechnik		68
27. Dialog mit der Öffentlichkeit		70
28. Steinkohlenbergbau im Strukturwandel		72
Anhang		74

Steinkohle – Energie und Sicherheit

Nationaler Steinkohlesockel

Die deutsche Steinkohle, die bei weitem größte nationale Energierohstoffreserve, ist bekanntermaßen wegen ihrer hauptsächlich geologisch bedingten Kostennachteile auf staatliche Unterstützung angewiesen. Steinkohlenförderung in Deutschland findet deshalb nur noch in dem Umfang statt, wie dies staatlich beauftragt und mit Beihilfen flankiert wird. Dafür gewährleistet der deutsche Steinkohlenbergbau mit hochentwickelter Technologie einen zuverlässigen Anteil an der Energieversorgung und hält zugleich den Zugang offen zu heimischen Vorräten, die sicher gewinnbar sind und noch für Jahrhunderte ausreichen – unabhängig von Krisen und Konflikten in der Welt.

Die bis 2005 geltende Kohlevereinbarung vom März 1997 wird weiterhin von allen Beteiligten vertragstreu umgesetzt. Sie ist inzwischen von der EU-Kommission vollständig genehmigt und nach dem Auslaufen des EGKS-Vertrages durch eine neue EU-Beihilfenverordnung des Rates auch im EU-Beihilfenrecht abgesichert worden.

Für die Zeit im Anschluss an diese Regelung, also ab 2006,

konnte im Juli 2003 unter der Federführung des Bundeskanzlers eine Grundsatzvereinbarung erzielt werden. Die Bundesregierung hat sich mit dem Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen, dem Steinkohlenbergbau und der Industriewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie auf den Erhalt eines langfristigen Sockelbergbaus geeinigt. Die Einigung sieht eine weitere Rückführung der Steinkohlenförderung von 26 Mio Tonnen in 2005 auf 16 Mio Tonnen in 2012 vor. Der damit verbundene Anpassungsprozess soll nach dem erklärten Willen der Politik sozialverträglich erfolgen, das heißt, dass kein Mitarbeiter betriebsbedingt in den Arbeitsmarkt entlassen werden soll.

Im Jahr 2012 wird es der Einigung zufolge einen Kernbestand an heimischer Steinkohlenförderung geben, der den Zugang zu den wesentlichen Lagerstätten bewahrt und den zukünftigen nationalen Kohlesockel darstellen soll. Dies steht im Einvernehmen mit der zunächst bis 2010 laufenden EG-Beihilferegelung, die ab 2004 auch für die EU-Beitrittsländer gilt und rechtzeitig fortzuschreiben ist. Denn die EU hat einen nationalen Energiesockel unter Ein-

schluss heimischer Steinkohle aus Gründen der Versorgungssicherheit ausdrücklich als Begründung für staatliche Kohlebeihilfen anerkannt. Für die Sicherheit der nationalen Stromversorgung ist wichtig, dass der Verbund von inländischer Steinkohlengewinnung und -verstromung erhalten bleibt.

Für den Steinkohlenbergbau bedeutet diese Verständigung einen weiteren Kapazitätsschnitt um nahezu 40% bis 2012. Die Zahl der Beschäftigten, die von heute etwa 42.000 bis Ende 2005 planmäßig auf 36.000 reduziert wird, muss im Rahmen dieser weiteren Anpassung von 2006 bis 2012 auf eine Größenordnung von etwa 20.000 verringert werden. Um dies sozialverträglich zu gestalten, ist unter anderem auch eine Verlängerung der Anpassungsgeldregelung erforderlich. Die Konkretisierung und Umsetzung dieser Kapazitätsanpassung mit entsprechenden Standortentscheidungen wird Unternehmen und Belegschaft, aber auch die Regionen dennoch erneut vor erhebliche Herausforderungen stellen und große Opfer verlangen.

Die Steinkohlebeihilfen, die von 1997 bis 2005 bereits halbiert

werden, gehen insgesamt weiter zurück. Die Betriebsbeihilfen verringern sich entsprechend dem Rückgang der Förderkapazität. Der Steinkohlenbergbau ist damit Vorreiter beim Subventionsabbau in Deutschland. Die weiterhin ebenfalls gewährten Hilfen zur Altlastendeckung haben mit dem lebenden Bergbau nichts zu tun und können ebenso wenig wie Hilfen im Zusammenhang mit dem geordnet und sozialverträglich verlaufenden Stilllegungsprozess der aktuellen Steinkohlenförderung zugerechnet werden.

Die rechtlichen und finanziellen Detailregelungen über die Finanzierung der Steinkohlenförderung 2006 bis 2012 werden gegenwärtig noch intensiv verhandelt. Für den deutschen Steinkohlenbergbau und seine Beschäftigten ist eine rechtzeitige und rechtssichere Anschlussregelung erforderlich, um den Anpassungsprozess weiterhin ohne große Verwerfungen planen und gestalten zu können. Die endgültigen Entscheidungen über die erforderlichen Maßnahmen zur Schließung und zum Fortbestand von einzelnen Standorten können erst nach Abschluss der Verhandlungen getroffen werden.

Versorgungssicherheit im energiepolitischen Dreiklang

Die Versorgungssicherheit ist zusammen mit der Wirtschaftlichkeit und der Umweltverträglichkeit eines der drei klassischen Ziele der Energiepolitik. Eine dauerhaft tragfähige und damit nachhaltige Energiepolitik verlangt eine ständige Balance zwischen diesen Zielen.

Die Wirtschaftlichkeit, häufig nur mit Wettbewerbsfähigkeit gleichgesetzt, erfährt im Zuge der Liberalisierung der Energiemärkte allgemeine Beachtung, und die Umweltverträglichkeit, beinahe nur noch als Klimaschutz definiert, dominiert die energiepolitische Diskussion. Dagegen wird die Versorgungssicherheit zwar als „ceterum censeo“ erwähnt, es fehlt aber häufig die Bereitschaft, dafür auch vorzusorgen. Die nationale Energieversorgungssicherheit kann dabei jedoch nicht allein Aufgabe privaten Unternehmertums sein, sondern gehört als öffentliches Gut in den Verantwortungsbereich der staatlichen Wirtschafts- und Energiepolitik.

Der jetzt beschlossene nationale Steinkohlesockel ist vor diesem Hintergrund als Maßnahme

zur Wahrung eigener Optionen zur Begrenzung der Risiken der hohen und wachsenden Importabhängigkeit der Energieversorgung Deutschlands zu sehen. Dafür ist es notwendig, einen Teil des Primärenergiebedarfs, insbesondere in der Stromerzeugung, aus heimischen oder quasi-heimischen Energieträgern zu decken. Denn ein breit diversifizierter Energiemix unter Einschluss der inländischen Kohle und der Zugriffsmöglichkeiten auf eigene Reserven bietet die beste Gewähr für eine verlässliche Strom- und Energieversorgung. Auch Regenerative Energien müssen ihren Teil dazu beitragen. Es ist jedoch falsch, einen Gegensatz ausgerechnet zur Kohle zu konstruieren, denn Regenerative Energien wie z.B. die Windkraft sollen in Deutschland längerfristig bereits an die Stelle auslaufender Atomkraftwerke treten und die hohe Ölabhängigkeit unserer Volkswirtschaft begrenzen. Dringend nötig wäre deshalb ein neues energiepolitisches Gesamtkonzept, das Kohle, andere fossile Energieträger und Regenerative Energien in der Energieversorgungsstruktur adäquat berücksichtigt und allen energiepolitischen Zielen Rechnung trägt, künftig auch wieder verstärkt der Versorgungssicherheit.

Ein dauerhafter globaler „Energiefrieden“ ist aufgrund der geopolitischen und -ökonomischen Entwicklungen nicht zu erwarten. Das Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) ist mit Unterstützung der Volkswagen-Stiftung in einer Studie mit dem Titel „Globale Energiesicherheit – Strategische Herausforderungen für die europäische und deutsche Außenpolitik“ kürzlich zu dem Ergebnis gekommen, dass die Frage der Sicherstellung der Energieversorgung in den nächsten Jahrzehnten dringend auf die Agenda der internationalen, europäischen und deutschen Außen- wie Energiepolitik gehört und als eine zentrale Herausforderung für die Weltpolitik aufzufassen ist. Zitiert wird Bundesaußenminister Joschka Fischer, für den die entscheidende Frage die Energiefrage ist und der dabei neben den Umweltaspekten auch die Bewältigung der „ernsten Verteilungskonflikte um die Energieressourcen“ für zukunftsentscheidend hält.

Geopolitische Risiken der Energieversorgung werden vor allem auf den Öl- und Gasmärkten gesehen. Während der Anteil des Persischen Golfs an der globalen Rohölproduktion in den

nächsten Jahren und Jahrzehnten kontinuierlich zunehmen wird, nimmt er in der stabilsten Weltregion, in Nordamerika und Westeuropa, ab. 90% der derzeit nachweisbaren Ölreserven befinden sich in der islamischen Welt, allein 70% im Bereich der „Strategischen Energieellipse“ vom Nahen Osten bis in das Kaspische Becken. Und zumindest 10 der 14 führenden rohöl-exportierenden Staaten werden als innenpolitisch instabil gesehen.

Sind die Risiken der Ölversorgung seit langem bekannt, rücken mit der Zunahme des Erdgasverbrauchs und den länger werdenden Transportwegen auch die Gefährdungen und die Störanfälligkeit der Erdgasversorgung immer stärker in den Blickpunkt. Europa ist die Region der Welt, die mit Abstand das meiste Erdgas einführt. Zwischen 2000 und 2020 dürfte sich die Erdgaseinfuhr in die EU mehr als verdoppeln. Russland, der wichtigste Lieferant Europas und größte Erdgasproduzent und -exporteur der Welt, wird den wachsenden Bedarf nicht decken können, zumal auch die großen Märkte Asiens künftig beliefert werden sollen. Ein Ausbau der Infrastruktur zur Belieferung des deutschen und

europäischen Marktes aus der südkaspischen und der Golf-Region scheitert derzeit vor allem an politischen Hindernissen. Und Häfen, die Flüssiggas aufnehmen könnten, sind in Deutschland vorerst nicht vorhanden. Der schon jetzt absehbare Nachfrageüberhang lässt beim Erdgas mindestens deutliche Preissteigerungen erwarten. Dies gilt erst recht, falls die inzwischen offen diskutierten Pläne einer „Eurasischen Gas-Union“, also einer Art Gas-OPEC aus Russland und anderen GUS-Ländern mit entsprechender Kartellmacht, Wirklichkeit werden.

Auf der Nachfrageseite wächst die Konkurrenz für die europäischen Länder: China, Indien und der gesamte asiatische Raum beanspruchen immer höhere Marktanteile. Das erfordert eine Risikoabsicherung für energieimportabhängige Regionen wie die EU.

Der Energiehunger Chinas wird zusammen mit der geplanten Umstrukturierung des chinesischen Energieverbrauchs auf einen höheren Öl- und Gaseinsatz die Märkte bestimmen. Im Vergleich hierzu und zum strategischen Engagement der USA und Russlands spielt die EU in

dieser für die künftige globale Öl- und Gasversorgung entscheidenden Region nur eine nachgeordnete, Deutschland praktisch keine Rolle.

Aber nicht nur bei Öl und Gas, auch bei den Kohleneinfuhren müssen Abstriche an der Versorgungssicherheit im Vergleich zur inländischen Produktion gemacht werden. Zwar sind die Weltkohlenvorräte weniger stark auf politische Unruhezonen konzentriert als die Öl- und Gasvorräte. Aber nur 17% der Weltsteinkohlenförderung gelangen in den internationalen Handel, der überwiegende Teil wird also an Ort und Stelle verbraucht. Dies betrifft auch die von deutschen Unternehmen im Ausland abgebaute Kohle, die in der Regel nicht für den deutschen Markt bestimmt ist.

Geopolitische Krisen machen angesichts der Interdependenz der Energiemärkte auch nicht vor dem internationalen Kohlenmarkt halt, der sich bei steigender Nachfragekonkurrenz aus dem asiatischen Raum angebotsseitig zu über 80% auf nur fünf Exportregionen konzentriert: Australien, China, Südafrika, Indonesien und USA/Kanada. Während Australien, das allein etwa ein Drittel des Weltmarktes beliefert, primär auf

den asiatisch-pazifischen Raum ausgerichtet ist, bleibt die Rolle Chinas als Exportnation bei gleichzeitig hohem und wachsendem Kohlenbedarf fraglich. Südafrika, heute neben Polen der wichtigste Steinkohlenlieferant Deutschlands, hat mit starken innenpolitischen Problemen zu tun, was in noch stärkerem Maß auf Indonesien zutrifft. Die US-Exporte nehmen traditionell die Rolle des „swing supplier“ ein, vorrangig bleibt dabei die Deckung des wachsenden amerikanischen Binnenbedarfs.

Diese Daten und Tendenzen der Weltenergiemärkte unterstreichen im Prinzip die anhaltende Richtigkeit der Energiesicherungsstrategie, die die westlichen Industrieländer als Reaktion auf die Ölkrise der 70er Jahre verfolgt haben:

- Begrenzung der Wachstumsrate des Energieverbrauchs durch Maßnahmen zur rationellen und sparsameren Energienutzung.
- Ausgewogener Energiemix unter Einschluss der verfügbaren inländischen Energien.
- Diversifizierung der Einfuhren nach Energieträgern und Herkunftsländern.

- Intensivierung der Krisenvorsorge auf nationaler und internationaler Ebene.

Die bereits erwähnte DGAP-Studie befürwortet vor diesem Hintergrund ausdrücklich die im Grünbuch der EU-Kommission „Hin zu einer europäischen Strategie für Energieversorgungssicherheit“ schon Ende 2000 entwickelten energiepolitischen Maßnahmenvorschläge und fordert dazu auf, die Diskussion darüber auch hierzulande endlich zu intensivieren und ein energiesicherheitspolitisches Konzept zu erarbeiten.

Sicherheit in Balance mit der Wirtschaftlichkeit

Maßnahmen zur Sicherung der Energieversorgung haben ihren Preis, auf der Nachfrageseite im Rahmen der Förderung der rationellen und sparsamen Energienutzung wie auf der Angebotsseite bei der Unterstützung nicht wettbewerbsfähiger inländischer Ressourcen oder dem Vorhalten von Reservekapazitäten bei den leitungsgebundenen Energien. Die Aufwendungen hierfür sind – neben dem Wert einer höheren Unabhängigkeit von politischen Pressionen – z.B. auch zu messen an den Folgekosten von

Störungen und Engpässen in der Energie- und Stromversorgung, wie sie in diesem Sommer in verschiedenen europäischen Ländern aufgetreten sind und besonders augenscheinlich wurden durch die Blackouts in der nordamerikanischen und Teilen der westeuropäischen Stromversorgung: Die teuerste Energie ist letztlich die, die fehlt.

Die großen Stromausfälle haben die Abhängigkeit hochentwickelter Länder von einer sicheren Energie- und vor allem Stromversorgung erneut deutlich gemacht. In Deutschland sind noch aus Zeiten der Gebietsmonopole bei Strom und Gas ausreichend Reservekapazitäten und Netzdichten vorhanden. Im liberalisierten Strommarkt bestimmen die Knappheit und nicht die Kosten die Preise. Damit besteht systematisch die Gefahr der Unterversorgung, wenn Entscheidungen etwa über den Bau von Großkraftwerken mit hohen langfristigen Kapitalbindungen und über Investitionen in die Pflege der Netze nicht oder nicht rechtzeitig getroffen werden. Nach dem Beschluss zum Ausstieg aus der Kernenergie betrifft dieses Problem in Deutschland im Wesentlichen den Ersatz und Zubau von Kohlenkraftwerken. Die EU-Kommission will überdies

europaweite Vorschriften zum Netzausbau erlassen, weil sie um die Funktionsfähigkeit des europäischen Netzverbundes fürchtet.

Vorsorge angesichts einer Energieimportabhängigkeit Deutschlands von 62% ist aber auch auf der Basis der Primärenergie zu treffen, etwa durch Förderung bestimmter Energiequellen. Die gezielte politische Unterstützung bei Kostennachteilen ist dabei grundsätzlich nicht auf die heimische Steinkohle und die Regenerativen Energien beschränkt. Auch die Kernenergie hat in der Vergangenheit hohe Forschungs- und Entwicklungszuschüsse erhalten, in anderen Ländern sogar direkte Beihilfen, früher auch Investitionsdarlehen der Euratom. Noch heute genießen die Kraftwerksbetreiber hohe steuerfreie Rücklagen. Im Ölsektor spielen in vielen Ländern und Verwendungsbereichen Steuervergünstigungen eine beträchtliche Rolle. Auch der Ausbau der Erdgasnetze und -infrastruktureinrichtungen wurde und wird europaweit vielfältig politisch und finanziell unterstützt. Staatlich gefördert worden ist z.T. auch der Erdgasverbrauch, etwa beim KWK-Einsatz. Und der ostdeutschen Braunkohle hat der

Staat zu Recht die enormen Kosten der Altlastensanierung abgenommen.

Bei der heimischen Steinkohle, meist in den Mittelpunkt der Subventionsdebatte gestellt, werden dagegen Betriebsbeihilfen, Stilllegungshilfen und Altlasten häufig in einen Topf geworfen. Dennoch ist die Unterstützung der deutschen Steinkohle auch in der Summe kostengünstiger als etwa die der meisten Regenerativen Energien: Umgerechnet auf eine Kilowattstunde sind die Absatzhilfen zur Steinkohlenverstromung um ein Vielfaches geringer als allein die von den Einspeisevergütungen nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) gedeckten Mehrkosten der Regenerativen Energien wie Windkraft oder Solarstrom gegenüber konventionellen Energien. Der Gesamtbetrag der Einspeisevergütungen nach dem EEG übersteigt die Absatzhilfen für die Steinkohlenverstromung bereits heute und wird in den kommenden Jahren weiter kräftig zunehmen. Es ist jedoch falsch, gerade diese Energieträger gegeneinander auszuspielen angesichts der „Energiearmut“ Deutschlands und der absehbaren weltweiten Verknappung von Öl und Gas. Verlangen muss

man aber, dass die Fördermittel, auch wenn sie nicht aus öffentlichen Haushalten stammen, sondern vom Stromverbraucher aufzubringen sind, so effizient wie möglich eingesetzt werden. Die deutsche Steinkohle braucht hier den Vergleich mit den Regenerativen Energien nicht zu scheuen.

Neben seiner Bedeutung für die Sicherheit der Energie- und Stromversorgung hat der Steinkohlenbergbau weiterhin eine wichtige regional- und strukturpolitische Funktion. Zusammen mit den eigenen Beschäftigten sichert der Bergbau noch über 110.000 Arbeitsplätze in der bergbauabhängigen Wirtschaft, dies vor allem in den strukturpolitisch ohnehin problematischen Montanregionen an Ruhr und Saar. Er ist zudem Absatz- und Referenzbasis für die international führende deutsche Bergbautechnologie und bietet durch den engen Verbund mit der Steinkohlenverstromung besondere regionale und industriepolitische Vorteile sowie weiteres technologisches Innovationspotenzial. Die Deutsche Steinkohle AG gehört zusammen mit anderen Unternehmen der RAG Aktiengesellschaft zu den aktiven Impulsgebern des regionalen Strukturwandels.

Vermutlich liegt es an der großen Transparenz der Kohlehilfen, dass in Diskussionen über das Thema Subventionsabbau dennoch die Steinkohle lange an vorderer Stelle stand, bis in jüngster Zeit die breite öffentliche Diskussion über die „Rasenmähermethode“ u.ä. Vielfalt und Umfang des Subventionswesens in Deutschland einschließlich der zahlreichen besonderen Steuervergünstigungen deutlich gemacht hat. „Milchmädchenrechnungen“ wie Subventionen pro Bergmann, in die neben den Betriebsbeihilfen für die laufende, hochtechnisierte Produktion auch Altlasten und Stilllegungshilfen einbezogen werden, oder gar Empfehlungen, das Geld besser für Urlaubszwecke auszugeben, ignorieren nicht nur Sachzusammenhänge, sondern verhöhnern die auch heute noch harte Arbeit der Bergleute; sie sind besonders peinlich, wenn sie von Ökonomen angestellt werden, die es eigentlich besser wissen müssten.

Bei manchen politischen Gruppen ist bei derartigen Aussagen allerdings auch reine Taktik im Spiel: Bergbau und Kohlehilfen werden bewusst und teilweise wider besseres Wissen schlecht geredet, um im Gegen-

zug eigene andere Interessen besser durchsetzen zu können oder eine bestimmte Klientel zu bedienen. Zwar ist das nichts grundsätzlich Neues im politischen Geschäft, doch werden dadurch in jüngerer Zeit gelegentlich, vor allem auf lokaler Ebene, Beiträge zur Kohledebatte und Initiativen gegen den Bergbau angeheizt, die ihre Meinungsfreiheit in teilweise maß- und verantwortungsloser Weise ausnutzen.

Kohle nicht im Widerspruch zur Umweltverträglichkeit

Verfehlt ist auch die Kritik, die Steinkohlesubventionen seien ökologisch kontraproduktiv oder klimaschädlich. Ohne Subventionen würde an die Stelle inländischer Steinkohle in erster Linie Importkohle treten, die unter Berücksichtigung der Transportwege eher höhere CO₂-Emissionen aufweist und auch in der Gewinnung keineswegs als umweltfreundlicher bezeichnet werden kann. Die vergleichsweise meist erheblich größeren Umweltbelastungen treten dann eben nur anderswo auf.

Die energiepolitisch sinnvolle Antwort auf die Umwelt- und Klimaherausforderungen der Kohlenutzung liegt vor allem in

der weiteren Verbesserung der Wirkungsgrade bzw. der Energieeffizienz der Kohlenkraftwerke. Die Kosten der CO₂-Einsparung sind in diesem Fall wesentlich günstiger als beispielsweise bei der Windenergie. Pro eingesparter Tonne CO₂ müssen nach Angaben des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit (BMWA) bei Windkraft 110 € aufgebracht werden, bei Solarstrom sogar 250 bis 600 €, bei einem neuen Kohlenkraftwerk sind es nur rund 20 €.

Die Kohle wird in den kommenden Jahrzehnten weltweit der am stärksten genutzte fossile Energieträger in der Stromerzeugung sein. Ein Ausstieg aus der Kohlenverstromung in Deutschland würde hieran nichts ändern und auch keinen nennenswerten Beitrag zum globalen Klimaschutz leisten.

Langfristig zielführender erscheint zumindest hier der Weg der oft als „Klimasünder“ gescholtenen USA. Die US-Energiebehörde hat kürzlich angekündigt, in den nächsten zehn Jahren mit einem neuen Projekt den Prototyp einer neuen Kraftwerkstechnologie („FutureGen“) zu errichten, dessen Kosten von rund 1 Mrd. US \$ zu 80% vom Staat getragen werden sollen.

Das auf der Kohlevergasung basierende Kraftwerk soll einen Wirkungsgrad von 60% bei einer CO₂-Abscheidung (Sequestration) von 90% haben und soll außer Strom auch Wasserstoff für andere Verwendungszwecke und -bereiche, z.B. Brennstoffzellen im Verkehrssektor, erzeugen.

Ziel ist es, diese neue Technik bis zum Jahr 2020 zur Marktreife zu führen. Die Stromerzeugungskosten sollen dann weniger als 10% über denen heutiger Techniken ohne CO₂-Abscheidung liegen. An der Entwicklung des FutureGen-Kraftwerkes haben sich neun der größten US-amerikanischen Strom- und Kohleunternehmen beteiligt, darunter auch RAG AmericanCoal, eine US-Tochter des deutschen RAG-Konzerns.

Im Rahmen einer Gemeinschaftsinitiative mit den USA hat die Vizepräsidentin der EU-Kommission, Loyola de Palacio, am 25. Juni 2003 in Washington ein internationales Abkommen über Forschung, Entwicklung und Technologietransfer auf dem Gebiet der CO₂-Sequestrierung und -Speicherung unterzeichnet. An dem „Carbon Sequestration Leadership Forum“ nahmen au-

ßer den USA und der EU bzw. bestimmten EU-Mitgliedsstaaten u.a. Australien, Brasilien, Kanada, Kolumbien, Indien, Japan, Mexiko, Norwegen, China und Russland teil. In der EU sollen im Rahmen dieser Initiative die Forschungsanstrengungen künftig erheblich ausgeweitet werden. Zugleich wird auch aus dem Europaparlament die Forderung erhoben, mittels der EU-Rahmenprogramme eine europäische Initiative für neue und effiziente Kohletechnologien (Clean Coal) zu starten.

In Deutschland hat sich die öffentliche Förderung der Energieforschung in den letzten Jahren zunehmend auf Energie-spartechiken und Erneuerbare Energien konzentriert, während fossile Energietechniken und deren Effizienz vernachlässigt wurden. Wer den CO₂-Ausstoß im Weltmaßstab aber wirksam begrenzen will, muss hierfür auf breiter Front realistischere und preiswertere Lösungen anbieten.

So hat eine vom BMWA eingesetzte Arbeitsgruppe unter dem Namen COORETEC im Juni 2003 eine neue Forschungsstrategie zur Entwicklung von CO₂-Reduktionstechniken für fossile Kraftwerke vorgelegt. Die

Studie zeigt verschiedene Entwicklungschancen bis hin zum emissionsfreien Kohlenkraftwerk auf.

Neben der COORETEC-Initiative ist das NRW-Projekt eines Steinkohle-Referenzkraftwerks der neuesten Generation angestoßen worden, für das gegenwärtig auf Initiative der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen eine Machbarkeitsstudie erstellt wird. Das Ziel ist – mit Standort möglichst im Ruhrgebiet – bis ca. 2010 die Errichtung eines neuen Steinkohlenkraftwerkes, das auf der Basis heute verfügbarer modernster Technologien einen Wirkungsgrad in der Nähe von 50% erreicht. Dies wäre gegenüber einem Wirkungsgrad von 30% im Weltdurchschnitt und knapp 40% in Deutschland ein deutlicher Fortschritt und würde erhebliche Einsparungen an CO₂-Emissionen ermöglichen. Mit einer solchen Referenzanlage könnte auch die Technologieführerschaft Deutschlands beim Bau und Betrieb moderner Kohlenutzungsanlagen demonstriert werden – ein vor dem Hintergrund des weltweit wachsenden Marktes für moderne und umweltverträgliche Kohlenutzungstechniken wichtiges Argument für den Technologie-

und Energiestandort Deutschland.

Da alle maßgeblichen politischen Kräfte für eine nachhaltige Energieversorgung auch im Interesse künftiger Generationen plädieren, muss eine dauerhaft tragfähige Balance der energiepolitischen Ziele erreicht werden. Darauf ist jetzt zunächst bei der Einführung des Emissionsrechtehandels in den EU-Ländern ab dem Jahr 2005 zu achten.

Der Handel mit Emissionsrechten innerhalb der EU soll vor allem diejenigen EU-Länder unterstützen, die mit Emissionsminderungsmaßnahmen im eigenen Land nicht in der Lage sind, ihre Verpflichtungen im Rahmen des EU-Burden Sharing zu erfüllen. Deutschland, das allein drei Viertel der Kyoto-Verpflichtung der EU trägt, ist dagegen auf gutem Wege, die Zielvorgabe für 2012 auch ohne Emissionshandel zu erreichen. Für Deutschland ist dieses Instrument deshalb auch nach Ansicht der Bundesregierung eigentlich überflüssig. Umso notwendiger ist es, dafür Sorge zu tragen, dass es keine volkswirtschaftlichen Schäden anrichtet.

Der Emissionsrechtehandel setzt gemäß einem „Cap-and-Trade“-

System auf Unternehmensebene bezogen je Anlage an. Die Mitgliedsstaaten legen demnach absolute CO₂-Obergrenzen für bestimmte, in der Richtlinie für den Handel mit Emissionsrechten genannte Anlagen fest und haben diese einer entsprechend umfassenden Kontrolle zu unterwerfen. Die betroffenen Unternehmen erhalten sodann das Recht, mit CO₂-Zertifikaten (verbriefte Emissionsberechtigungen) auch zu handeln, sofern sie nicht selbst benötigt werden bzw. zusätzlicher Bedarf besteht.

Von den sechs Treibhausgasen des Kyoto-Protokolls wird vorerst nur CO₂ in den Handel einbezogen. Erfasst werden die Energiewirtschaft (Verbrennungsanlagen > 20 MW thermisch, Raffinerien, Kokereien), die Eisen- und Stahlindustrie, die Mineralverarbeitende Industrie (Zement, Glas, Keramik) und die Zellstoff- und Papierindustrie. Damit wird praktisch die gesamte Kohle verbrauchende Wirtschaft erfasst. Andere bedeutsame CO₂-emittierende Sektoren werden nicht einbezogen, was z.B. große Teile des Mineralöl- und Erdgasverbrauchs vom Emissionshandelssystem freistellt.

Für den ersten Zuteilungszeitraum 2005–2007 legen die

Mitgliedsstaaten in nationalen Allokations- bzw. Zuteilungsplänen fest, wie viele Emissionsberechtigungen sie insgesamt vergeben und welche wirtschaftliche Lastenverteilung auf Sektoren und Anlagen sie vornehmen wollen. Die Pläne müssen bis zum 31. März 2004 vorgelegt werden und bedürfen der Zustimmung der EU-Kommission. Die Bundesregierung will eine Benachteiligung der deutschen Industrie vermeiden.

Im Rahmen des nationalen Allokationsplans für Deutschland ist den bereits bestehenden klimapolitischen Maßnahmen, aber auch anderen energiepolitischen Zielen Rechnung zu tragen. Bereits erbrachte Vorleistungen dürfen nicht zu Nachteilen für diejenigen führen, die diese Investitionen erbracht haben. Zur Verhinderung von Wettbewerbsverzerrungen sind zudem international einheitliche Instrumente für Erfassung, Monitoring und Kontrolle der Emissionen erforderlich. Die dabei unvermeidbare zusätzliche Bürokratie sollte möglichst minimiert werden.

Die projektbezogenen Mechanismen des Kyoto-Protokolls – Clean Development Mechanism (CDM) und Joint Implementation (JI) – müssen so früh wie möglich und

ohne willkürliche Begrenzungen in das EU-Emissionshandelssystem einbezogen werden, damit die unter den Geltungsbereich des Emissionsrechtehandels fallenden Unternehmen die Möglichkeit erhalten, umfassend kostengünstige Emissionsminderungsmaßnahmen im Ausland durchzuführen und damit zugleich einen Beitrag zum Technologietransfer leisten zu können.

Denn die Klimavorsorge ist und bleibt ein globales Problem, das nur mit einer globalen und langfristig angelegten Strategie gelöst werden kann. Eine nationale Vorreiterrolle macht nur Sinn, wenn damit eine internationale Entwicklung in die gleiche Richtung angestoßen werden kann und keine dauerhaften Ungleichgewichte entstehen. Ein nationaler Alleingang würde dagegen die energiepolitische Balance stören und die Ziele Wirtschaftlichkeit und Versorgungssicherheit mit möglicherweise fatalen Folgen beeinträchtigen, ohne klimapolitisch einen echten Nutzen zu bringen.

Energiepolitische Ziele erhalten Verfassungsrang

Der vom Europäischen Konvent verabschiedete Entwurf für einen

Europäischen Verfassungsvertrag, der jetzt von der Regierungskonferenz zu beraten ist, sieht erstmals in der Geschichte der europäischen Integration auch ein Vertragskapitel Energie vor. Es definiert gemeinsame energiepolitische Ziele und legt auch gewisse Zuständigkeiten fest.

Im Vertragskapitel Energie des Entwurfs heißt es: „Die Energiepolitik der Union hat im Rahmen der Verwirklichung des Binnenmarkts und unter Berücksichtigung der Erfordernisse der Erhaltung und Verbesserung der Umwelt folgende Ziele: a) Sicherstellung des Funktionierens des Energiemarktes, b) Gewährleistung der Energieversorgungssicherheit in der Union und c) Förderung der Energieeffizienz und von Energieeinsparungen sowie Entwicklung neuer und erneuerbarer Energiequellen.“

Die drei energiepolitischen Grundziele Wirtschaftlichkeit, Versorgungssicherheit und Umwelt- einschließlich Klimaschutz werden demnach – mit einem besonderen Akzent auf der Energieeffizienz sowie den neuen erneuerbaren Energiequellen – bald zu Vertragszielen der Europäischen Union, sie bekommen sogar Verfassungsrang und sind

dann für alle Mitgliedsstaaten der künftigen EU-25 verbindlich.

Allerdings wird die Energiepolitik dadurch noch nicht völlig europäisch, denn die Zuständigkeit und Verantwortung für die Umsetzung bleiben primär weiter auf der nationalen Ebene: „Diese Gesetze oder Rahmengesetze berühren ... nicht die Wahl eines Mitgliedsstaates zwischen verschiedenen Energiequellen und die allgemeine Struktur seiner Energieversorgung.“ Ob, wie viel und wie lange etwa die Kernenergie in Deutschland eingesetzt wird, obliegt demnach weiterhin den nationalen Entscheidungen, solange dadurch das Funktionieren des Energiemarktes, die Versorgungssicherheit und Umweltbelange nicht wesentlich beeinträchtigt werden. Das Gleiche gilt für die Steinkohlenförderung, die Förderintensität im Bereich der regenerativen Energien oder besondere nationale Rahmenseetzungen für den Mineralöl- und Erdgasverbrauch.

Wie die Mitgliedsstaaten das energiepolitische Zieldreieck ausbalancieren, müssen sie nach Maßgabe ihrer nationalen Gegebenheiten und Prioritäten auch im künftig erweiterten Europa selber entscheiden. Dass

sie es tun müssen, wird für sie jedoch zu einem gemeinschaftlichen Verfassungsgebot. Es bietet sich an, wie schon früher gemeinsame energiepolitische Ziele zu vereinbaren, um das Problem konkurrierender Zuständigkeiten der EU und der nationalen Regierungen durch verbindliche Koordinierungs- und Orientierungsleitlinien zu lösen.

Die für die Europäische Union insgesamt charakteristische energiewirtschaftliche Situation ändert sich durch die EU-Erweiterung im kommenden Jahr im Übrigen tendenziell nicht, wie die neueste, im Herbst 2003 veröffentlichte Energieprojektion der Europäischen Kommission bis 2030 ausweist. Auch in ihrem Bericht vom Dezember 2002 über die Verhandlungen des Kapitels „Energie“ verweist die EU-Kommission darauf, dass der Europäischen Union als dem größten Importeur und dem zweitgrößten Verbraucher von Energie weltweit eine Schlüsselrolle auf dem internationalen Energiemarkt zukommt. Energie sei deshalb ein entscheidender wirtschaftlicher und geopolitischer Faktor.

Die EU-Erweiterung wird den Trend zur Importabhängigkeit

nach der neuen EU-Energieprojektion nicht wesentlich abschwächen, ungeachtet dessen, dass einige bedeutende Kohleproduzenten der EU beitreten werden. Die Kohlenförderung stärkt zwar gegenwärtig noch die Inlandsversorgung dieser Länder, wird aber mittel- und längerfristig rückläufig und mit schwierigen Umstrukturierungs- und Beschäftigungsproblemen verbunden sein. Windkraft, Solarenergie oder Biomasse sind überwiegend zu teuer, um in einem der Beitrittsländer auf absehbare Zeit eine nennenswerte Rolle zu spielen. Die Kernenergie weist heute schon einen deutlich niedrigeren Beitrag als in den bisherigen Mitgliedsländern auf. Im Zuge des insgesamt überdurchschnittlich schnell wachsenden Energie- und Stromverbrauchs der Beitrittsländer ist eine starke Zunahme des Öl- und Gasverbrauchs vorgezeichnet.

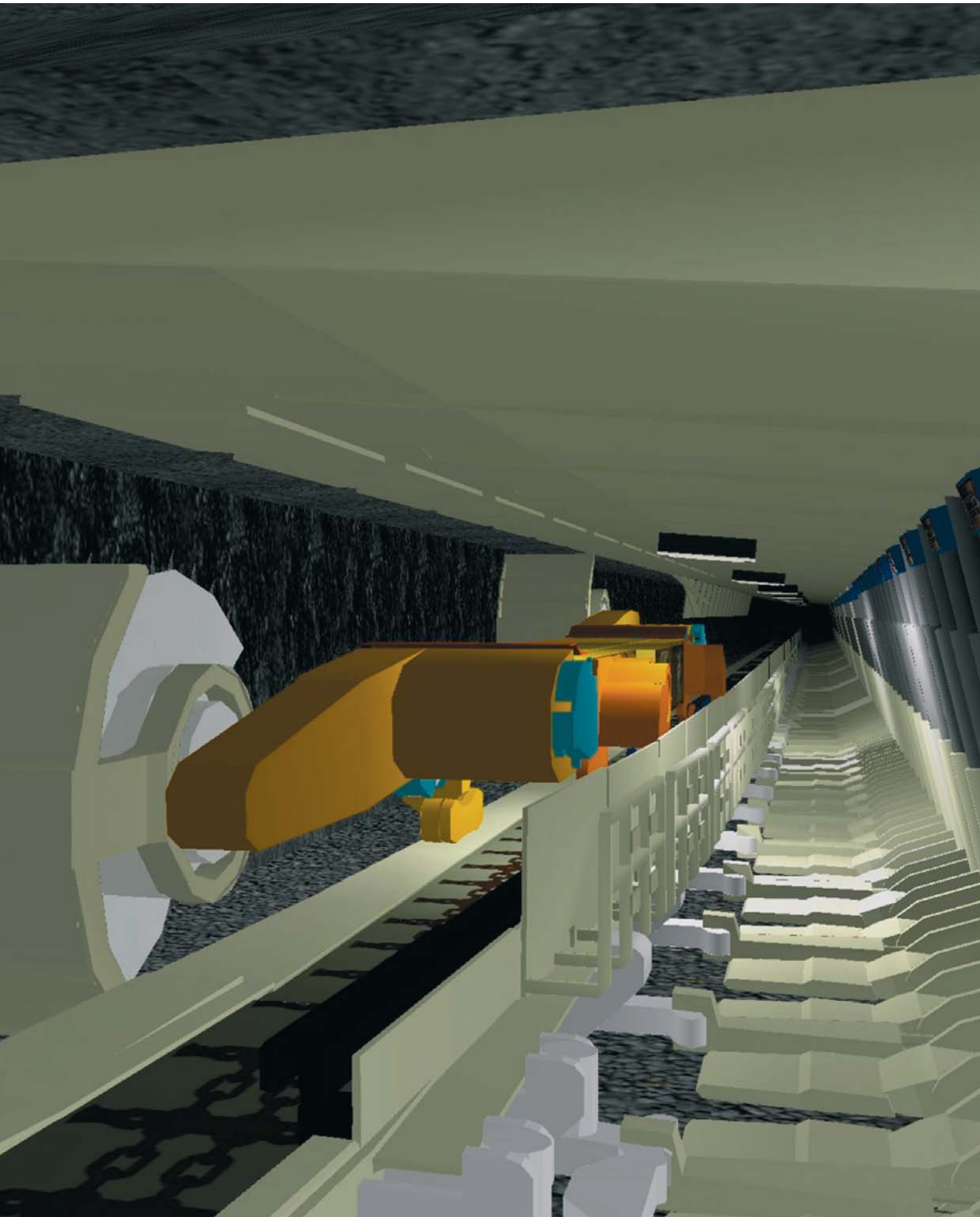
Gleichzeitig gehen die EU-eigenen Öl- und Gasreserven in der Nordsee bald zur Neige. Für die EU-25 wird deshalb bis 2030 ebenfalls ein Anstieg der Importabhängigkeit auf 68% erwartet. Umso wichtiger ist es, dass die Kohle – deren Gewicht durch die Erweiterung zunächst zunimmt

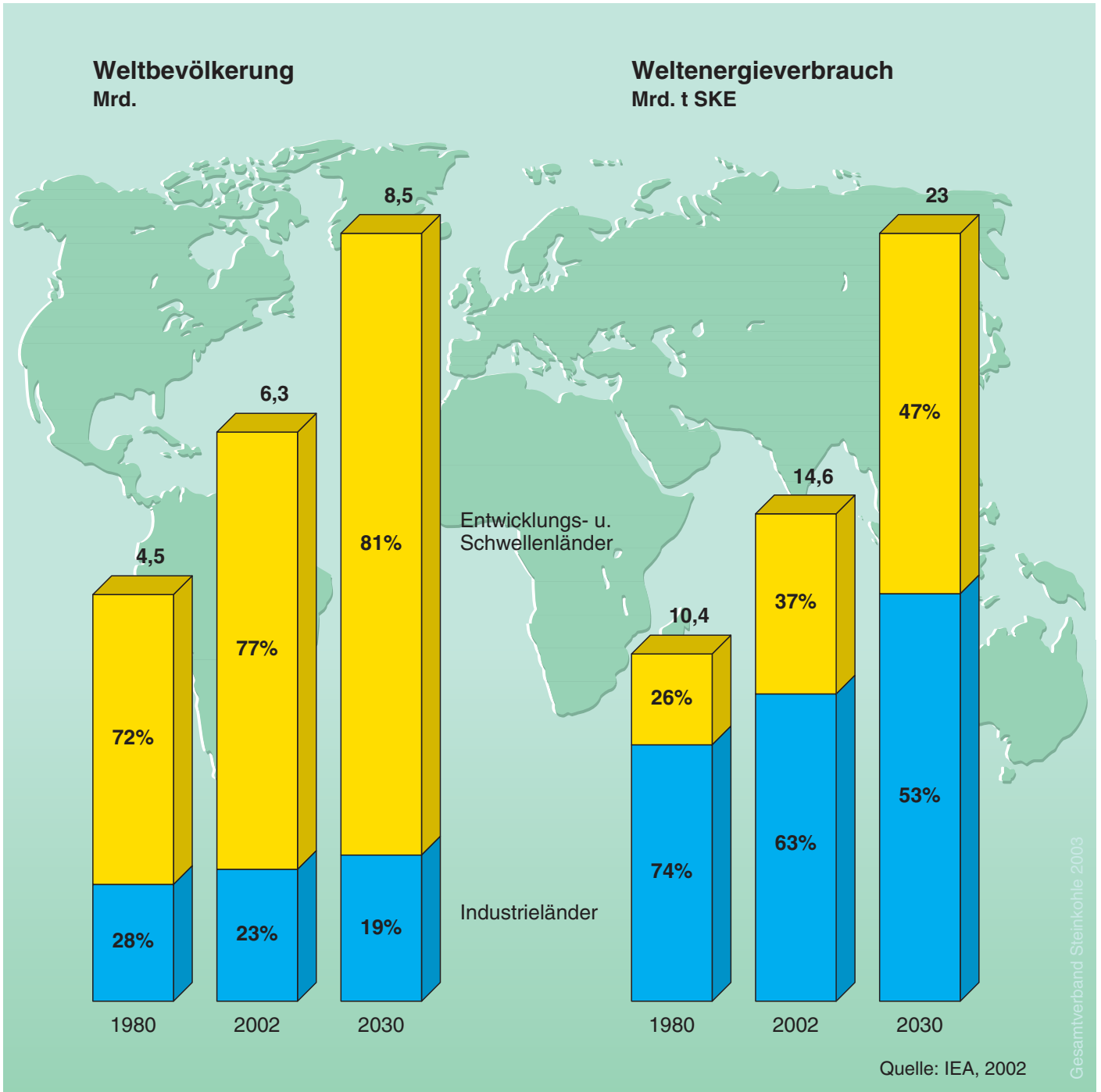
und die langfristig mit sauberer Technologie in der EU wie bereits weltweit der Energieträger Nr. 1 in der Stromerzeugung werden könnte – ihren Platz im europäischen Energiemix behaupten kann. Neben der preis-

günstigen Importkohle muss dabei auch der heimische Kohlenbergbau einschließlich des Steinkohlenbergbaus in Deutschland mit seinen EU-weit größten Reserven und seiner zukunftsweisenden Technik

weiter eine vitale Rolle spielen. Ohne heimische Kohle ist Energiesicherheit in Europa wie in Deutschland in absehbarer Zukunft nicht zu haben.

Steinkohlengewinnung im Streb mit Walzenschrämmaschine und Strebausbau. Ausschnitt aus dem „Virtuellen Bergwerk“, einer 3D-Simulation der Deutschen Steinkohle AG (DSK) für Schulungs- und Entwicklungsaufgaben.





Schlüsselfaktor Energie

Energie ist ein Schlüsselfaktor für wirtschaftliche Entwicklung und eine entscheidende Voraussetzung für Wohlstand und Beschäftigung.

Wie wichtig eine jederzeit ausreichende und sichere Energieversorgung in den Industrieländern ist, haben die wiederholten großen Stromausfälle in einigen europäischen Ländern und insbesondere in Nordamerika gezeigt.

In den Entwicklungs- und Schwellenländern ist der Zugang zu kommerzieller Energie die Basis für die Überwindung von Armut und für Beschäftigung, Wohlstand und Gesundheit.

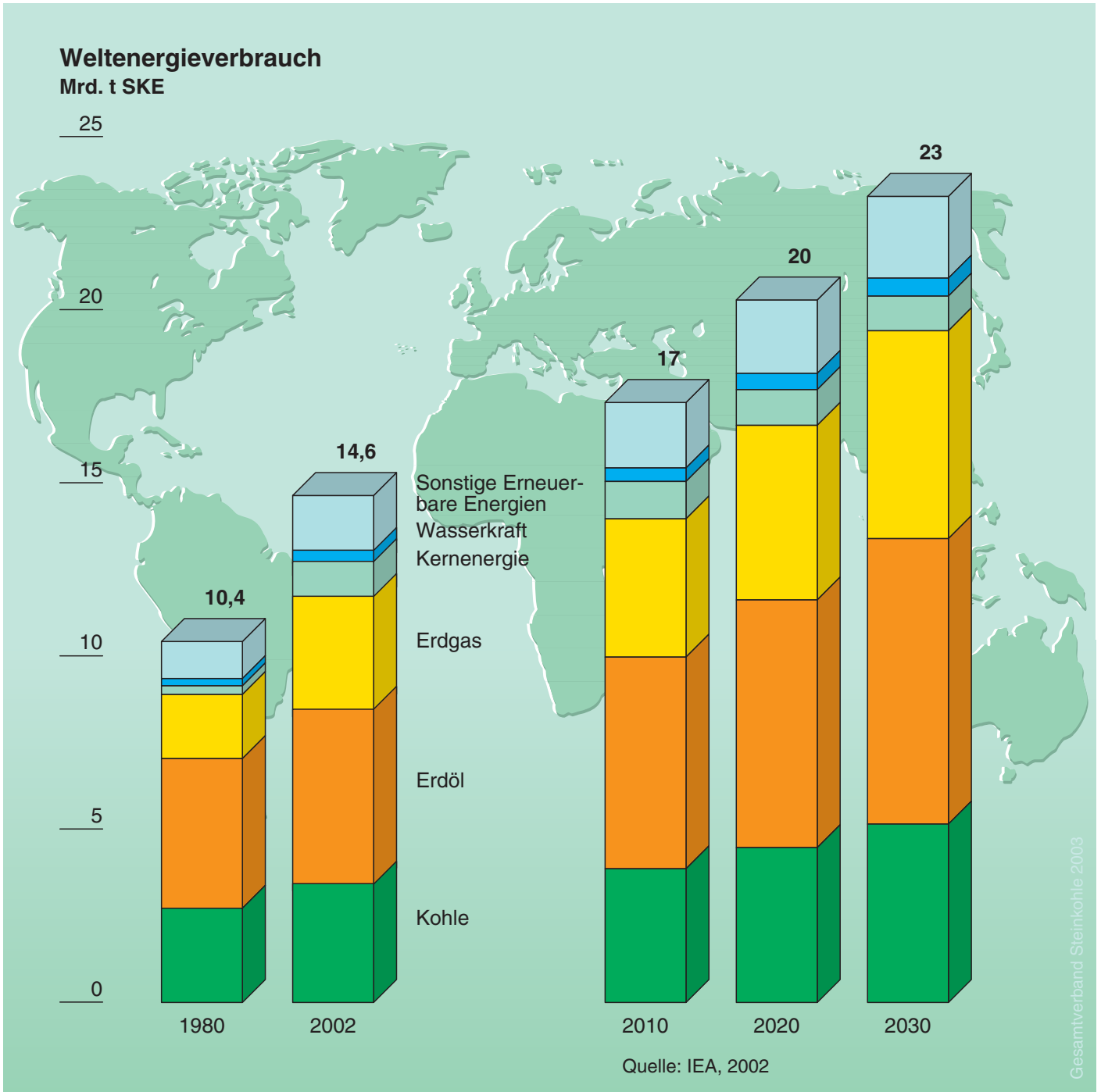
Der Weltenergiebedarf wird bis zum Jahr 2030 um über 60% ansteigen, so der World Energy Outlook 2002 der Internationalen Energie-Agentur (IEA). Die EU-Kommission sagt in ihrem World Energy, Technology and Climate Policy Outlook (WETO) sogar eine Verdoppelung voraus.

Zu zwei Dritteln entfällt die Zunahme des Weltenergieverbrauchs auf die Entwicklungs- und Schwellenländer. In diesen Ländern erfordert das anhaltende Bevölkerungswachstum eine zunehmende Bereitstellung von Energie. Am dynamischsten steigt

der Energiebedarf in den Schwellenländern Südasiens und Lateinamerikas, die ein kräftiges Wirtschaftswachstum aufweisen und so verstärkt zu den Industrieländern aufschließen – allein auf China und Indien entfällt ein Drittel des Wachstums.

Industrialisierung und Verstädterung werden den Energieverbrauch der Entwicklungs- und Schwellenländer weiter steigern. Der Pro-Kopf-Energieverbrauch beträgt dort erst ein Siebtel des OECD-Durchschnitts und wird weiter aufholen. Die reichsten der Industrieländer scheinen sich dagegen einer Sättigung anzunähern.

Auch im Jahr 2030 werden nach Schätzung der IEA noch 1,4 Mrd. Menschen ohne Zugang zu kommerzieller Energie und ohne Aussicht auf Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse sein. Mehr als 90% des künftigen Bevölkerungswachstums in Entwicklungsländern wird in Städten und nicht auf dem Land stattfinden. Die Verstädterung aber erfordert, anders als dies vielfach in den vergangenen Jahren verfolgt wurde, besondere Anstrengungen bei der zentralisierten Stromerzeugung. Der Großteil davon müsse weiterhin von fossilen Energien und insbesondere der Kohle getragen werden, so die Schlussfolgerung der IEA.



Perspektiven der Weltenergieversorgung

Steigender Energiebedarf erfordert große Anstrengungen

Die Deckung des künftigen Energiebedarfs erfordert innerhalb der nächsten drei Jahrzehnte weltweit einen enormen Investitionsbedarf. Nach Angaben des World Energy Investment Outlooks der IEA wird er eine Höhe von 16 Billionen US-\$ erreichen. Dies entspricht etwa 1% des Welt-Sozialproduktes pro Jahr.

Zur Hälfte werden diese Investitionen auf die Entwicklungsländer entfallen, in denen der größte Produktions- und Angebotszuwachs erwartet wird. Für China allein wird ein Investitionsbedarf von 2,3 Billionen US-\$ angenommen – gut 2% des erwarteten Sozialproduktes. In Russland wird diese Quote sogar 5% erreichen aufgrund der enormen Investitionen, die zum Ausbau der Öl- und Gasförderung sowie der entsprechenden Transportinfrastruktur erforderlich sind.

Auch in der absehbaren Zukunft werden die fossilen Energien den größten Teil des globalen Energiebedarfs decken, so übereinstimmend die Prognosen.

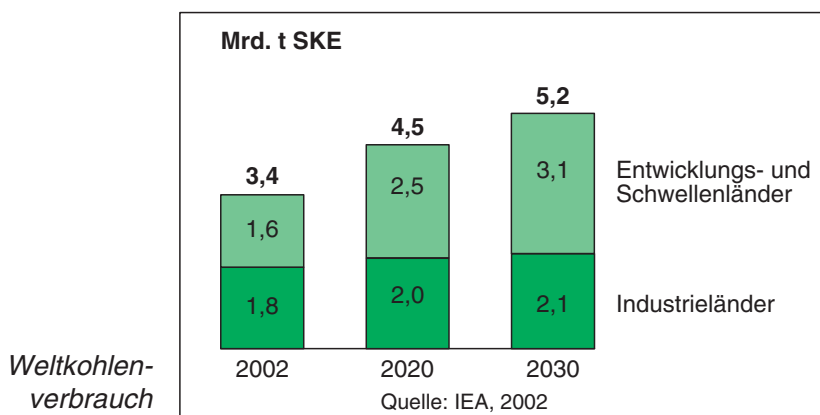
Nach Schätzungen der IEA werden Kohle, Öl und Gas über die nächsten drei Jahrzehnte 90% des zusätzlichen globalen Energiebedarfs befriedigen. Ihr Anteil von heute schon mehr als 80% wird damit weiter ansteigen.

Der Kohlenverbrauch wird in allen Einsatzbereichen wachsen.

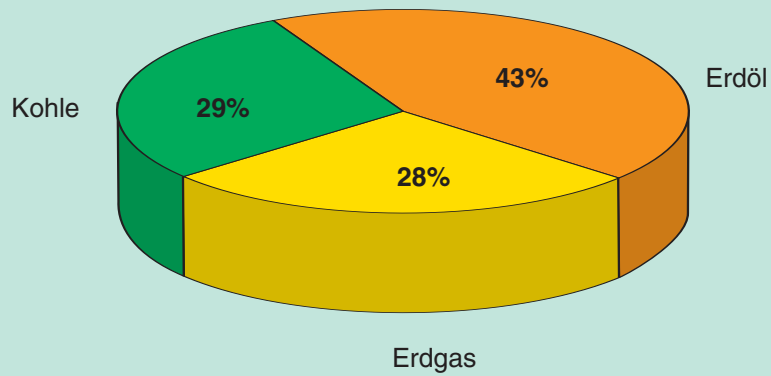
Öl wird der dominierende Energieträger bleiben, da der weltweit dynamischste Verbrauchsbereich, der Verkehrssektor, nahezu vollständig auf Öl angewiesen ist.

Erdgas wird – bei einer prognostizierten Versiebenfachung des Einsatzes zur Stromerzeugung – seinen Anteil ausweiten, sofern Gaspreissteigerungen diesen Trend nicht abbremsen.

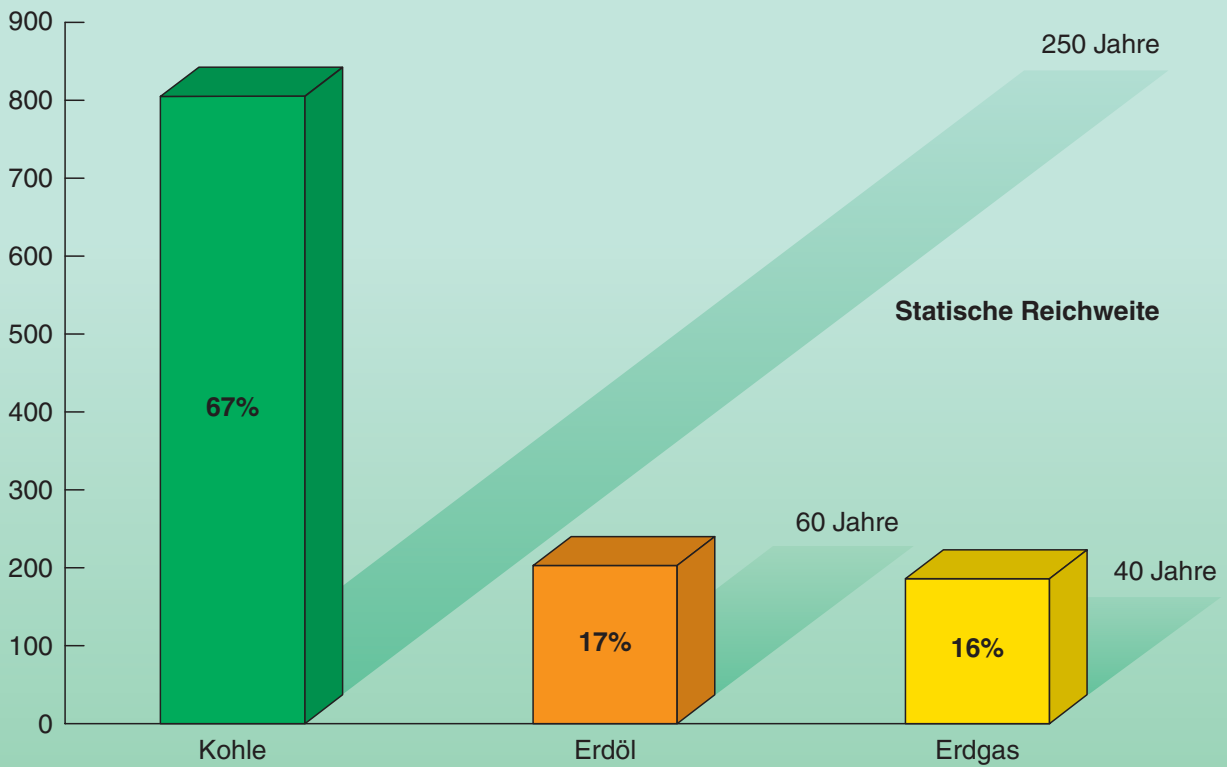
Der Kernenergieanteil wird nach den Prognosen der IEA ab dem Jahr 2010 deutlich zurückgehen, da nur in wenigen Ländern neue Reaktoren gebaut werden. Erneuerbare Energien werden trotz zahlreicher Förderprogramme ihren Anteil bis 2030 weltweit nur knapp behaupten.



Weltverbrauch 2002
11,7 Mrd. t SKE



Gewinnbare Weltvorräte
1 194 Mrd. t SKE



Gesamtverband Steinkohle 2003

Missverhältnis zwischen Energievorräten und Verbrauchsstruktur

Unterschiedliche Reichweiten

Gut zwei Drittel der gewinnbaren Weltvorräte an fossilen Energien entfallen auf die Kohle. Bei heutigem Verbrauch reichen ihre Vorräte um ein Mehrfaches länger als die von Öl und Gas. Im Gegensatz zu den Öl- und Gasvorkommen sind die Kohlenvorräte zudem global vergleichsweise ausgewogen verteilt.

Dagegen verstärkt sich bei Erdöl und Erdgas mit der Erschöpfung älterer Lagerstätten die Konzentration auf wenige Anbieter weiter. Ressourcenstudien zufolge werden zuerst in Nordamerika und Westeuropa die Fördermaxima von Öl und Gas überschritten. Infolgedessen erwartet auch die IEA, dass die OPEC-Länder ihren heutigen Anteil von schon über 40% der Ölförderung bis zum Jahr 2030 auf 54% ausdehnen. Tendenz weiter steigend, denn fast 80% der Ölreserven entfallen auf die OPEC-Länder.

Ganz ähnlich ist die Situation beim Erdgas – hier entfallen über 80% der weltweiten Reserven auf Russland und die OPEC-Länder.

Vor allem Westeuropa wird wegen der baldigen Erreichung der Fördermaxima der eigenen Öl- und Gasvorräte zunehmend auf

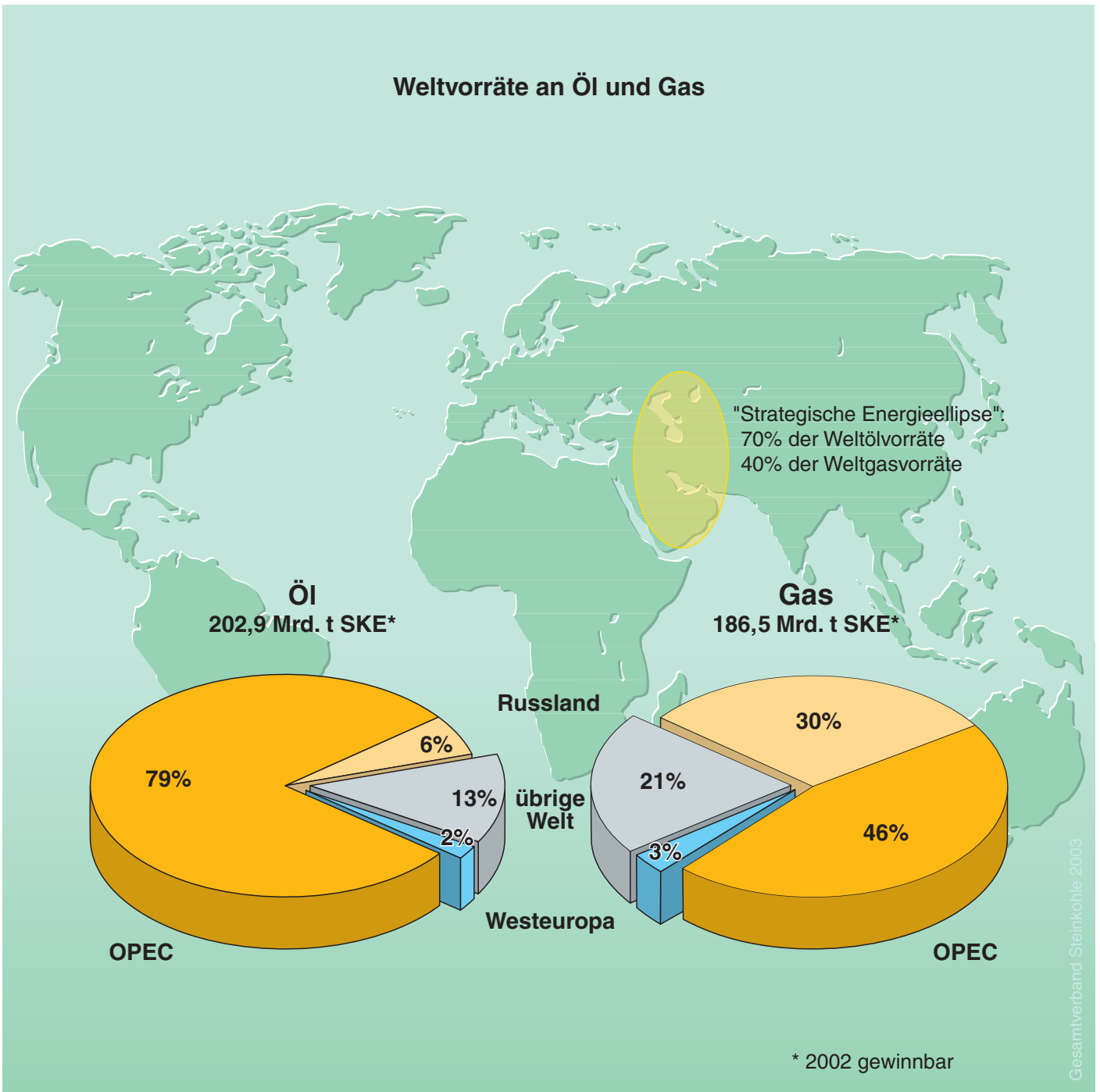
den Import dieser Energien angewiesen sein: im Jahr 2030 beim Öl zu 85% und beim Gas zu über 60%. Dies lässt einen starken Anstieg der Öl- und Gaspreise erwarten.

Auch die Transportentfernungen werden kräftig ansteigen und zu diesem Preisanstieg beitragen. Nach dem Jahr 2020 werden die bedeutendsten Erdgasquellen Europas in Transportentfernungen von über 3.000 km liegen – mit allen damit verbundenen Sicherheits- und Umweltrisiken.

Die schwieriger werdende Ressourcensituation bei Öl und Gas spiegelt sich in einem enormen Investitionsbedarf der kommenden Jahrzehnte für Förderung und Transport der beiden Energieträger wider.

Nach Schätzungen der IEA deckt Öl mit einem Investitionsbedarf von etwa 3 Billionen US-\$ bis zum Jahr 2030 etwa 38% des Weltenergiebedarfs. Erdgas erreicht mit entsprechenden Investitionen sogar nur einen Anteil an der Weltenergieproduktion von gut einem Viertel. Für ebenfalls ein Viertel der Weltenergieproduktion wird im Kohlesektor dagegen nur knapp ein Siebtel des Kapitals benötigt.

Weltvorräte an Öl und Gas



Labilere Weltordnung

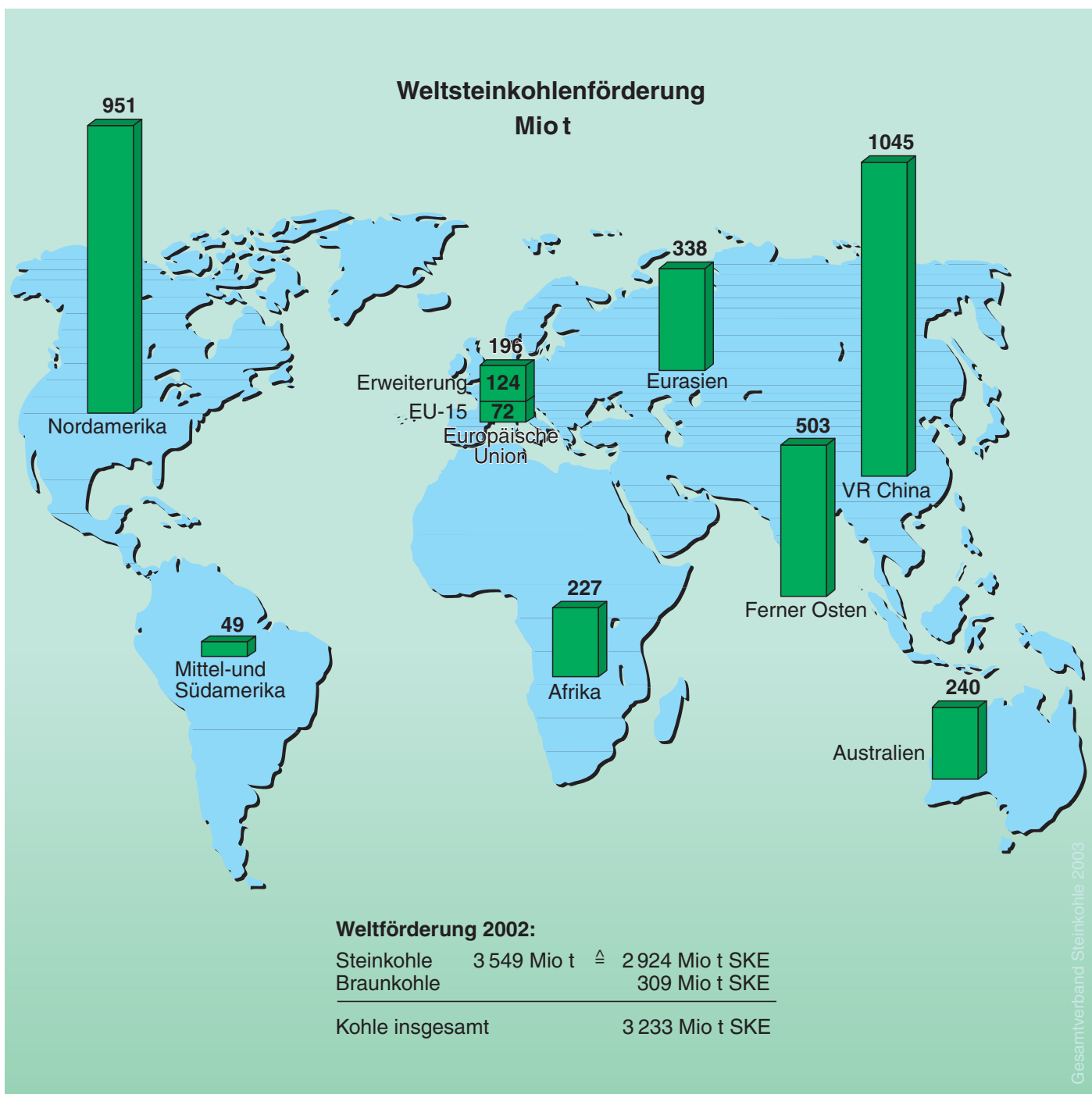
Der im Frühjahr 2003 von den USA mit der „Koalition der Willigen“ geführte Irak-Krieg kann gewiss nicht bloß als ein Krieg ums Öl charakterisiert werden. Es gab eine Reihe von Motiven und öffentlichen Begründungen für diesen Krieg – Sturz eines despotischen Regimes, Hoffnungen auf Stabilisierung des Nahen und Mittleren Ostens, Verdachtsmomente in Bezug auf den internationalen Terrorismus sowie Bedrohungsszenarien, die sich als wenig handfest erwiesen haben.

Aber ein Krieg in einem der größten Ölländer der Welt berührt immer auch Energieinteressen, selbst wenn er nicht wegen der Ölversorgung der USA geführt wurde. Schließlich liegt der Irak im Herzen der „Strategischen Energieellipse“, also der Weltregion mit den größten Öl- und Gasvorräten.

Unabhängig von der Energiefrage haben die internationale Kontroverse um den Irak-Krieg bzw. das unilaterale Vorgehen der US-Regierung und ihre Bereitschaft zum präventiven Einsatz militärischer Mittel gezeigt, dass die politische Weltordnung merklich labiler geworden ist. Es haben sich Risse auch im westlichen Bündnis aufgetan, die frü-

her nicht für möglich gehalten wurden und aus denen künftige Konflikte politischer oder auch ökonomischer Art erwachsen können. Die Gefahren von Terrorismus, Unruhen und Krieg scheinen nicht nur in der „Strategischen Energieellipse“ keineswegs geringer geworden zu sein. Hinzu kommen Macht- und verteilungspolitische Rivalitäten um Energiereserven weltweit.

Dass die veränderte weltpolitische Lage auch den Risiken im Energiebereich eine völlig neue Dimension verliehen hat, stellte etwa der Energierrat der EU schon in 2002 fest. Aus seiner Sicht hat sich deshalb die Bedeutung des Konzepts der Energieversorgungssicherheit erweitert: Die Energieversorgungsstruktur der EU und die mit ihr verbundenen Risiken müssen regelmäßig evaluiert werden, die Diversifizierung ist zu verbessern und die Verfügbarkeit heimischer Primärenergieträger zu erhalten.



Weltförderung an Steinkohle

Wachsende Bedeutung der Kohle

Zur Deckung des global wachsenden Energiebedarfs muss die Kohlenförderung nach dem Referenzszenario der WETO-Studie der EU-Kommission in den nächsten drei Jahrzehnten verdoppelt werden.

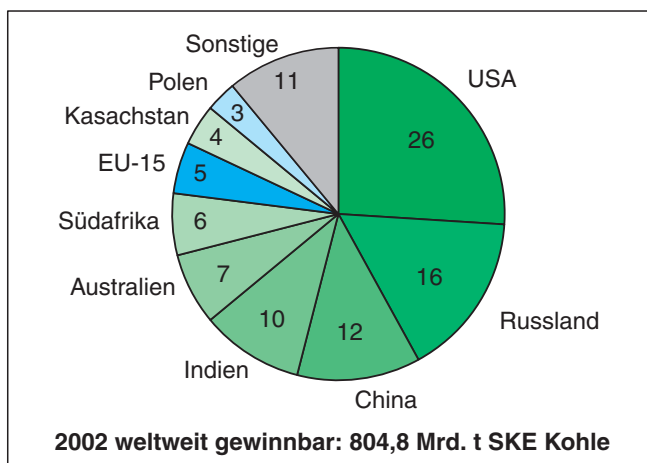
In einem Alternativszenario über die Auswirkungen geringerer Öl- und Gasvorkommen stellt die WETO-Studie überdies heraus, dass derzeit nur die Kohle in der Lage wäre, die Folgen steigender Öl- und Gaspreise in nennenswertem Maße abzufedern.

Rund 60% der weltweit geförderten Kohlenmengen entfallen derzeit auf China und die USA. In den USA wird Kohle fast aus-

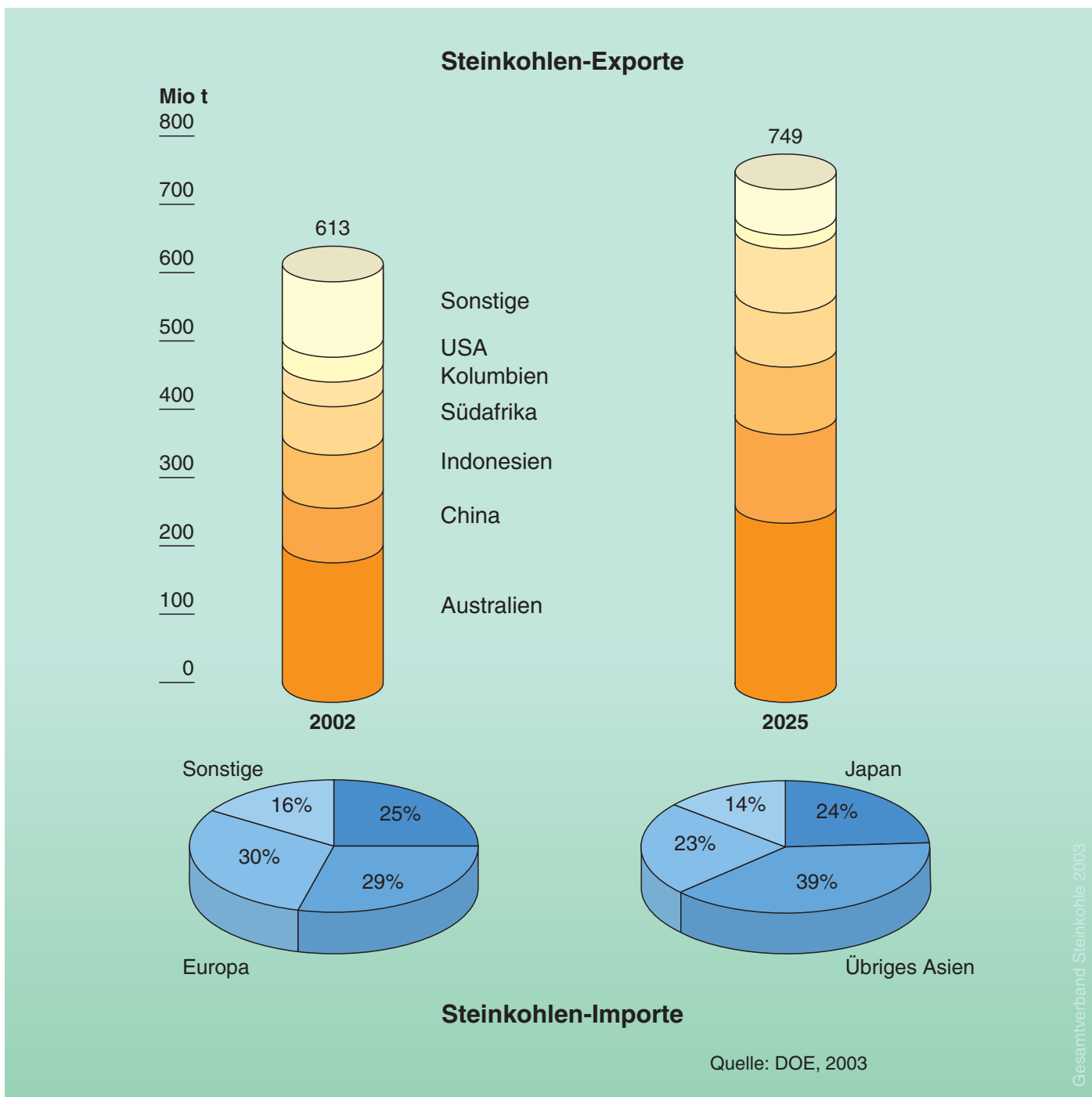
schließlich – zu rund 90% – zur Stromerzeugung genutzt. Auch in den kommenden Jahren wird eine deutliche Ausweitung der US-Stromerzeugung auf Kohlebasis erwartet.

Zwei Drittel des zusätzlichen Kohlenbedarfs bis zum Jahr 2030 wird auf die Kohleländer China und Indien entfallen. Dort wird Kohle Basis einer positiven wirtschaftlichen Entwicklung sein, wenn der erhebliche Investitionsbedarf bei Förderung und Infrastruktur gedeckt werden kann.

Der Kapitalbedarf, der für die Sicherung und den Ausbau der weltweiten Energieversorgung erforderlich ist, stellt die globalen Finanzmärkte vor erhebliche Herausforderungen – wie auch die Investitionsstudie der IEA zeigt. Gegenüber Öl und Gas zeigt sich die weniger kapitalintensive Kohleversorgung dabei allerdings als vergleichsweise robust, wenngleich auch hier regionale Verwerfungen nicht ausgeschlossen sind.



Weltvorräte
an Kohle
(Anteile in Prozent)



Zunehmende Angebotskonzentration

Der Weltkohlenhandel wird auch in den ersten beiden Jahrzehnten dieses Jahrhunderts deutlich anwachsen; nach Schätzung des US-Energieministeriums (DOE) auf über 700 Mio t im Jahr 2020. Insbesondere die dynamische Entwicklung der Kohlenimporte Japans, Südkoreas und Taiwans wird diesen Anstieg tragen.

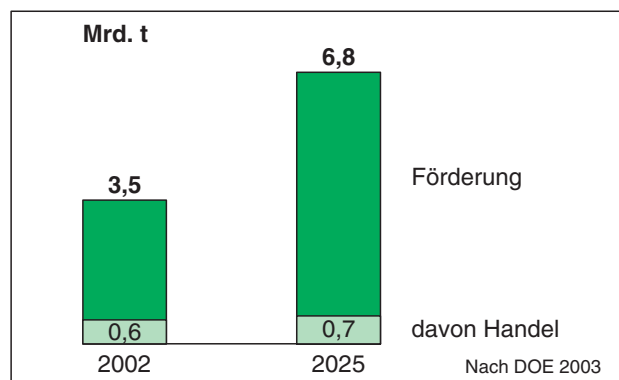
Trotz großer eigener Kohlenvorkommen wird auch von China und Indien, die einen kräftig wachsenden Energiebedarf zu befriedigen haben, ein deutlicher Anstieg der Importe erwartet. In Westeuropa wird der Rückgang der heimischen Produktion voraussichtlich nicht vollständig durch steigende Importe ausgeglichen.

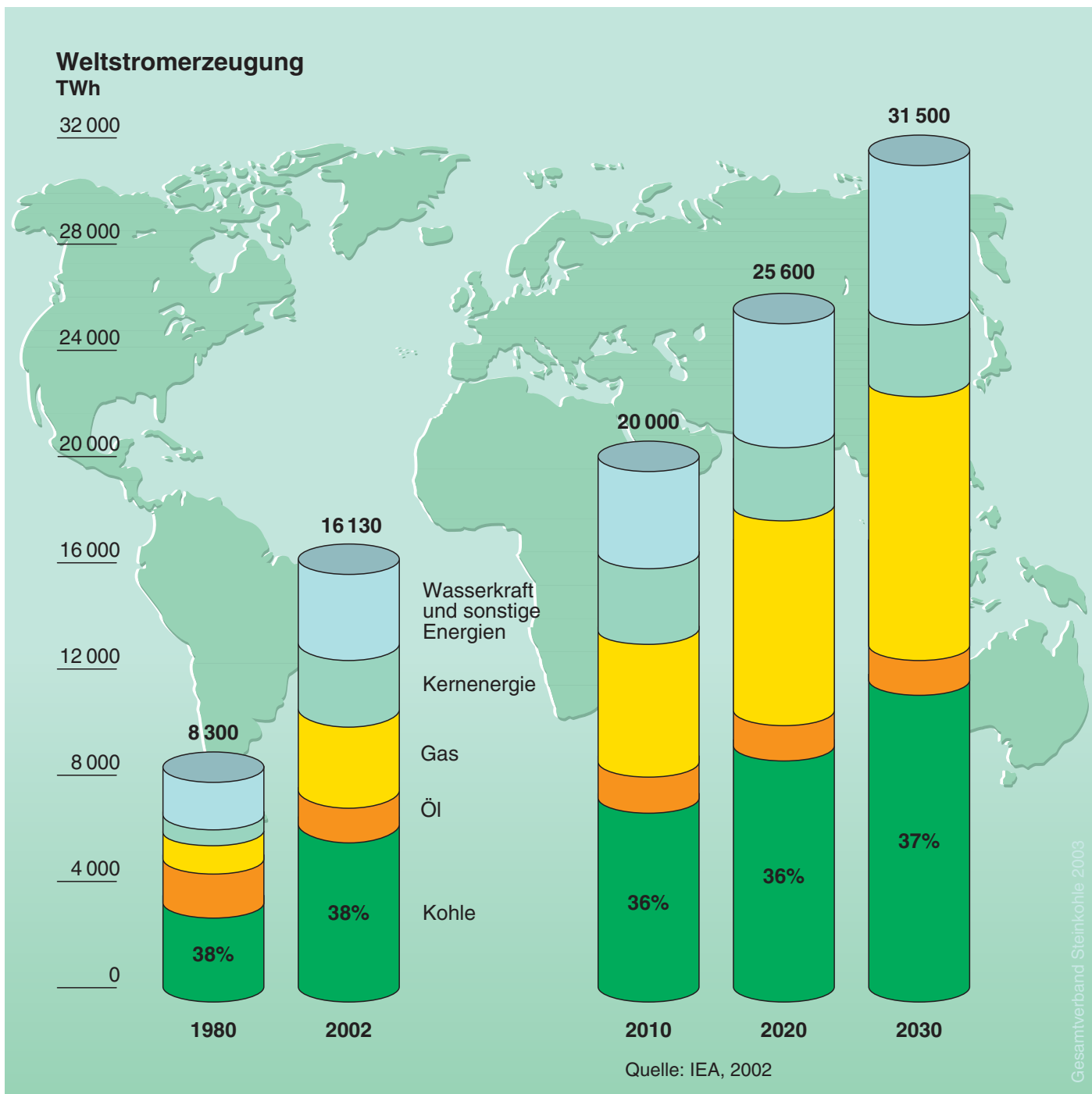
Angebotsseitig konzentriert sich der internationale Kohlenmarkt

bereits heute zu über 80% auf nur fünf Lieferregionen. Australien als größter Kohlenexporteur wird seine Position im Zeitraum bis 2025 noch weiter ausbauen und dann gut ein Drittel der gehandelten Kohle liefern. Auf Rang zwei folgt China, das seine Kohlenexporte in den vergangenen Jahren mehr als verdoppelt, gefolgt von Indonesien, Südafrika und USA/Kanada. Bis zum Jahr 2025, so erwartet das DOE, wird Kolumbien/Venezuela aufgrund des weltweit dynamischsten Exportwachstums den Platz Nordamerikas unter den fünf größten Kohlenexporteuren übernehmen. Mit einem prognostizierten Anteil der Gruppe der fünf von dann rund 90% wird die Konzentration des Weltkohlenhandels dabei weiter ansteigen.

Lieferanten- und Länderrisiken können so auch den internationalen Kohlenhandel zunehmend beeinträchtigen. Ohnehin gelangen nur rund 17% der weltweiten Kohlenproduktion in den internationalen Handel. Gut 80% der weltweit breit gestreuten Kohlenförderung wird in den Förderländern selbst verbraucht. Aus europäischer Sicht wächst vor allem die Nachfragekonkurrenz zum asiatischen Raum.

Geringe Handelsintensität bei der Steinkohle





Kohle in der Weltstromerzeugung

Sichere Rahmenbedingungen erforderlich

Kohle wird nach Einschätzung der IEA seine führende Position in der Stromerzeugung auch in den kommenden Jahrzehnten behaupten. Kohle hat heute einen Anteil von 38% an der Weltstromerzeugung. In den Ländern, in denen Kohle gefördert wird, sind die Anteile deutlich höher. Damit ist die Kohle unter den Primärenergieträgern die Nr.1.

Bereits heute werden zwei Drittel der weltweiten Kohlenförderung zur Stromerzeugung eingesetzt. Im Jahr 2030 werden dies etwa drei Viertel sein – in den westlichen Industrieländern knapp 90%.

Der weltweite Stromverbrauch wird sich bis zum Jahr 2030 nahezu verdoppeln. Damit werden im Jahr 2030 etwa 43% des Primärenergieverbrauchs zur

Stromerzeugung eingesetzt. Die größte Dynamik zeigen die Entwicklungs- und Schwellenländer. Ihr Anteil an der weltweiten Stromerzeugung wird von derzeit 27% auf 43% ansteigen.

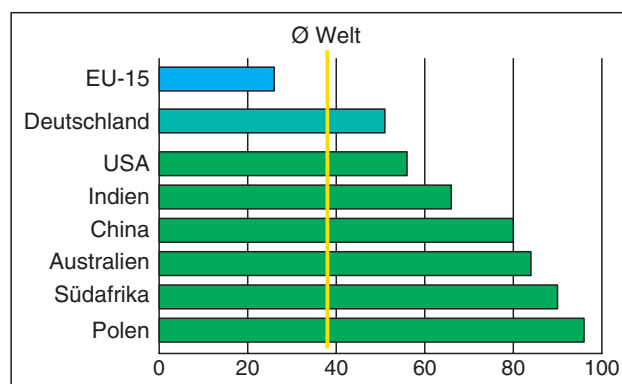
Die Erzeugung von Kohlestrom wird sich, so die IEA, in den Entwicklungs- und Schwellenländern bis 2030 verdreifachen. Hier erfordert die Bevölkerungsexplosion in den städtischen Regionen insbesondere eine stark steigende Einspeisung in die Stromnetze – zu erschwinglichen Kosten. Die Kohle verfügt über die dafür notwendigen Reserven.

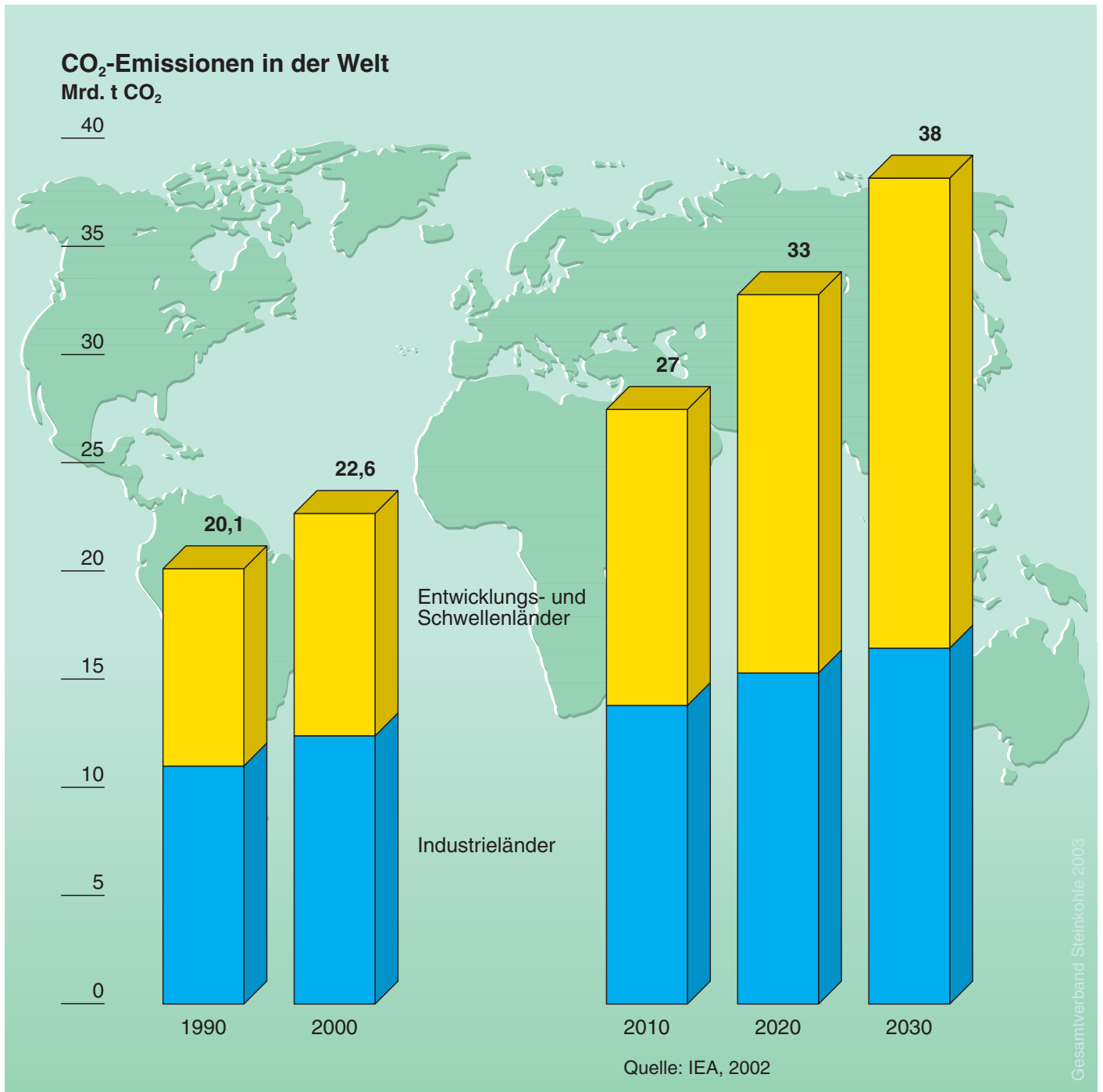
Investitionen von nahezu 10 Billionen US-\$ sind bis zum Jahr 2030 für den Ausbau der Stromversorgung weltweit erforderlich. Kraftwerkskapazitäten von etwa 4.700 GW müssen innerhalb der ersten drei Jahrzehnte dieses Jahrhunderts gebaut werden. Das Marktvolumen allein dafür übersteigt 4,1 Billionen US-\$.

Mehr als 60% der Investitionen im Stromsektor wird auf die Entwicklungs- und Schwellenländer entfallen.

In den Industrieländern wird der Ersatz älterer Kraftwerkskapazitäten der wesentliche Investitionsfaktor sein.

Anteil der Kohle an der Stromerzeugung in Prozent





Neue wissenschaftliche Kritik

In der Klimadiskussion werden die vom Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) vorgelegten Klimaprognosen oft als „wissenschaftlicher Konsens“ dargestellt und zur Grundlage von Handlungsempfehlungen mit weitreichenden Konsequenzen – mit Zeithorizonten von 50 bis zu 100 Jahren – gemacht.

Tatsache ist, dass das IPCC seine Klimaprognosen seit 1990 mehrfach korrigiert hat und die wissenschaftlichen Grundlagen seiner Klimahypothesen in jüngster Zeit zunehmend in die Kritik geraten sind. Höchst zweifelhaft ist z.B. die Annahme, die globale Temperaturentwicklung durch klimapolitische Maßnahmen steuern zu können.

Zudem basieren die Prognosen des IPCC zum Teil auf äußerst

unrealistischen Energieverbrauchsszenarien, die zu sehr hohen CO₂-Emissionen führen würden, wodurch „Handlungsdruck“ erzeugt werden soll.

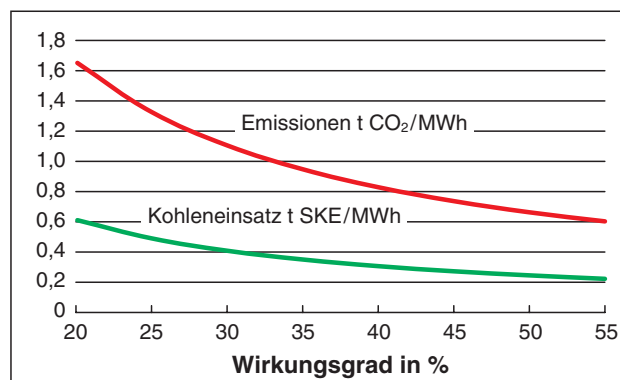
Nunmehr entzündet sich die Kritik auch an den wirtschaftlichen Prämissen der Szenarien, insbesondere den Wachstumsprognosen für die Entwicklungs- und Schwellenländer, die ökonomisch nicht haltbar und zum Teil maßlos übertrieben seien.

Ungeachtet dieser Kritik bleibt in der Klimapolitik Vorsorge geboten. Klimavorsorge ist aber eine globale Aufgabe. Vorsorge heißt hierbei auch, dass die Balance zwischen Aufwand und Ertrag gewahrt bleiben muss.

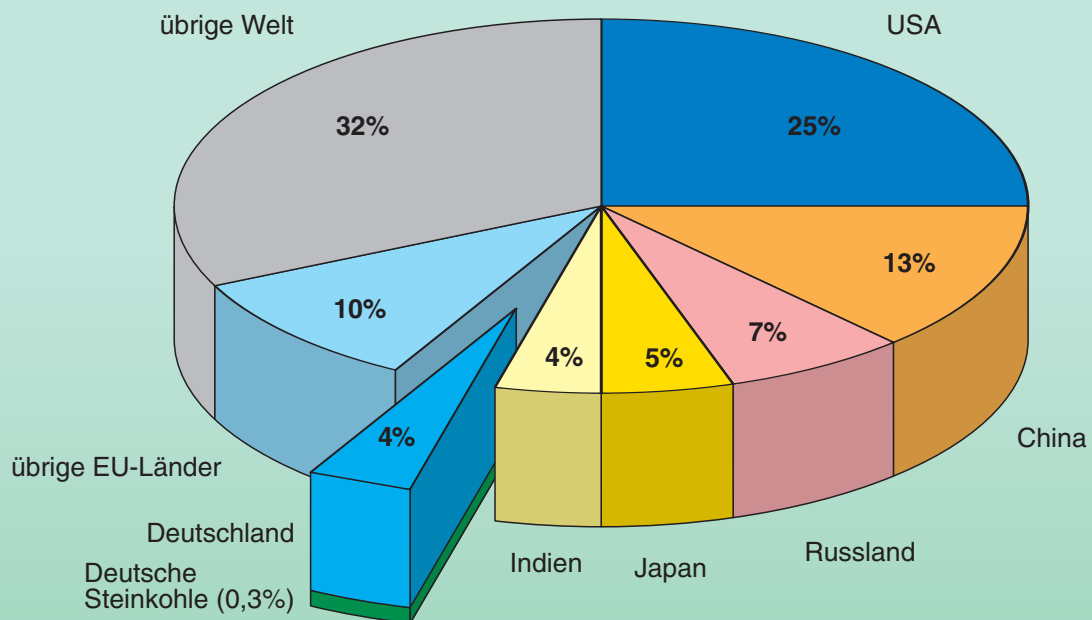
Zielführend ist ein schrittweises und international koordiniertes Vorgehen der Staatengemeinschaft, bei dem die Entwicklung und weltweite Marktdurchdringung von modernen emissionsarmen Technologien unter Berücksichtigung wirtschaftlicher Erwägungen vorangetrieben werden.

Die Entwicklung und weltweite Verbreitung effizienter und emissionsarmer Kohlenkraftwerke können hierzu einen bedeutenden Beitrag leisten.

Emissionsverminderung durch verbesserte Wirkungsgrade



Energiebedingte CO₂-Emissionen in der Welt
2002: 25,6 Mrd. t



nach BP, 2003

Kohlenutzung mit globalem Klimaziel in Einklang

Ungeachtet des Standes der Ratifizierung des Kyoto-Protokolls richtet die internationale Klimapolitik ihren Blick bereits jetzt auf den Zeitraum nach 2012, dem Ende der ersten Kyoto-Verpflichtungsperiode. Sie strebt dabei an, global weiterreichende Emissionsminderungen zu vereinbaren und die Emissionsminderungsverpflichtungen auf weitere Staaten auszudehnen.

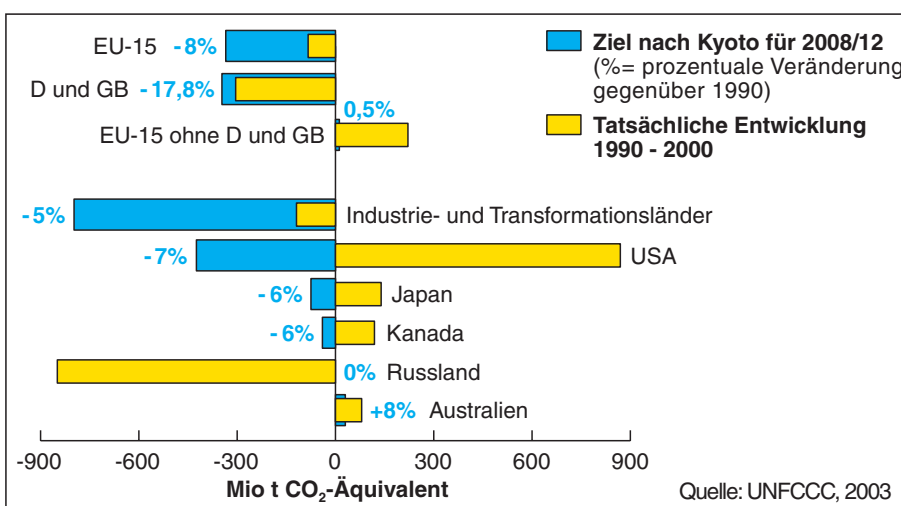
Flankiert werden soll diese Politik durch die Klimaforschung im Rahmen des IPCC, das hierzu 2006 seinen nächsten Zwischenbericht vorlegen wird. Es ist zu erwarten, dass dieser die Rechtfertigung zur Ergreifung schärferer Klimaschutzmaßnahmen liefern soll. Ob dies gelingt, ist

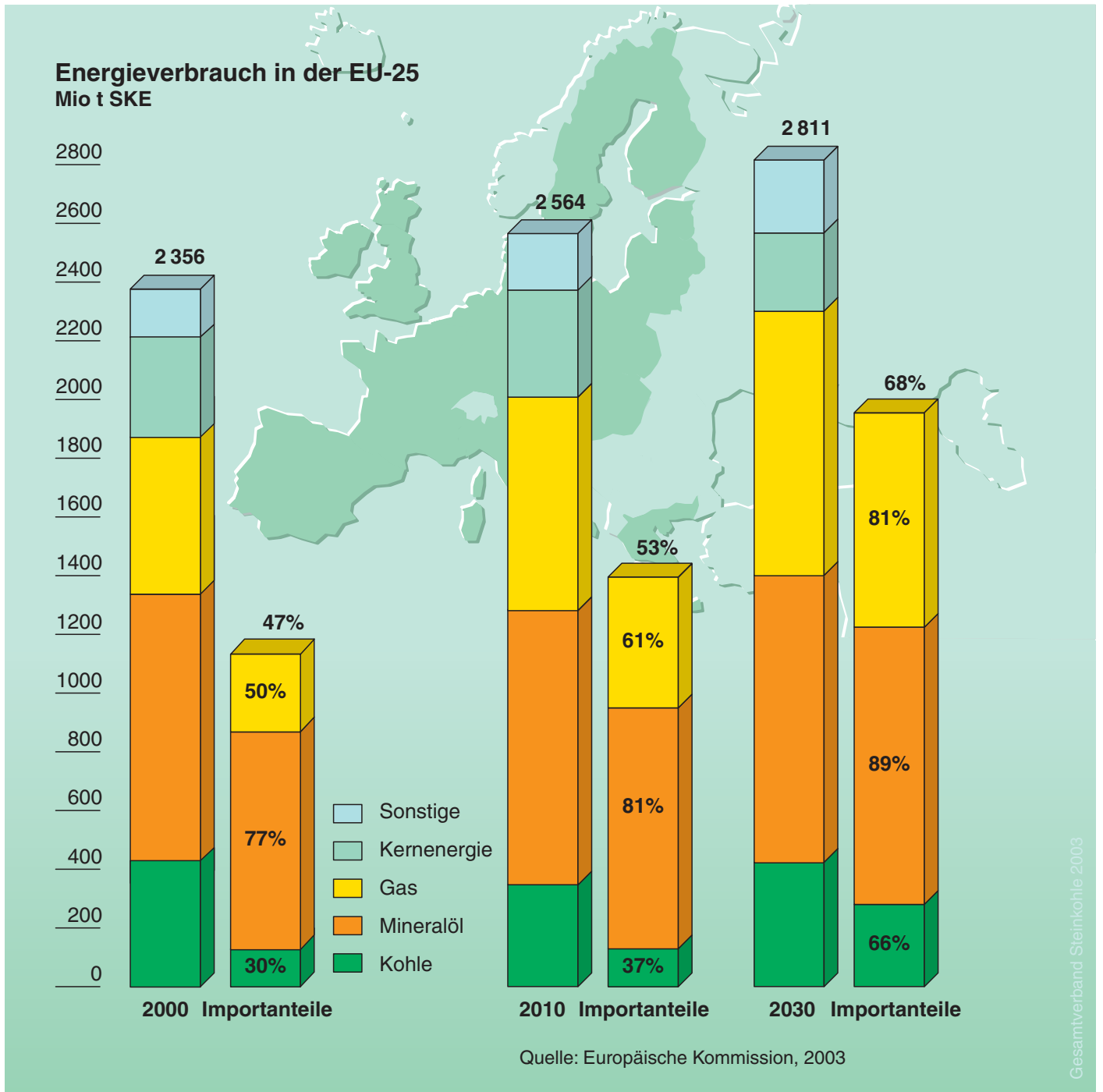
gegenwärtig nicht absehbar, zumal viele Industrieländer Probleme haben, die vereinbarten Minderungsziele zu erreichen.

Wichtig für die globale Klimapolitik wird die künftige Positionierung der USA sein. Wenn die USA in der Klimapolitik weiterhin einen eigenen Weg beschreiten, wird es internationalen klimapolitischen Vereinbarungen an Durchsetzungskraft mangeln. Langfristig könnte die US-Klimapolitik allerdings durchaus erfolgreicher sein als die bürokratische Durchsetzung bestimmter kurzfristiger Zielvorgaben. Sie setzt auf die beschleunigte Entwicklung und Marktdurchdringung moderner energieeffizienter Technologien in allen Bereichen der Energieumwandlung und -nutzung unter Beachtung wirtschaftlicher Gesichtspunkte.

Die Entwicklung dieser Technologien schließt auch die Kohlenutzung mit ein. Im Mittelpunkt stehen hierbei vor allem die Fortentwicklung moderner und effizienter Clean-Coal-Technologien und – längerfristig – von Techniken zur CO₂-Abscheidung und -Speicherung. Dadurch kann die Nutzung der sicheren, langfristig verfügbaren und preisstabilen Kohle mit den globalen Klimazielen in Einklang gebracht werden.

Bilanz der Weltklimapolitik 1990-2000





Energie in der Europäischen Union

Neue EU-Projektion für 2030

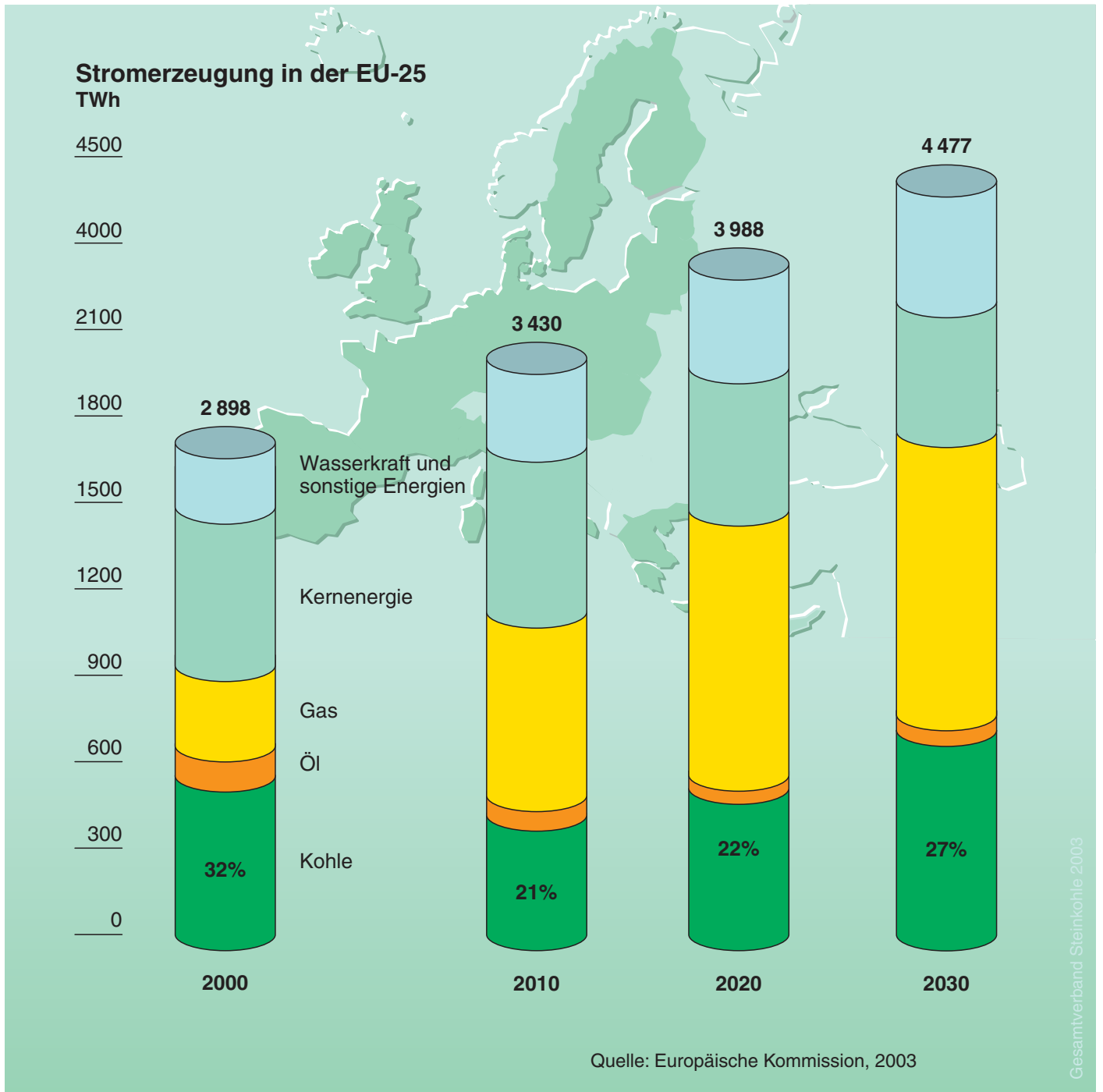
Die Generaldirektion Transport und Energie (GD TREN) der Europäischen Kommission hat im Herbst 2003 eine neue Energieprojektion bis zum Jahr 2030 veröffentlicht („European energy and transport trends to 2030“), die erstmals auch die Beitrittsländer zur EU-25 einbezieht. Zugrunde gelegt wird ein „baseline case“, der die bestehenden energiewirtschaftlichen Trends unter den heute gegebenen politischen Rahmenbedingungen fortschreibt. Bemerkenswert ist vor allem, dass die EU-Erweiterung die Trends der EU-15 zwar leicht modifiziert, in Stärke und Richtung aber nicht ändert.

- Das Öl bleibt in der Energieversorgungsstruktur Europas dominant.
- Das Erdgas expandiert insbesondere in der Stromerzeugung und verzeichnet die absolut größten Zuwächse.
- Die Erneuerbaren Energien weisen zwar relativ die höchsten Wachstumsraten auf, ihr europaweiter Anteil bleibt jedoch auch in 2030 noch begrenzt.
- Die Kernenergie wird schrittweise zurückgehen.

- Die Kohle erleidet bis etwa 2010 einen weiteren Abwärtstrend, danach nimmt ihr Verbrauch jedoch wieder deutlich zu und erreicht 2030 in etwa das Niveau von 2000.

Die Projektion geht davon aus, dass Kohlenkraftwerke nach 2010 zunehmend auslaufende Kernkraftwerke ersetzen, neue Kohletechnologien zur Anwendung kommen und sich die Wettbewerbsfähigkeit der Kohle gegenüber dem Gas, dessen Preise längerfristig erheblich steigen werden, weiter verbessert.

Insgesamt nimmt die EU-eigene Primärenergieproduktion bis 2030 deutlich ab und die Abhängigkeit der Energieversorgung von Drittlandsimporten immer mehr zu, sie wird von unter 50% im Jahr 2000 auf 68% in 2030 ansteigen. Nötig ist, so die Vizepräsidentin der EU-Kommission Loyola de Palacio, „more policy effort“, um gegen die daraus resultierenden Risiken vorzusorgen.



Stromerzeugung in der Europäischen Union

Künftige Strukturen ungewiss

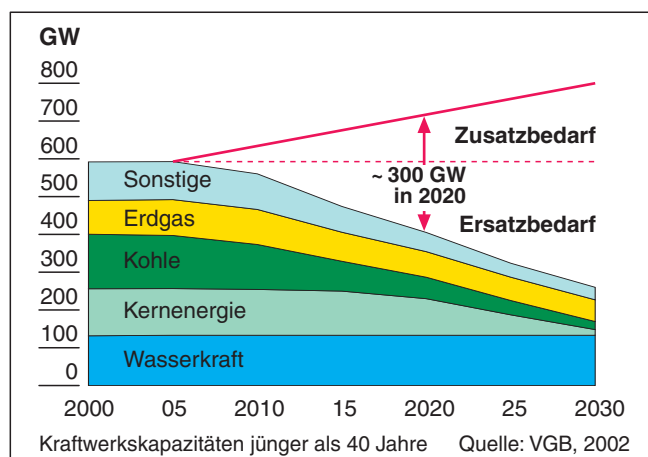
Der Liberalisierungsprozess steht vor dem Abschluss: Der Elektrizitätsmarkt wird EU-weit ab dem 1. Juli 2004 für alle gewerblichen Kunden und ab dem 1. Juli 2007 auch für alle privaten Verbraucher vollständig geöffnet. Damit einher gehen weitere bedeutsame Veränderungen der rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen. So müssen Produktion, Transport und Endverteilung voneinander getrennt werden. Netzzugang und -preise sind von einer staatlichen Regulierungsinstanz zu überwachen. Die Anbieter müssen die Kunden über ihren Energiemix informieren. Parallel dazu sollen der Anteil der Kraft-Wärme-Kopplung sowie die Stromerzeugung aus regenerativen Energiequellen deutlich ausgebaut werden.

Welche Auswirkung der europäischen Liberalisierungs- und Harmonisierungsprozess auf die Stromerzeugungsstrukturen in Europa hat, wird sich erst längerfristig erweisen.

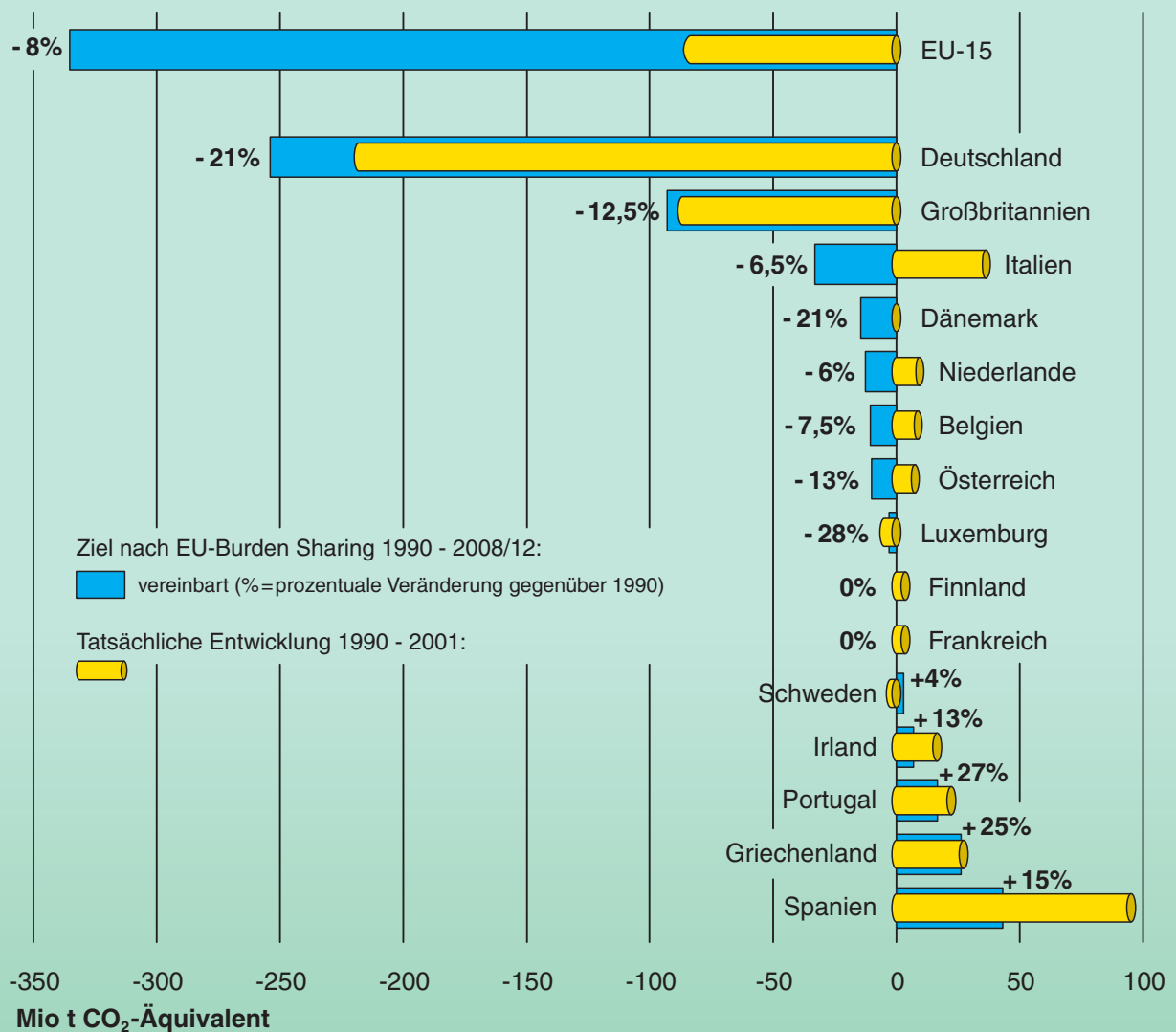
Etwa ab 2005 und verstärkt ab 2010 wird sich eine Lücke in den Kraftwerkskapazitäten der EU auftun, deren Schließung umfangreiche Investitionen in den Neubau von Kraftwerken und Stromerzeugungsanlagen nötig macht.

Die Kohle, auf der heute über 30% der Stromerzeugung der EU-25 basiert, hat im Hinblick auf Brennstoff- und Investitionskosten eigentlich eine starke Wettbewerbsstellung. Moderne, saubere und effiziente Verstromungstechnologien machen sie auch unter Umweltaspekten attraktiv, sofern sie nicht durch (klima-)politische Maßnahmen diskriminiert wird. Insbesondere der neue europäische CO₂-Emissionsrechtehandel könnte jedoch ihre Stellung im Stromsektor durch spezifische Restriktionen und Preisbelastungen bedrohen. Gewinner wären Erdgas oder Atomstrom.

Stromerzeugungskapazitäten in der EU-15



Reduktionsziele klimarelevanter Gase 1990 - 2001 - 2008/12*



* gemäß EU-Burden Sharing für alle sechs Kyoto-Gase ohne Anrechnung von Senken

Quelle: Europäische Kommission, 2003

Klimavorsorge in der Europäischen Union

Zielerreichung gefährdet

Die Europäische Union hat sich vom Pfad der Erreichung ihrer im Kyoto-Protokoll übernommenen Verpflichtung, die Emission klimarelevanter Gase bis 2008/12 um 8% zu verringern, weit entfernt. Lediglich die Entwicklungen in Deutschland, Großbritannien und Luxemburg lassen erwarten, dass diese Länder ihre Zusagen im Rahmen des Burden Sharing erfüllen werden. Daraus könnten sich neue Fragen ergeben.

Dennoch geht die Kommission in ihrem Zweiten Fortschrittsbericht zum Europäischen Programm zur Klimaänderung (ECCP) weiter davon aus, dass die Kyoto-Ziele ohne inakzeptable Kosten für die Gesellschaft erreicht werden können. Dies sei eine Frage des „politischen Willens“ und der konsequenten Umsetzung der vereinbarten Maßnahmen.

Kernstück der Klimapolitik der Europäischen Union ist die Einführung eines Emissionsrechtehandelssystems, mit dem ab 2005 die CO₂-Emissionen aus praktisch allen größeren Kraftwerken und Industriefeuerungsanlagen strikt begrenzt werden sollen.

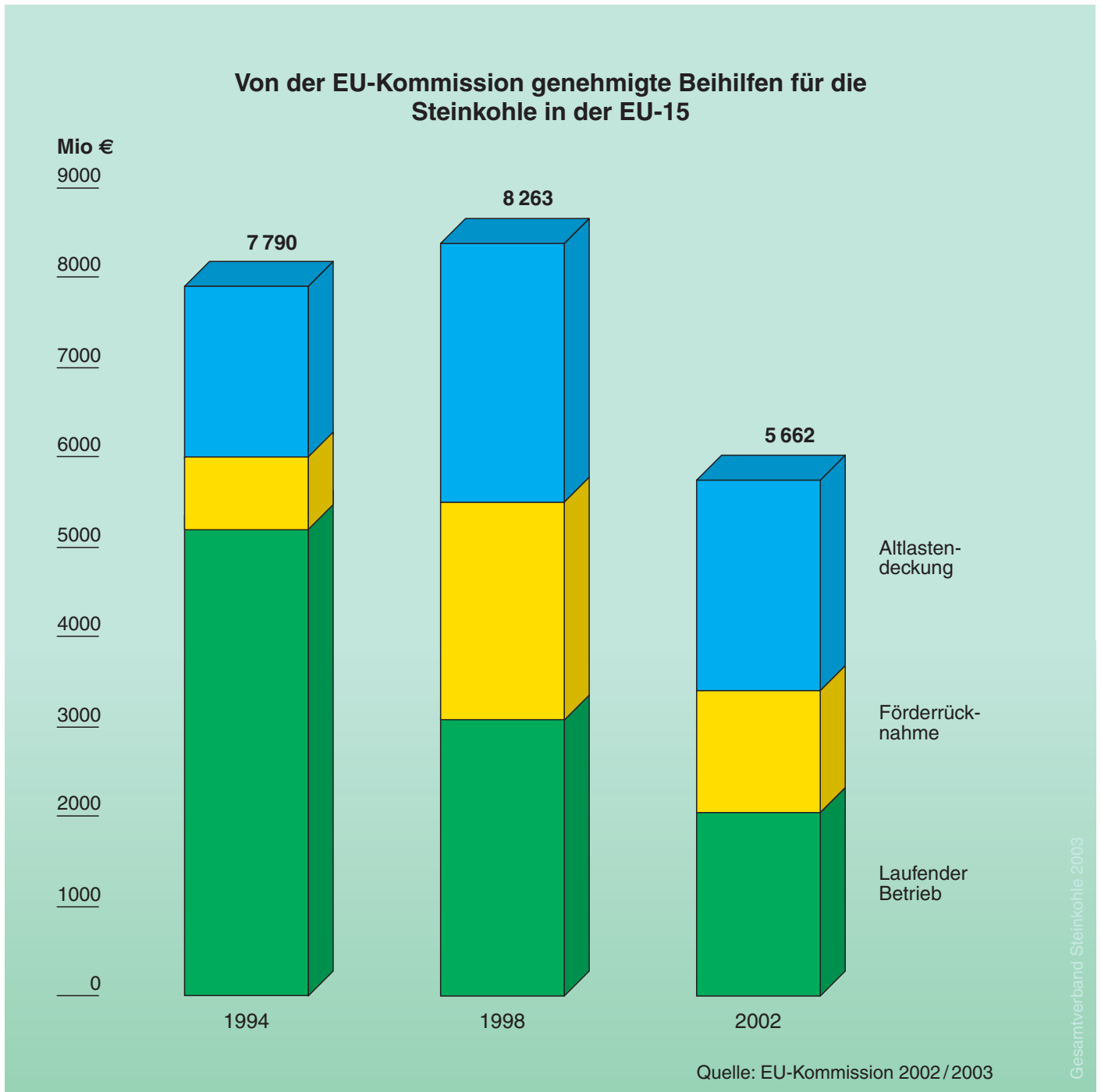
Mit der Umsetzung der EU-Emissionshandelsrichtlinie wird über die Industriestruktur und den

Energiemix in den Mitgliedsstaaten entschieden.

In einem Bericht der EU-Kommission vom Februar 2003 über die Auswirkungen des Emissionshandels heißt es wörtlich: „The burden on coal and lignite will increase the use of gas. It will speed up investments for instance in Combined Cycle Gas Turbines (CCGT). This fuel switch will in fact continue being the major contributor to the reduction of the greenhouse gas emissions in the EU.“

Als kohlenstoffreicher Primärenergieträger könnte die Kohle, die für Energieversorgungssicherheit steht, in der Tat längerfristig im Energiemix zurückgedrängt werden. Dies hätte, neben Beschäftigungsverlusten in der Kohleindustrie, Auswirkungen auf die Versorgungssicherheit, das Energiepreisniveau und die internationale Wettbewerbsfähigkeit energieintensiver Industrien in Europa, aber vor allem in Deutschland.

Auch die Beitrittsländer, die in ihrer Energieversorgung stark auf die Kohle setzen, könnten diese Nachteile erleiden, ohne dass das globale Klima davon wirklich profitierte.



Steinkohle in der Europäischen Union

Tragfähige Beihilfe- regelung

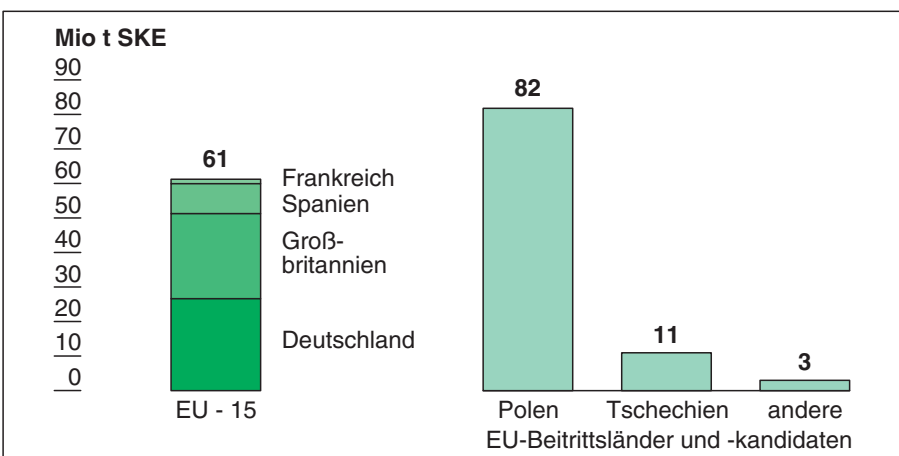
Im Jahr 2003 ist erstmals die im Juli 2002 vom Rat mit Zustimmung aller Gemeinschaftsorgane beschlossene neue EG-Verordnung 1407/2002 über staatliche Beihilfen an den Steinkohlenbergbau voll zur Anwendung gelangt. Ausdrückliche Zielsetzung dieser Verordnung ist es, Folgendem Rechnung zu tragen:

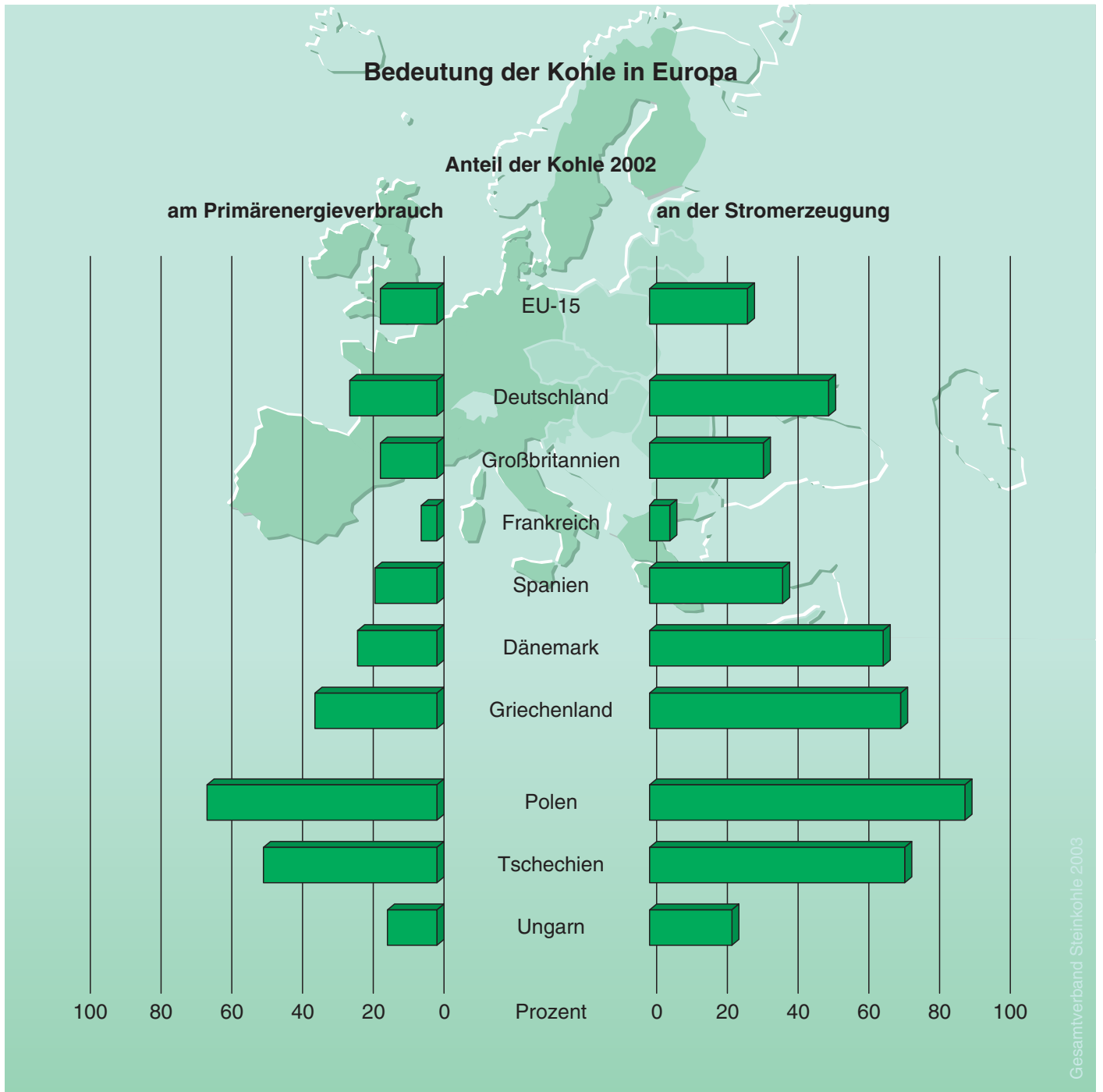
- den mit der Umstrukturierung des Steinkohlenbergbaus verbundenen sozialen und regionalen Aspekten,
- der – als Vorbeugungsmaßnahme – notwendigen Beibehaltung eines Mindestumfangs an heimischer Steinkohlenproduktion, damit der Zugang zu den Vorkommen gewährleistet bleibt.

Im Hinblick auf diese Ziele und nach Maßgabe der weiteren Bestimmungen dieser Verordnung hat die Europäische Kommission die deutschen Steinkohlebeihilfen für das Jahr 2003 im Umfang von 3,3 Mrd. € (davon 2,2 Mrd. € Betriebsbeihilfen) eingehend geprüft und sodann als mit dem Funktionieren des Binnenmarktes vereinbar genehmigt. Zugleich hat die Kommission die geplante weitere Umstrukturierung des deutschen Steinkohlenbergbaus bis zum Jahr 2007 gebilligt. Der bis 2005 geltende nationale Kohle-Kompromiss von 1997 ist nun europarechtlich vollends abgesichert.

Auf Basis der neuen Verordnung, die bis 2010 gilt, sind u.a. inzwischen auch Investitionsbeihilfen für den britischen Kohlenbergbau von der Kommission genehmigt worden. Nur durch Beihilfen kann in der EU bei weiter zunehmendem Anteil der Drittlandseinfuhren ein energie- und strukturpolitisch wünschenswertes Minimum der heimischen Steinkohlenproduktion bewahrt werden. Das gilt auch für die Beitrittsländer.

Steinkohlenförderung in
Europa 2002





Die Europäische Union im Wandel

Neue Mitglieder, neue Verfassung

Die Verträge sind unterzeichnet: Ab dem 1. Mai 2004 wird die Europäische Union um 10 neue Mitgliedsstaaten erweitert. Beitreten werden Polen, Tschechien, die Slowakei, Ungarn, Slowenien, Estland, Lettland, Litauen, Malta und Zypern.

Aus der heutigen EU-15 wird dann die EU-25, ein einheitlicher Wirtschaftsraum mit über 440 Millionen Einwohnern, der durch gemeinsame Wertvorstellungen sowie gemeinsame politische Institutionen geprägt ist. Vorgesehen ist außerdem der Beitritt von Rumänien und Bulgarien zu einem späteren Zeitpunkt (eventuell ab 2007). Auch der Türkei und den Balkanstaaten ist eine „Beitrittsperspektive“ zugesagt worden.

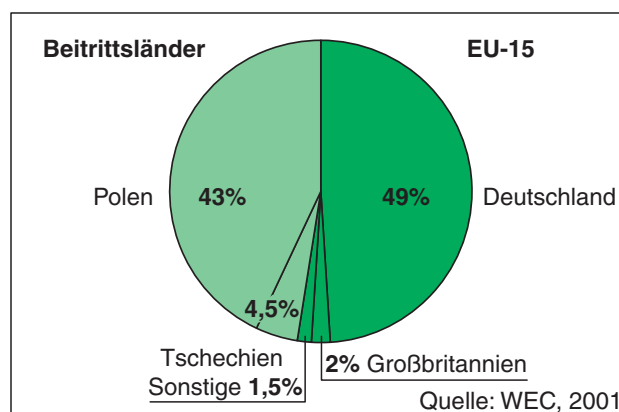
Der Europäische Konvent hat einen Verfassungsvertrag ausgearbeitet, mit dem die erweiterte Europäische

Union eine angemessene und zukunftsgerechte institutionelle Architektur erhalten soll.

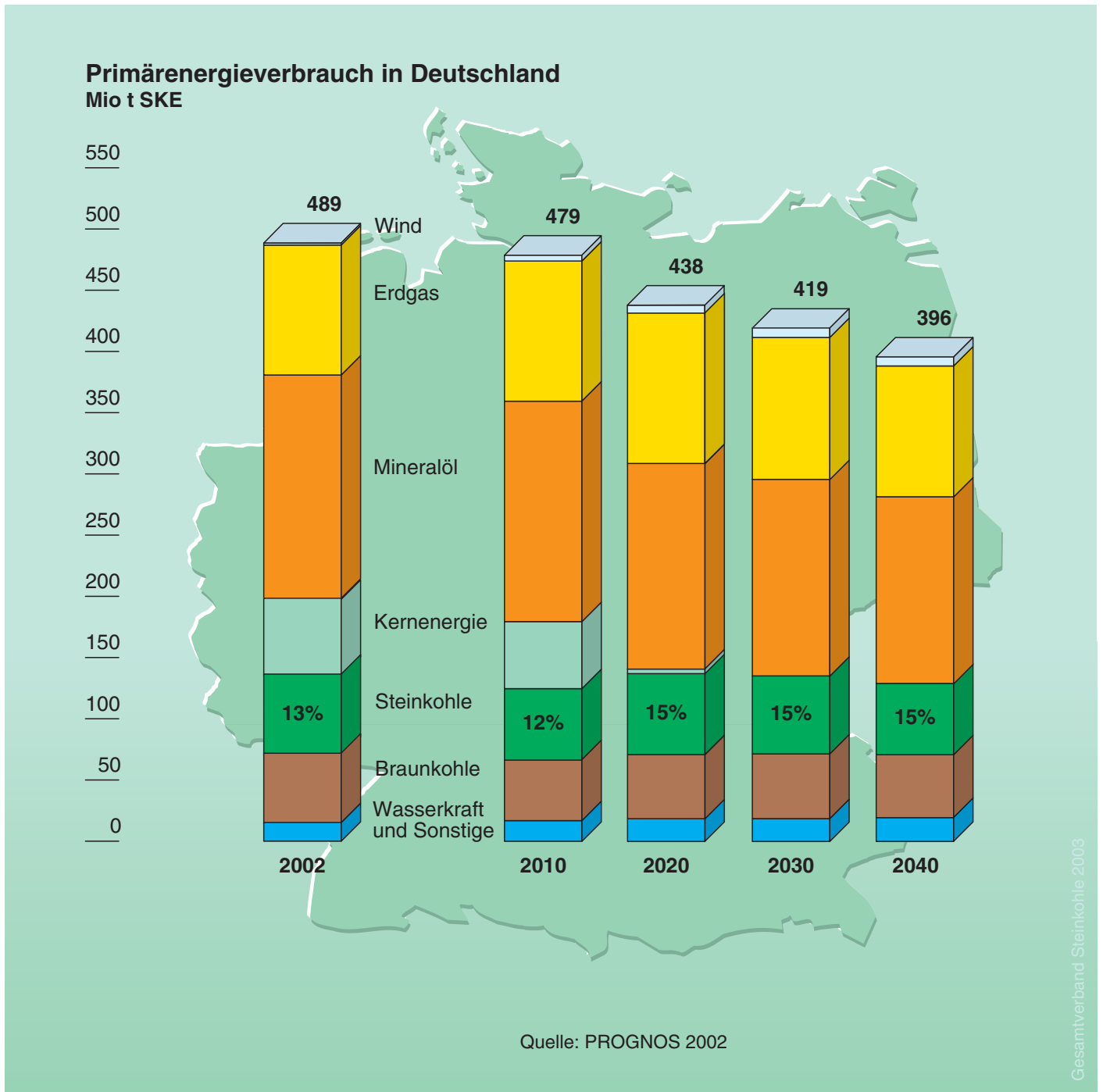
Gut 50 Jahre nach der Gründung der Montanunion, die ihr Initiator Robert Schuman als „erste Etappe der europäischen Föderation“ auf dem Weg zu einem Zusammenschluss aller europäischen Nationen im Interesse von Frieden und Wohlstand betrachtet hat, scheint die heutige Europäische Union diesem visionären Ziel immer näher zu kommen.

In dem erweiterten und renovierten rechtlichen Rahmen der EU werden sich in der Praxis viele neue Herausforderungen ergeben. So werden z.B. durch die mittel- und osteuropäischen Beitrittsländer Fragen der Kohलगewinnung und -nutzung sowie der Umstrukturierung der Kohleregionen in der europäischen Politik an Gewicht gewinnen.

Die jetzt unter dem neuen Namen EURACOAL vertretene Brüsseler Dachvereinigung der europäischen Kohleindustrie (früher CECSO) hat sich darauf mittlerweile durch Erweiterung des Mitgliederkreises um Unternehmen und Verbände aus den Beitritts- und den Kandidatenländern sowie die Bündelung von Interessen längs der gesamten Kohlenkette adäquat vorbereitet.



Steinkohlevorräte
in der EU 2002:
46,7 Mrd. t SKE



Primärenergiebedarf in Deutschland

Balance des energiepolitischen Ziel-dreiecks erhalten

Die deutsche Energiepolitik steht vor der Frage, wie nach dem beschlossenen Ausstieg aus der Kernenergie die Balance zwischen den energiepolitischen Zielen Versorgungssicherheit, Wettbewerbsfähigkeit und Umweltverträglichkeit langfristig aufrechterhalten werden kann.

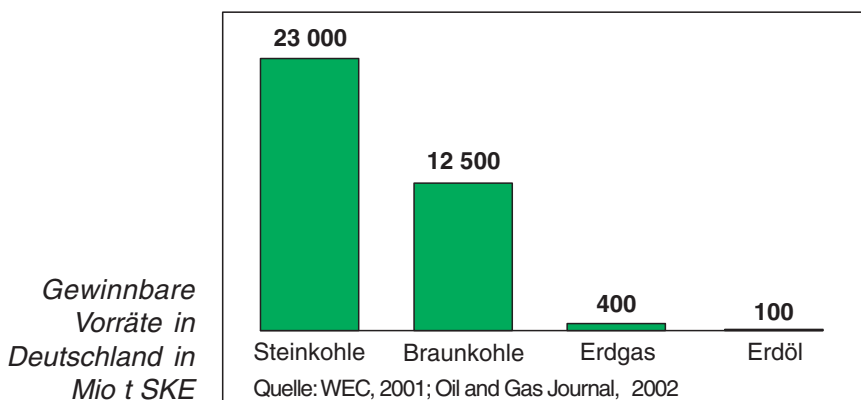
Schon der Energiebericht der Bundesregierung aus dem Jahr 2001 zeigte, dass forcierte Klimaschutzziele – noch dazu im nationalen Alleingang verfolgt – in eine Dekarbonisierungsstrategie münden, die gravierende Auswirkungen auf die Sicherheit und Wirtschaftlichkeit der Energieversorgung hätten.

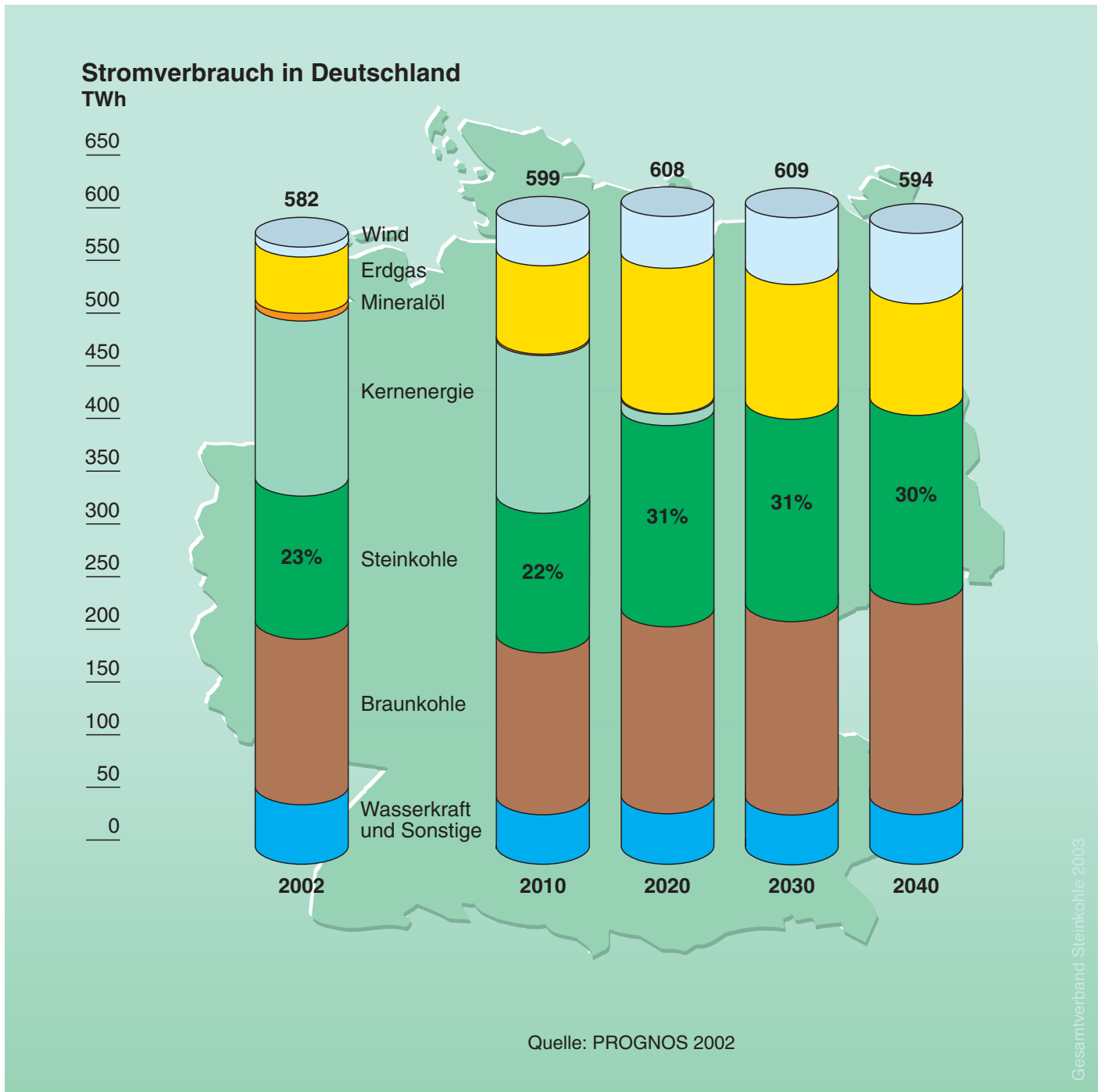
Nach dem im Energiebericht diskutierten Ziel einer CO₂-Reduktion um 40% bis 2020 werden nun vom Bundesumweltministe-

rium bereits deutlich anspruchsvollere Ziele genannt: Minus 80% bis 2050 und als „Zwischenziel“ auf dem Weg dahin: Minus 50% bis 2030 bzw. Minus 65% bis 2040 (jeweils gegenüber 1990). Deutschland soll dabei wiederum die internationale Vorreiterrolle einnehmen.

Fossile Energien sollen nur noch dort eingesetzt werden, wo es keine Alternativen gibt, der Zubau von Kohlenkraftwerken als Ersatzoption für die auslaufende Kernkraft wird ausgeschlossen. Erneuerbare Energien und Erdgas sollen sowohl die Kernkraft als auch die altersbedingt vom Netz gehenden Kohlenkraftwerke ersetzen.

Ein solches Szenario steht in Kontrast zu einer verantwortungsbewussten Energiepolitik, die die Ziele Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Umweltverträglichkeit gleichrangig verfolgt. Sicherheit und Wirtschaftlichkeit der Energieversorgung können von einer überwiegend auf Erneuerbare Energien und/oder Erdgas ausgerichteten Struktur nicht gewährleistet werden. Dazu muss ein breit diversifizierter Energiemix – unter Einschluss der Kohle – erhalten bleiben. Zu diesem Schluss kommt auch das BMWA.





Strombedarf in Deutschland

Kohlestrom unverzichtbar

Die deutsche Kraftwirtschaft steht vor entscheidenden Weichenstellungen:

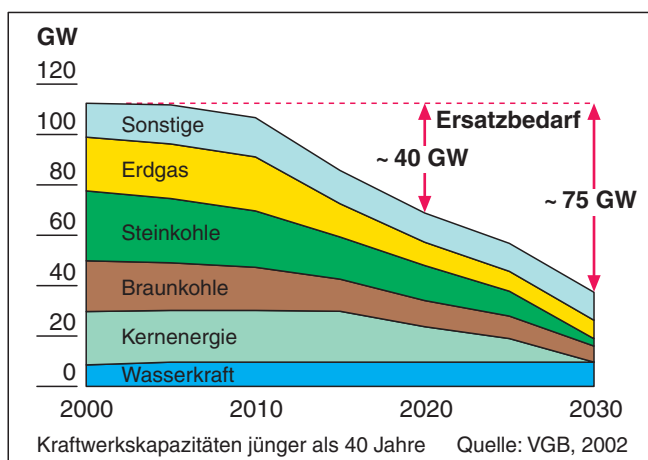
- Der Ausstieg aus der Kernenergie ist beschlossen.
- Ab 2010 stehen große Teile des konventionellen Kraftwerksparkes, insbesondere Steinkohlenkraftwerke, zur Erneuerung an.
- Am 1. Januar 2005 soll in der Europäischen Union der Handel mit CO₂-Emissionsrechten beginnen. Der Preis der CO₂-Zertifikate wird künftige Investitionsentscheidungen im Energiesektor maßgeblich mitbestimmen.

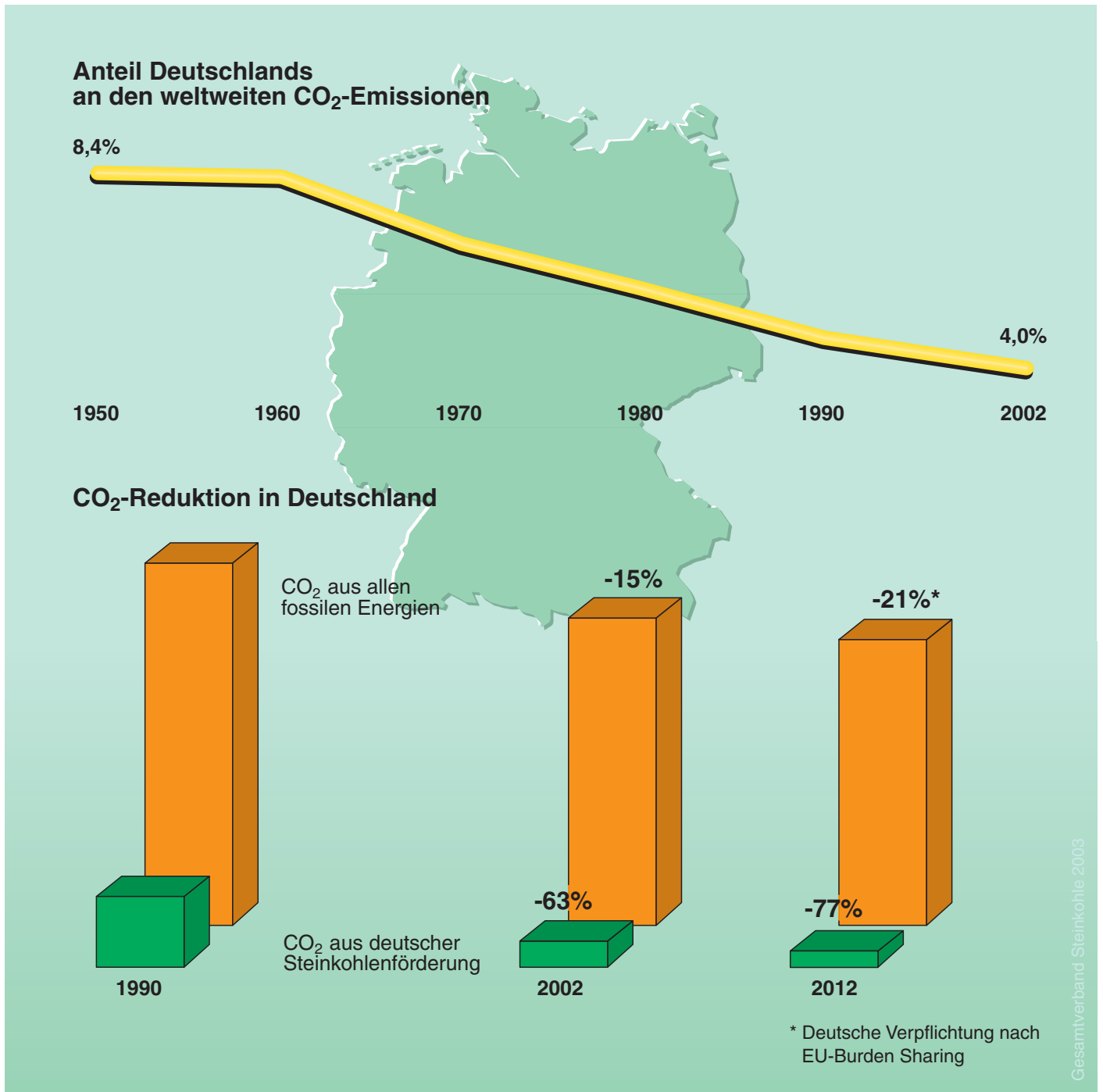
Entscheidungen über die künftige Kraftwerksstruktur müssen

wegen der langen Vorlaufzeiten jetzt getroffen werden. Dazu benötigen die Unternehmen planungssichere Rahmenbedingungen. Diese müssen in ein Energiekonzept münden, für das das BMWA Mitte 2003 wesentliche Eckpunkte formuliert hat:

- Ein breit diversifizierter Energiemix unter Einschluss der Kohle, die heute 50% der Stromerzeugung in Deutschland sichert, muss erhalten bleiben.
- Die künftige Förderung der Erneuerbaren Energien muss Dauersubventionierung vermeiden und zu Wettbewerbsfähigkeit führen.
- Investitionen in effiziente fossile Kraftwerke sind ein kostengünstiger Weg zur CO₂-Minderung. Dies gilt vor allem im Vergleich zu Windkraft- oder Fotovoltaikanlagen.
- Der CO₂-Emissionshandel hat gravierende industrie- und energiepolitische Auswirkungen, er darf nicht zur Verdrängung energieintensiver Industrien und zur „Dekarbonisierung“ führen.

Stromerzeugungskapazitäten in Deutschland





Klimavorsorge in Deutschland

Vorreiterrolle nicht um jeden Preis

Deutschland hat seine Verpflichtung zur Minderung klimarelevanter Gase im Rahmen des EU-Burden Sharing zu 90% erfüllt. Zu dieser Reduktion haben – auf der Grundlage der Klimavorsorgevereinbarung mit der Bundesregierung – ganz wesentlich die Energiewirtschaft und die Industrie beigetragen.

Derzeit ist die nationale Klimapolitik durch die Umsetzung der EU-Richtlinie zum Emissionshandel in nationales Recht bestimmt. Dabei muss gewährleistet sein, dass Deutschland als wettbewerbsfähiger Industrie- und Energiestandort erhalten bleibt.

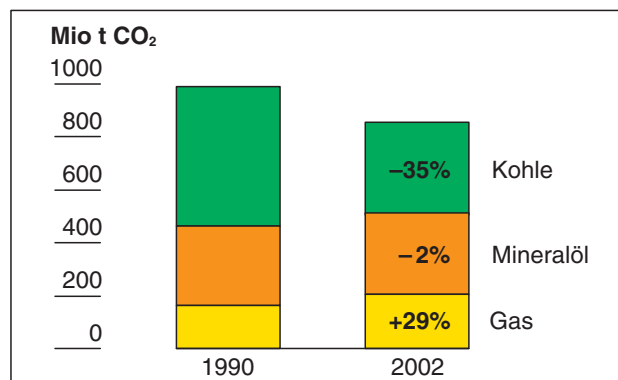
Bisherige Regulierungen und Vereinbarungen müssen deshalb überprüft und angepasst werden, um eine Überregulierung bzw. Lastenkumulierung zu verhindern.

Die Zuteilung der Emissionsrechte muss wirtschaftliches Wachstum ermöglichen und den bewährten Energiemix erhalten.

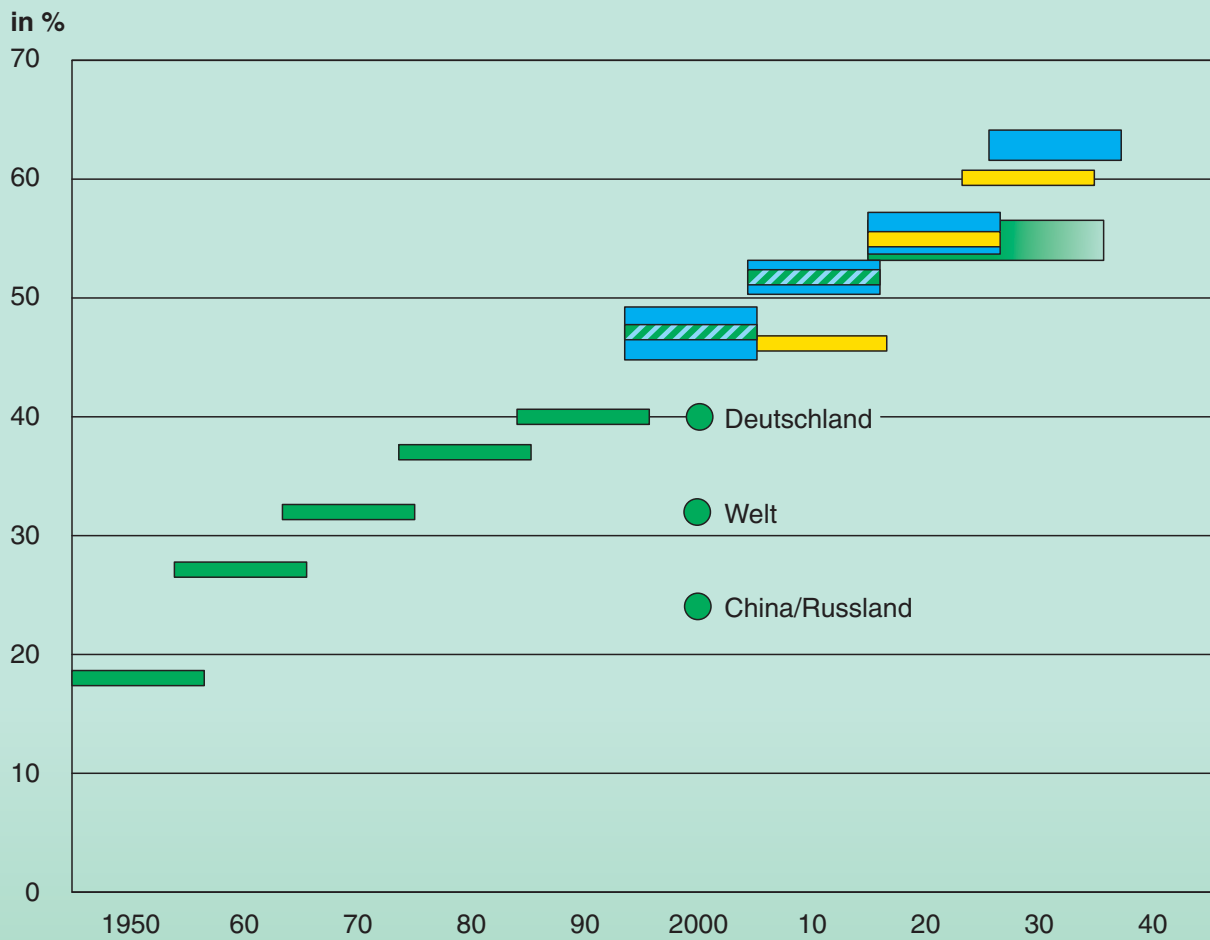
Die Bundesregierung will ihre Vorreiterrolle in der Klimapolitik fortzuschreiben. Sie will sich im internationalen Rahmen verpflichten, bis 2020 die Emissionen von Treibhausgasen um bis zu 40% gegenüber 1990 zu senken, vorausgesetzt, die EU verpflichtet sich als Ganzes zu einer 30%-igen Reduktion. Zugleich plant die Bundesregierung – gemeinsam mit Großbritannien und anderen Ländern –, im „internationalen Konsens“ die Klimagasemissionen bis 2050 um 60% zu reduzieren.

Schon jetzt stellt sich die Frage, ob die mit der internationalen Vorreiterrolle Deutschlands im Klimaschutz verbundenen volkswirtschaftlichen Lasten ohne Schaden für die im Wettbewerb stehende deutsche Wirtschaft beherrschbar sind. Ein isoliertes Minderungsziel von 40% würde von der deutschen Volkswirtschaft noch einmal einen Anpassungsprozess wie nach der Wiedervereinigung verlangen – zusätzlich zum beschlossenen Ausstieg aus der Kernenergie und vor dem Hintergrund schon weitgehend ausgeschöpfter kostengünstiger Minderungspotenziale.

CO₂-Emissionen in Deutschland



Wirkungsgrade von Steinkohlenkraftwerken



Verfügbare Spitzentechnik:
■ Konventionelle Kraftwerke*
■ Kombikraftwerke**
■ Druckkohlenstaubfeuerung*
Heutiger Durchschnitt: ●

Quellen: * Steag, 2002; ** BMWA, 2003

Modernisierungsoffensive für die Kohle

Kostengünstiger Weg zur Klimavorsorge

Kohle ist derzeit und in den kommenden Jahrzehnten der Primärenergieträger mit dem größten Marktanteil in der Stromerzeugung. Zugleich muss die Kohlenverstromung wachsenden Anforderungen an Effizienz und Umweltverträglichkeit genügen. Dem ist mit einer Modernisierungsoffensive für die Kohlenverstromung Rechnung zu tragen.

Die vom BMWA eingeleitete COORETEC-Initiative zur Entwicklung eines emissionsarmen bzw. langfristig emissionsfreien fossilen Kraftwerkes weist hier den Weg.

Gestaffelt nach Zeithorizonten und Entwicklungsstand zeigt sie folgende Entwicklungsrichtungen auf:

- In der nächsten Dekade wird der weltweite Einsatz der

„state of the art“-Technologien als effektivster Weg empfohlen.

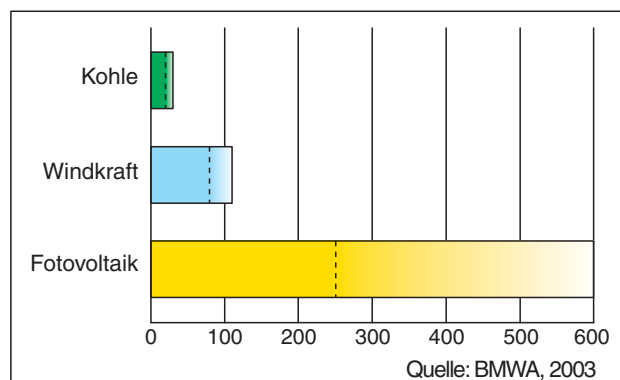
- Mittel- und längerfristig sind Effizienzsteigerungen durch den Einsatz verbesserter Werkstoffe, Prozesse und Komponenten das Ziel.

Beispielhaft dafür ist das in Planung befindliche Referenzkraftwerk NRW, das bis 2010 zum Einsatz kommen soll.

- Zur sehr langfristigen Klimavorsorge ist die Vision eines emissionsfreien Kraftwerkes bereits heute im FuE-Maßstab zu erforschen. Insbesondere die technisch-wirtschaftlichen Möglichkeiten der CO₂-Abscheidung und -Speicherung bedürfen noch der intensiven Untersuchung.

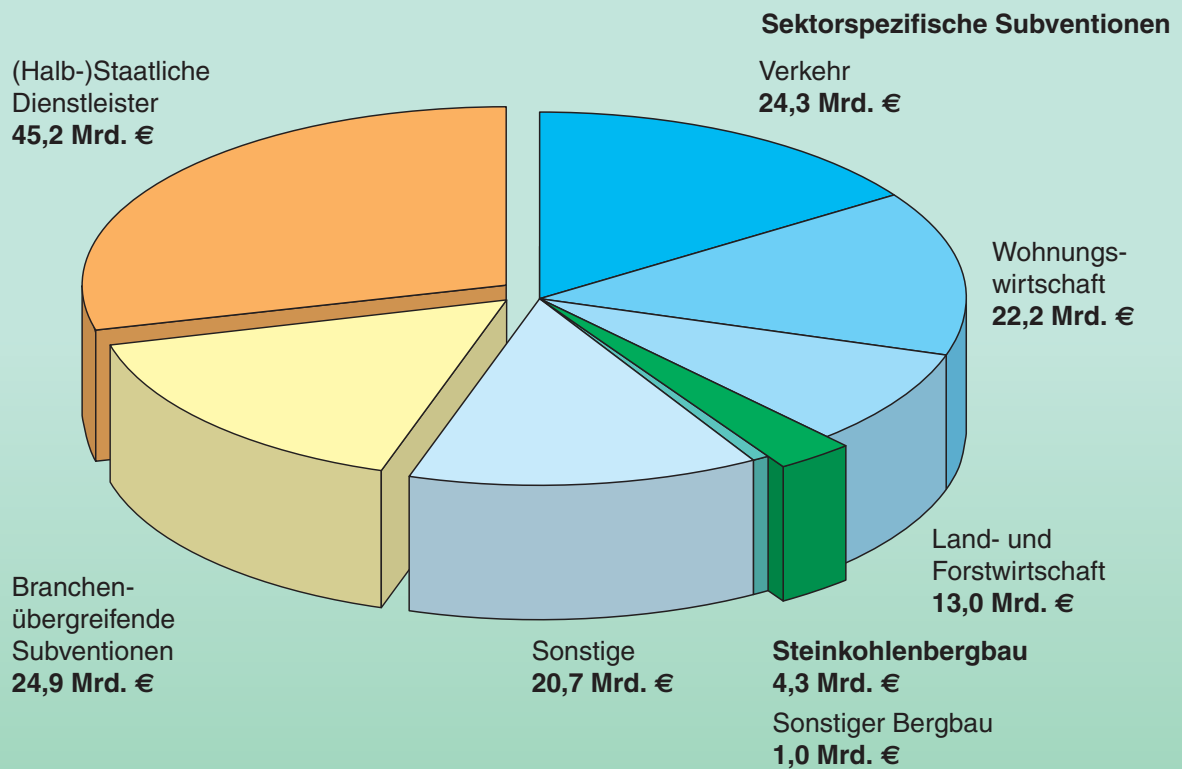
Schon mit einer weltweiten Steigerung der Effizienz der Kohlenverstromung auf den heutigen Stand der Technik ließe sich mehr als das Doppelte der CO₂-Reduktionsverpflichtungen aller Industriestaaten nach dem Kyoto-Protokoll in Höhe von etwa 750 Mio t CO₂ erreichen. Dies zu spezifischen CO₂-Reduktionskosten, die mit 20 - 30 €/t CO₂ deutlich niedriger sind als bei vielen Erneuerbaren Energien, wie der Windenergie und der Fotovoltaik.

CO₂-Vermeidungskosten in €/t CO₂



Subventionsvolumen in Deutschland 2001

155,6 Mrd. €



Quelle: IfW, 2002

Steinkohlenbergbau im öffentlichen Auftrag

Die für den deutschen Steinkohlenbergbau aufgebrauchten öffentlichen Hilfen dienen dazu, im energiepolitischen Interesse einen lebens- und leistungsfähigen Steinkohlenbergbau in Deutschland zu erhalten. Dieser ist ein Beitrag zur Sicherung der Energieversorgung gegen Mengen- und Preisrisiken der Importenergien, eine Plattform für die weltweit führende deutsche Bergbaumaschinenindustrie und die Basis für einen regional- und sozialverträglichen Strukturwandel in den Bergbaurevieren an Ruhr und Saar.

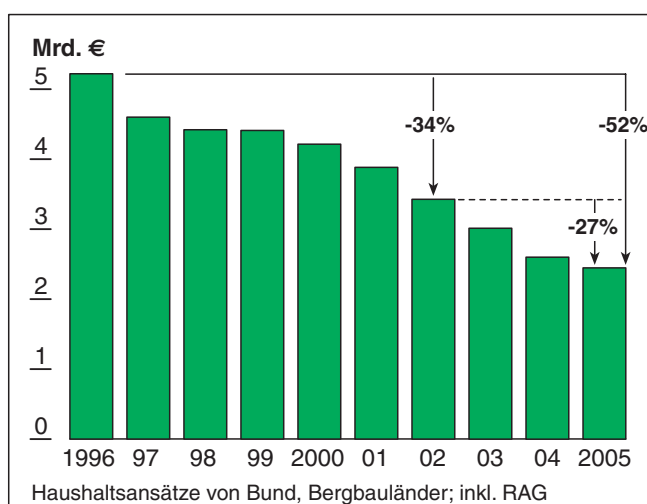
Im Urteil von mehr als 70% der deutschen Bevölkerung sind diese Aufwendungen grundsätzlich gerechtfertigt.

Zugleich ist der deutsche Steinkohlenbergbau der einzige wesentliche Bereich, in dem die öffentlichen Hilfen seit Jahren planmäßig und stetig abgebaut werden, von 1996 bis 2002 um mehr als 30%.

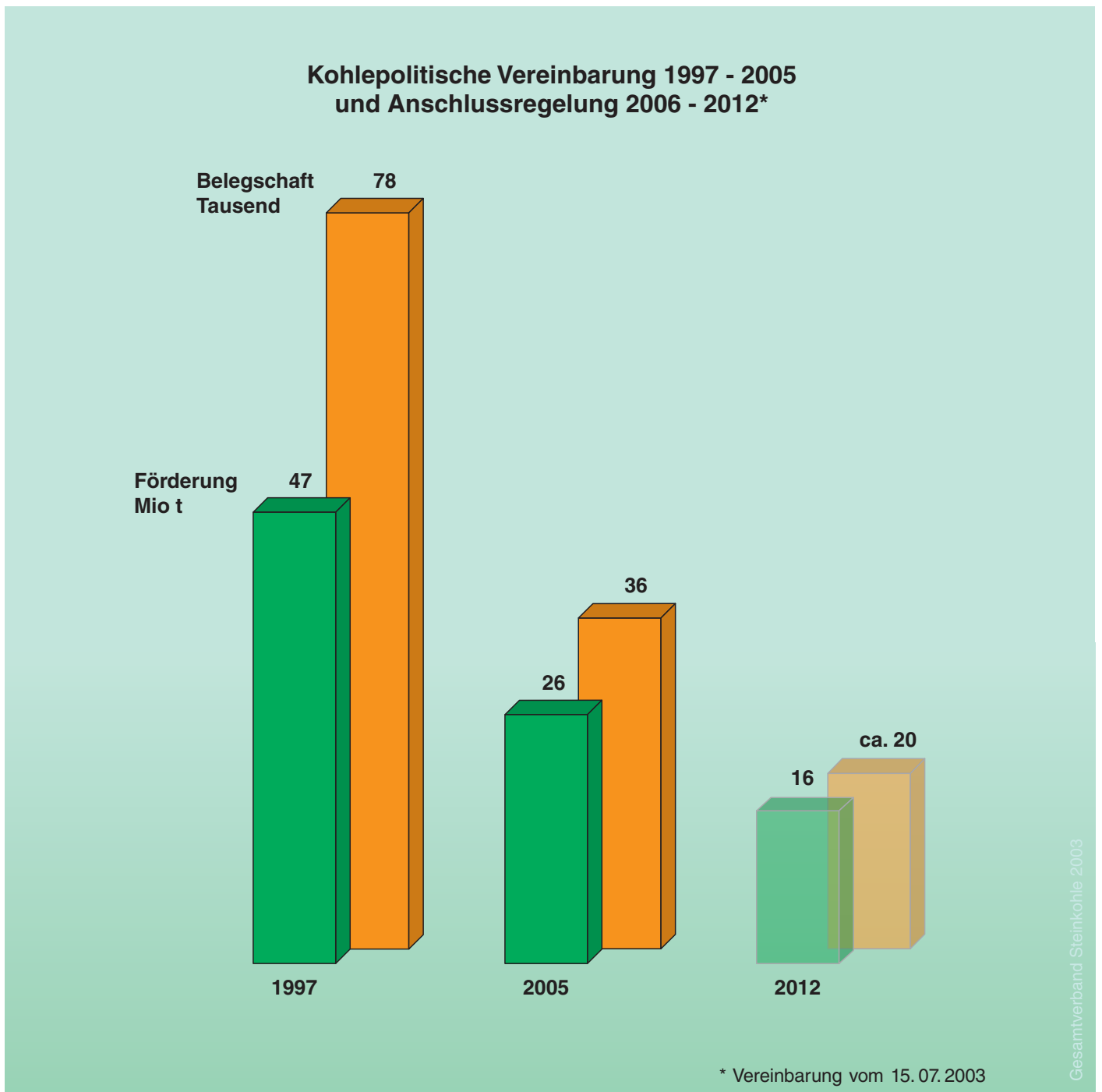
Und dieser Abbau geht weiter. In den Jahren 2003 bis 2005 werden die öffentlichen Steinkohlehilfen um weitere 27% verringert, das ist weit mehr als mit der „Rasenmähermethode“ in anderen Subventionsbereichen erzielt werden soll.

Der Beschluss der Bundesregierung, die Steinkohlenförderung bis 2012 weiter auf 16 Mio t zurückzuführen, bedeutet in der Konsequenz eine weitere deutliche Senkung der Steinkohlehilfen.

Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Kohlehilfen auch zur Abdeckung des Stilllegungsaufwandes sowie der Folgekosten des früher umfangreicheren Bergbaus dienen, die der laufenden Steinkohlenförderung nicht zugerechnet werden können und die auch anfallen, wenn in Deutschland keine einzige Tonne Steinkohle mehr gefördert würde.



Finanzierungshilfen für die deutsche Steinkohle



Kohlepolitische Weichenstellung

Kohlesockel in 2012

Die Bundesregierung hat im Juli 2003 im Einvernehmen mit dem Land Nordrhein-Westfalen, der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie und der RAG Aktiengesellschaft grundsätzlich beschlossen, die Steinkohlenförderung in Deutschland bis zum Jahr 2012 auf 16 Mio t zurückzuführen.

Energiepolitisch heißt dies, dass einem Auslaufbergbau eine klare Absage erteilt wurde und es im Jahr 2012 in Deutschland einen Kernbestand heimischer Steinkohlenförderung geben wird.

Damit wird der Zugang zu den Lagerstätten des größten heimischen Energieträgers auch künftig gewahrt.

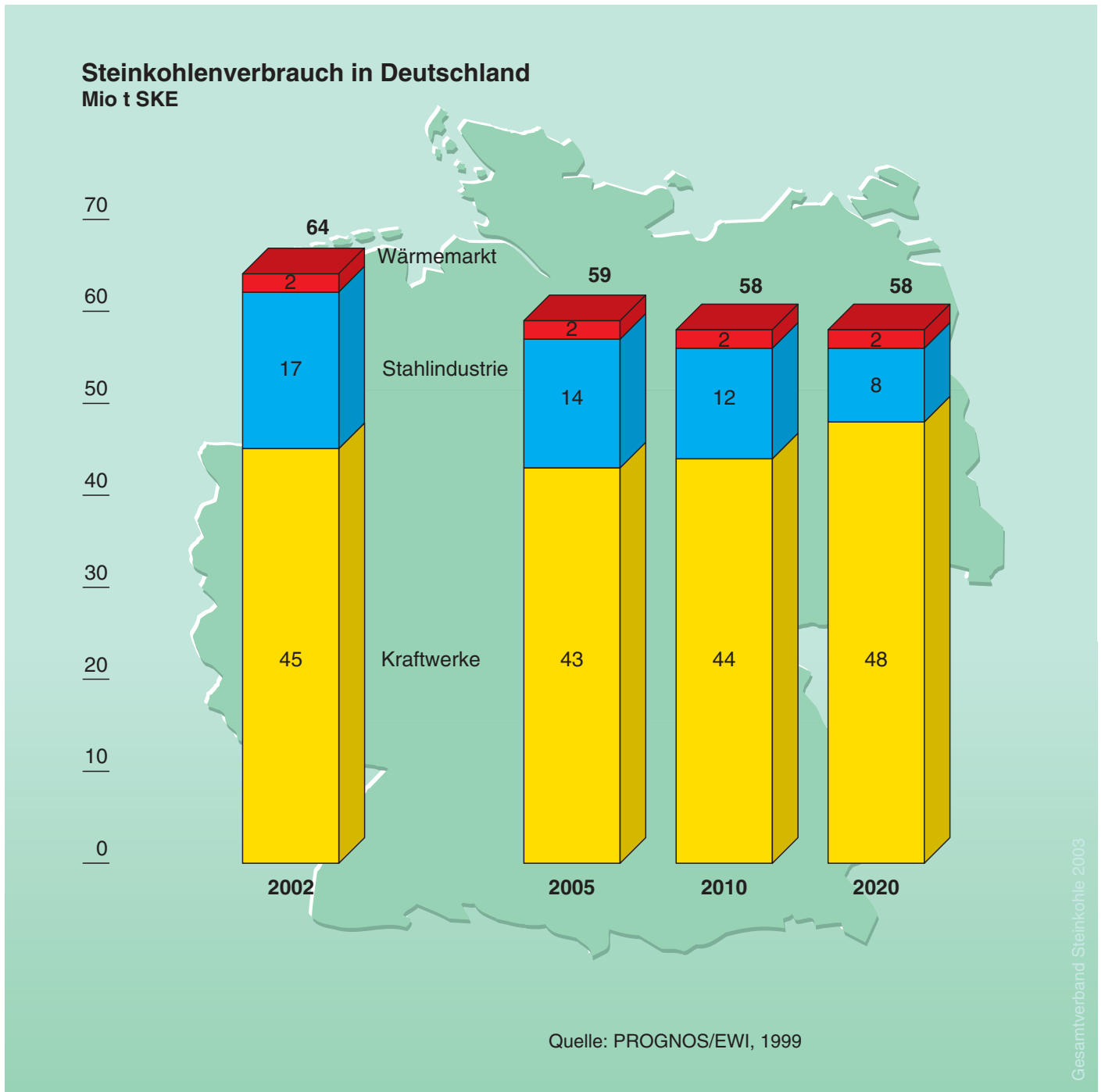
Für den Energiestandort Deutschland ist wichtig, dass mit dem angestrebten Kohlesockel auch der Verbund der heimischen Steinkohle mit der Stromwirtschaft gewahrt bleibt, denn heimische Steinkohle lässt sich nicht ohne weiteres durch Importkohle ersetzen. Auch für die deutsche Stahlindustrie ist eine jederzeit sichere Versorgung mit heimischer Koks- und Koksindustrie ein wesentlicher Standortfaktor.

Für den deutschen Steinkohlenbergbau bedeutet die Entscheidung weitere Einschnitte bei Förderkapazitäten und Belegschaft.

Bis 2007 sind nach den Vereinbarungen mit der EU-Kommission aus dem Beihilfekompromiss 2000 bis zu vier Mio t Steinkohlenförderung stillzulegen. Die Entscheidung über die Stilllegung der Bergwerke Warndt/Luisenthal Anfang 2006 und Lohberg/Osterfeld voraussichtlich im Jahr 2007 wurde bereits getroffen. Weitere Maßnahmen werden ab 2008 wirksam.

Die Beschäftigtenzahl muss von 36.000 Ende 2005 auf eine Größenordnung von etwa 20.000 im Jahr 2012 zurückgeführt werden. Die Personalanpassung soll dabei nach dem erklärten Willen der Politik wie bisher sozialverträglich und ohne Belastung der regionalen Arbeitsmärkte erfolgen.

Eine detaillierte Bergbauplanung wird von der Deutschen Steinkohle AG in den kommenden Monaten erarbeitet. Zu entscheiden ist, welche Förderkapazitäten und -standorte zu dem längerfristig aufrechterhaltenden Steinkohlesockel gehören. Dabei sind neben rechtlichen und betriebswirtschaftlichen auch energie-, struktur-, regional- und sozialpolitische Aspekte zu berücksichtigen.



Steinkohlenmarkt in Deutschland

Wichtige Rolle im Energiemix

Der deutsche Steinkohlenmarkt erreichte im Jahr 2002 einen Umfang von rund 64 Mio t SKE. Für die Strom- und Wärmeerzeugung in Kraftwerken wurden dabei rund 45 Mio t SKE Steinkohle eingesetzt. Der Steinkohlenverbrauch der Stahlindustrie lag bei knapp 17 Mio t SKE.

Die Marktversorgung erfolgte im Jahr 2002 mit rund 27 Mio t SKE aus inländischem Aufkommen und mit 37 Mio t SKE aus Importen. Die Importkohle hatte damit im Jahr 2002 einen Anteil von etwa 57% am deutschen Steinkohlenmarkt.

Größtes Lieferland war Polen, auf das etwa ein Viertel der deutschen Steinkohlen- und Kokseinfuhren entfielen. Weitere 50% stammten aus Südafrika, Australien, Kolumbien und Russland.

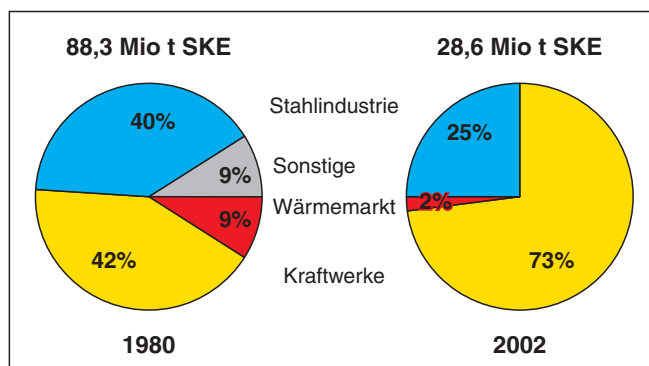
Nach den vorliegenden Energieprognosen könnte der Steinkohlenmarkt in Deutschland in den nächsten zwei bis drei Jahrzehnten etwa das heutige Niveau aufweisen.

Allerdings hängt die künftige Rolle der Steinkohle im deutschen Energiemix maßgeblich von den politischen Rahmenbedingungen ab. Bleibt die Balance zwischen den energiepolitischen Zielen Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Umweltverträglichkeit gewahrt, wird die Steinkohle im Energiemix Deutschlands auch langfristig eine wichtige Rolle spielen.

Verengt sich die energiepolitische Perspektive auf das Klimaziel, könnte es – wie in einigen der jüngst vorgelegten „Energie-wende“-Szenarien, z.B. des Umweltbundesamtes oder des Worldwide Fund for Nature (WWF) unterstellt – zu einer weitgehenden Verdrängung von Stein- und Braunkohle aus dem Energiemix kommen.

Preis- und Mengenrisiken einer derart auf Klimaziele verengten Energiepolitik werden dabei ebenso ausgeblendet wie die Folgen für den Arbeitsmarkt und die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie.

Absatzstruktur deutscher Steinkohlen



Steinkohlenbergwerke in Deutschland



Steinkohlenbergbau als Wirtschafts- und Beschäftigungsfaktor

Enge regionale und sektorale Verflechtungen

Der deutsche Steinkohlenbergbau bleibt eng mit den Energiestandorten an der Ruhr und an der Saar verzahnt und ein bedeutender Impulsgeber für die regionale Wirtschaft:

An jedem Arbeitsplatz im Steinkohlenbergbau hängen bundesweit 1,3 weitere Arbeitsplätze. Von den derzeit über 110.000 Arbeitsplätzen im Steinkohlenbergbau und seinem Umfeld gehen bedeutende Effekte auf den Arbeitsmarkt aus.

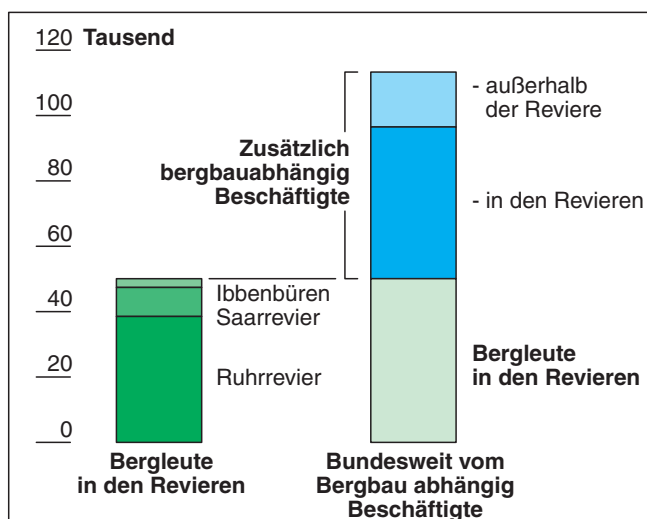
Ein Wegfall dieser Arbeitsplätze hätte dramatische Folgen für die Bergbaureviere mit ohnehin schon überdurchschnittlich hohen Arbeitslosenquoten.

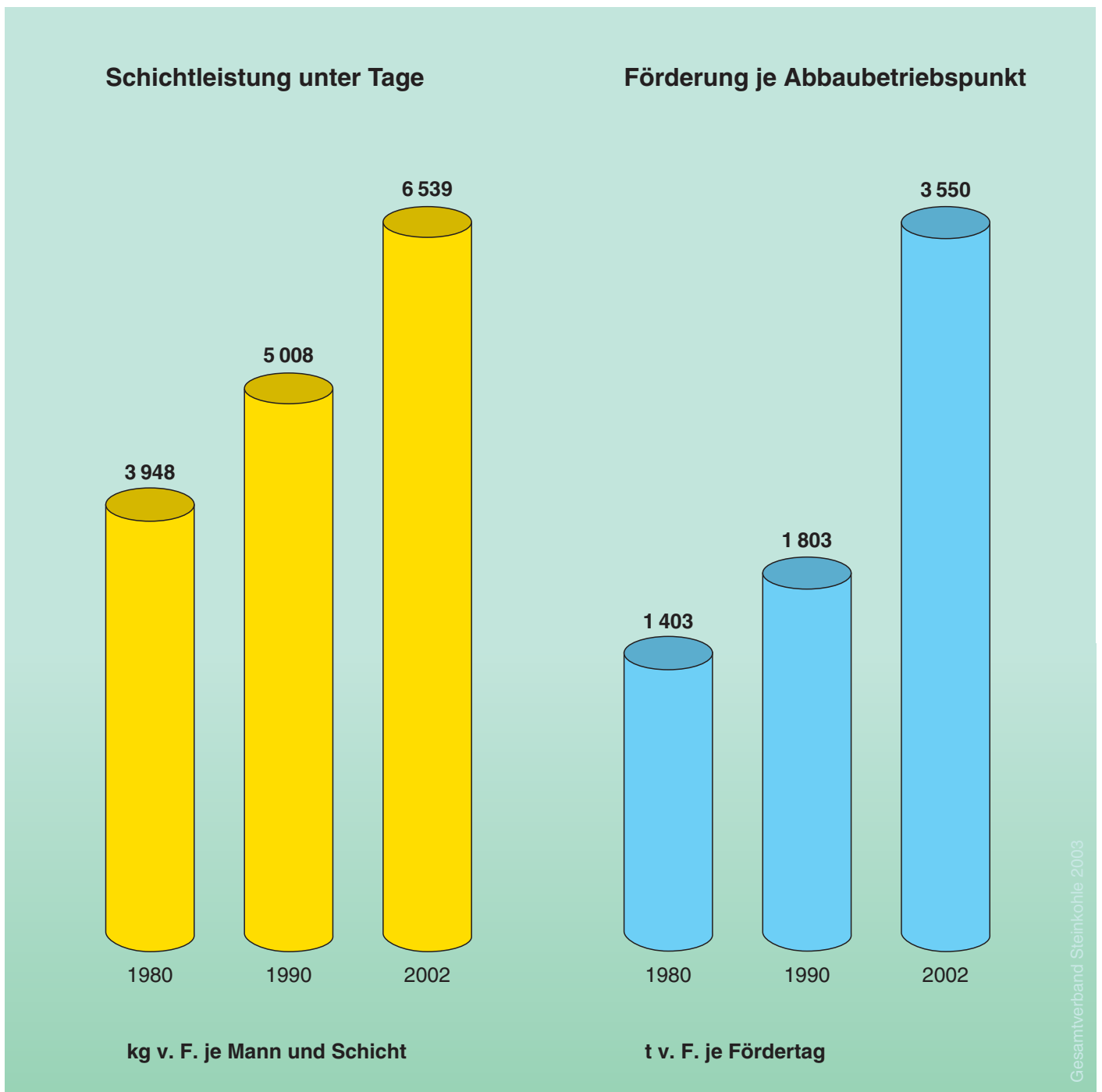
Die heimische Steinkohle deckt rund 50% des Bedarfs der deutschen Steinkohlenkraftwerke, die saarländischen Steinkohlenkraftwerke beziehen ihre Kohle sogar fast ausschließlich vom Saarbergbau.

Auch an anderen reviernahen Kraftwerksstandorten lässt sich die inländische Kohle nicht ohne weiteres durch Importe ersetzen. Ohne die heimische Steinkohle wären sie in ihrer Existenz bedroht, mit unmittelbaren Auswirkungen auch auf die kleineren und mittleren Unternehmen in deren Umfeld.

Der deutsche Steinkohlenbergbau und die mit ihm verbundenen Unternehmen bieten national und international komplette technische Problemlösungen an: Exploration, Bau und Betrieb von Bergwerken und Aufbereitungsanlagen, Kraftwerkstechnologie, Umwelttechnologie, Logistik und Kohlechemie – entwickelt auf der Basis des heimischen Steinkohlenbergbaus – sind weltweit zunehmend gefragt.

Beschäftigungseffekte des deutschen Steinkohlenbergbaus





Rationalisierung im deutschen Steinkohlenbergbau

Optimierung von Technik und Abläufen

Entsprechend den Vereinbarungen der Kohlerunde 1997 wird die Förderung seit dem 1. Januar 2002 aus zehn Bergwerken gewonnen. Damit sind die bis 2005 vorgesehenen Stilllegungs- und Verbundmaßnahmen bereits abgeschlossen. Neben den für 2006 und 2007 zusätzlich beschlossenen Stilllegungen werden darüber hinaus weitere Schritte zur Produktivitätssteigerung auf den Bergwerken folgen.

Infolge der Optimierung von Technik und Abläufen erfolgt die Produktion aus immer weniger Abbaubetrieben. Durch weitere Konzentration auf Hochleistungsabbaubetriebe verringerte sich die Anzahl der Abbaubetriebspunkte von 34 auf 28.

Gruben- und Sicherheitswarte



Nach Überwindung der geologischen und technischen Probleme, die 2001 zu einem deutlichen Rückgang der Fördermenge je Abbaubetriebspunkt und der Leistung unter Tage geführt hatten, konnten 2002 erhebliche Steigerungen erzielt werden.

Diese Erfolge sind auf die ständigen Verbesserungsprozesse bezüglich Technik und Organisation sowie Mitarbeiterqualifizierung zurückzuführen. Durch schrittweise Umsetzung in die Praxis schlagen sich hierin auch die Ergebnisse permanenter Forschung und Entwicklung nieder.

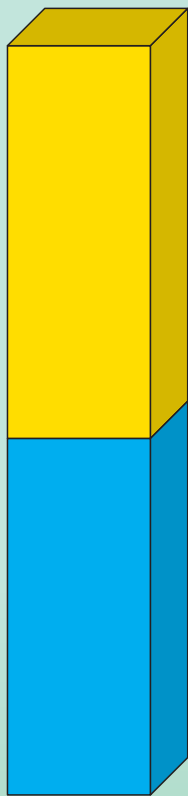
Weitere Rationalisierungsschritte werden folgen, um die Prozesse in Verwaltung, Logistik und Instandhaltung sowie in weiteren Bereichen zu optimieren. Dazu gehören auch neue Wege in der Arbeitszeitgestaltung, um die besonders schwierige Aufgabe der Personalanpassung sozialverträglich gestalten zu können.

Auszubildende im Steinkohlenbergbau

Tausend

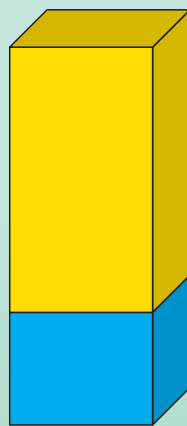
18
16
14
12
10
8
6
4
2
0

16 370



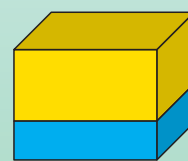
1980

8 254



1990

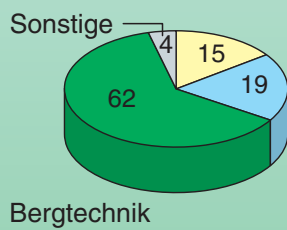
2 411



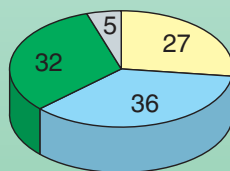
2002

insgesamt

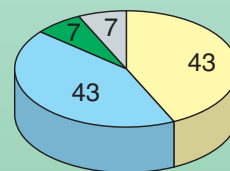
davon
Neueinstellungen



Bergtechnik



Maschinentechnik



Elektrotechnik

Fachrichtungen
in %

Ausbildung im Steinkohlenbergbau

Investition in die Zukunft

Der Strukturwandel gestaltet sich in den Bergbaurevieren aufgrund der allgemeinen Konjunkturschwäche äußerst schwierig. Da die Arbeitslosigkeit seit Jahren auf hohem Niveau stagniert, stößt der sozialverträgliche Personalabbau im Rahmen der 1997 verabredeten Anpassungsmaßnahmen an seine Grenzen.

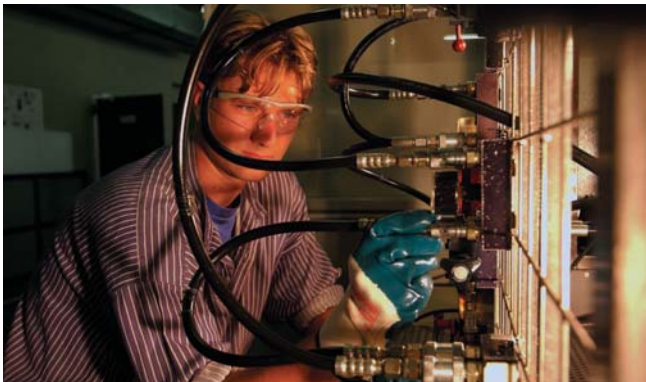
In dieser Situation trägt der Steinkohlenbergbau dennoch seiner gesellschafts- und sozialpolitischen Verantwortung Rechnung und stellt wie in den Jahren zuvor Auszubildende weit über den eigenen Bedarf hinaus ein. Ausbildungseinstellungen sind für eine gesunde Belegschaftsstruktur unerlässlich. Für die Sicherung eines langfristig leistungs- und lebensfähigen Steinkohlenbergbaus, die nur mit jüngeren Jahrgängen erfolgen kann, ist ein

ausgewogener Mix aus Erfahrung und Potenzialen erforderlich. Losgelöst von der späteren Verwendung erhalten die Auszubildenden im Steinkohlenbergbau eine nach wie vor auf hohem Niveau erfolgende Qualifikation in solchen Berufen, die für eine zukünftige Tätigkeit auch außerhalb des Bergbaus qualifizieren.

Von den 2003 rund 850 neu eingestellten Auszubildenden erlernen 45% einen elektrotechnischen Beruf, 41% lassen sich maschinentechnisch ausbilden. Nur 7% erhalten eine bergtechnische Ausbildung. Weitere 7% verteilen sich auf sonstige gewerbliche und kaufmännische Berufe.

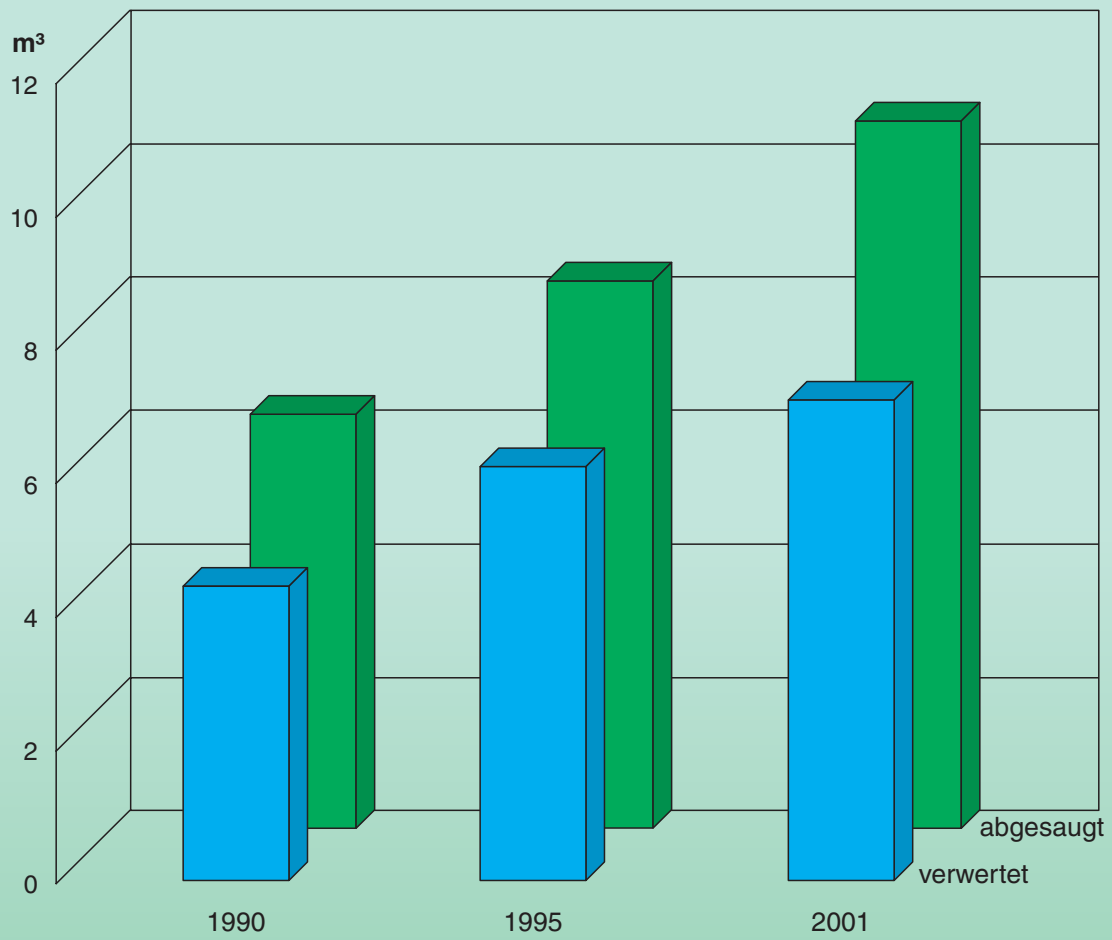
Wie begehrt die Ausbildungsplätze in den Betrieben des deutschen Steinkohlenbergbaus sind, zeigen die hohen Bewerberzahlen. Im Durchschnitt kommen auf jeden Ausbildungsplatz mehr als sechs Bewerber. Für die knapp 30 kaufmännischen Ausbildungsplätze haben sich mehr als 600 Bewerber interessiert.

Ausbildung ist besser als Arbeitslosigkeit. Ausbildung gibt jungen Menschen Perspektiven und sichert die Zukunft. Dazu leistet der Steinkohlenbergbau einen wichtigen Beitrag.



Ausbildung zum Hydrauliker

Grubengasabsaugung und -verwertung aus aktiven Steinkohlenbergwerken



Grubengas pro Tonne geförderte Steinkohle

Deutsche Steinkohle und Klimavorsorge

Grubengasnutzung intensiviert

Wegen seiner Klimarelevanz kommt der energetischen Verwertung von Methan (CH_4), das bei der Gewinnung fossiler Brennstoffe frei wird, große Bedeutung für eine nachhaltige Energieversorgung zu. Das Klimaschutzkonzept des Landes NRW räumt der umfassenden energetischen Verwertung von Grubengas aus energie- und umweltpolitischen Gründen hohe Priorität ein.

Die Nutzung von Grubengas ist heute ein Bestandteil des Energiekonzeptes der Unternehmen des deutschen Steinkohlenbergbaus. Die Minderung der in die Atmosphäre abgegebenen Methanemissionen aus aktiven

und stillgelegten Bergwerken ist auch ein Eckpfeiler der Klimavorsorgevereinbarung des deutschen Steinkohlenbergbaus mit der Bundesregierung vom Juli 2002. Darin erklärt der deutsche Steinkohlenbergbau, seine CO_2 -Emissionen bis zum Jahr 2005 und seine Gesamtspurengasemissionen (einschließlich CH_4) bis 2012 jeweils um 70% bezogen auf das Jahr 1990 zu verringern.

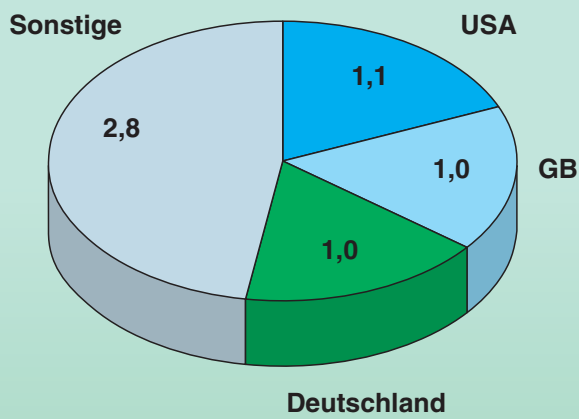
Der überwiegende Teil der Reduktionsleistung bei den CH_4 -Emissionen wird durch eine verstärkte Grubengasnutzung auf aktiven und stillgelegten Bergwerken erreicht. Dazu tragen auch die durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz verbesserten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen bei.

Unter dem Dach der RAG sind zu diesem Zweck zwei Grubengasgesellschaften gegründet worden, die heute schon in fast 80 BHKW-Modulen rund 460 Mio kWh Strom pro Jahr erzeugen. Damit wird jährlich ein Äquivalent von mehr als 2,5 Mio t CO_2 vermieden.

Grubengaskraftwerk



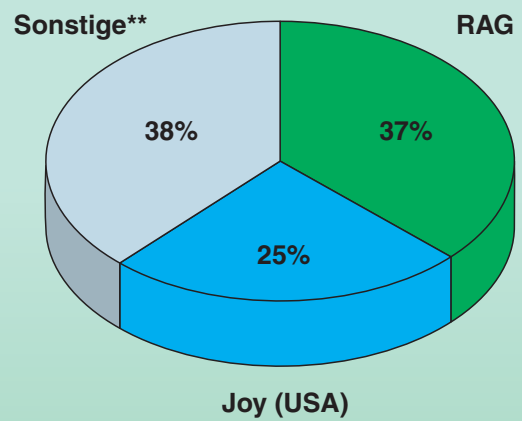
**Exporte
der Bergbauzulieferindustrie***
2002 weltweit insgesamt 5,9 Mrd. €



in Mrd. €

* Unter- und Übertageteknik
Quelle: VDMA, 2003

**Weltmarkt
für Strebtechnik**
2002 insgesamt 1 Mrd. €



** inklusive weitere deutsche Anbieter

Weltweiter Export- schlager

Weltweit ist der Steinkohlenbergbau einer der expansivsten industriellen Wirtschaftszweige überhaupt. Die umweltschonende, nachhaltige Gewinnung von Steinkohle mit untertägigen Spitzentechnologien spielt eine immer größere Rolle. Die seit Jahren stark exportorientierte deutsche Bergbaumaschinenindustrie ist daher auch heute auf allen international bedeutenden Bergbaumärkten mit eigenen Niederlassungen präsent.

Der deutsche Steinkohlenbergbau hat auf Grund seiner schwierigen Lagerstättenbedingungen und wegen der Anforderungen an die Sicherheit, den Arbeits- und den Umweltschutz eine im Weltmaßstab

führende Technologie entwickelt. Er ist Technologieträger für eine breite Palette von innovativen Produkten und erzeugt immer wieder „spin-offs“ für andere Industriezweige.

Der überwiegende Teil der Bergbauzulieferer ist mit seinen Wertschöpfungs- und Beschäftigungspotenzialen in den Bergbauerevieren angesiedelt. So sind z.B. 80% aller Bergbauzulieferer Deutschlands in Nordrhein-Westfalen ansässig. Mehr als 200 überwiegend mittelständische Unternehmen mit über 15.000 Beschäftigten decken die gesamte Palette der Tief- und Tagebautechnik in allen Bergbauzweigen ab.

Zur Aufrechterhaltung des weltweit führenden Standards der deutschen Bergbautechnik ist ein leistungs- und lebensfähiger heimischer Steinkohlenbergbau unverzichtbar. Dieser ist Ausgangspunkt der notwendigen technologischen Innovation und zugleich Experimentierfeld für die Erprobung und praktische Anwendung der hierzulande entwickelten Technologien. Forschung und Entwicklung könnten zwar auch an Auslandsstandorten erfolgen, die damit verbundenen Wertschöpfungs- und Beschäftigungseffekte gingen dann aber für die deutsche Volkswirtschaft verloren.

*Produktion von
Ausbauschilden*





Rechtsstaatlicher Interessenausgleich

Stichwort:

Rahmenbetriebsplan

Rahmenbetriebspläne verdeutlichen die längerfristige Entwicklung des Betriebes. Sie beschreiben das geplante Vorhaben nicht in Einzelheiten, sondern stecken nur den Rahmen ab, innerhalb dessen einzelne Vorhaben durchgeführt werden sollen.

Unter bestimmten Umständen ist ergänzend eine Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) durchzuführen. Die Beschlussfassung über den Rahmenbetriebsplan mit UVP beinhaltet allerdings noch keine direkte Genehmigung des Steinkohlenabbaus.

Hauptbetriebspläne beschreiben die Entwicklung des Betriebes für einen Zeitraum von zwei Jahren und bilden die Grundlage für die Errichtung und Führung des Betriebes.

Sonderbetriebspläne sind für jedes einzelne Vorhaben zur Genehmigung einzureichen. Sie geben detaillierte Auskunft über die eingesetzte Technik, Maßnahmen zur Arbeitssicherheit und zum Gesundheitsschutz sowie zu den konkreten Auswirkungen auf die Tagesoberfläche.

Die Gewinnung von Steinkohle ist von gesamtwirtschaftlicher Bedeutung und liegt im allgemeinen Interesse unserer Volkswirtschaft. Die dabei zwangsläufig auftretenden Einwirkungen auf die Tagesoberfläche sind sowohl aus privatrechtlicher als auch aus öffentlich-rechtlicher Sicht relevant. Das Bundesberggesetz und, darin eingebettet, insbesondere das Rahmenbetriebsplanverfahren sind wesentlicher Ausgangspunkt für die Bewältigung der damit in Zusammenhang stehenden Probleme.

Ziel ist der Interessenausgleich zwischen Einzel- und Gemeinwohl sowie die Transparenz der am Ende des Verfahrens stehenden Entscheidung der Planfeststellungsbehörde für alle Beteiligten. Zentrales Element ist daher die Beteiligung der Öffentlichkeit, indem die betroffenen Kommunen und Privatpersonen sowie die Träger öffentlicher Belange in verschiedenster Form in das Verfahren eingebunden werden.

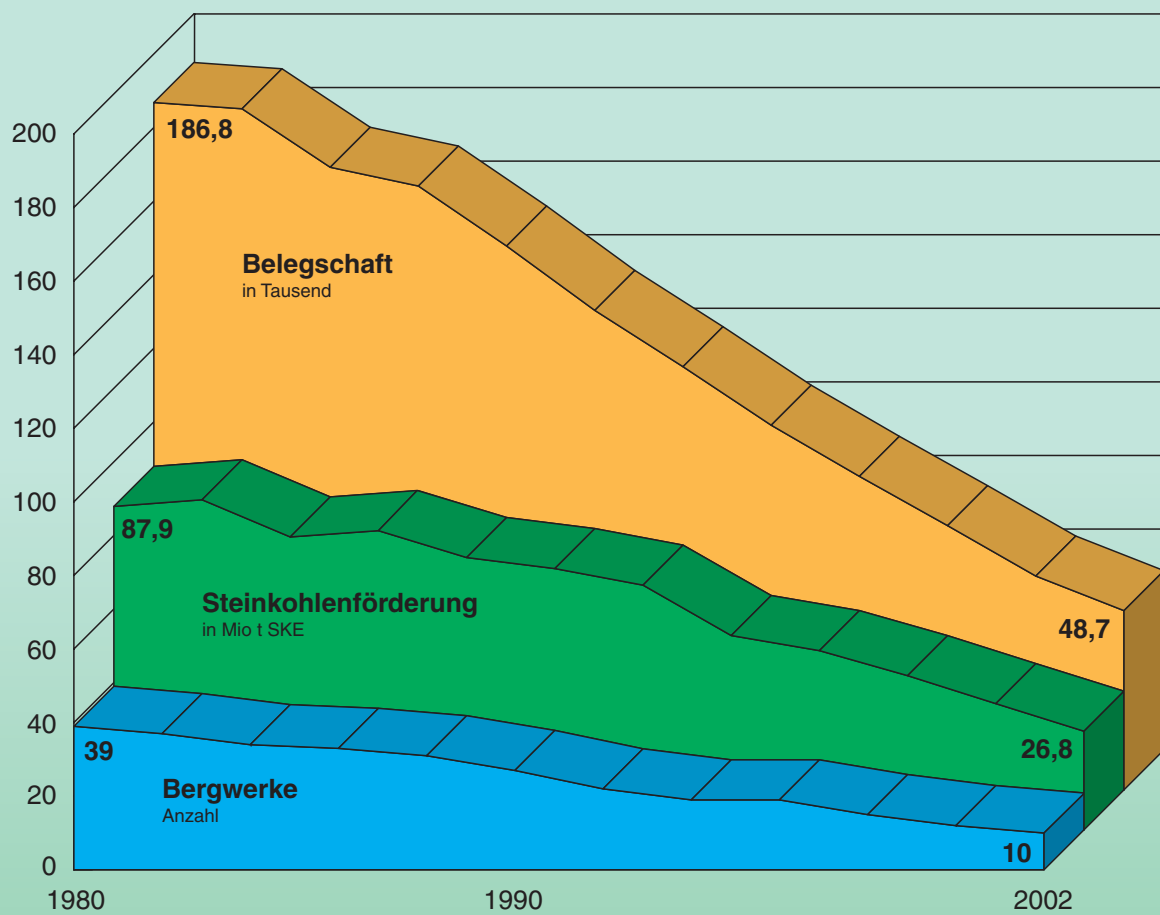
Diese Bürgerbeteiligung ist im Rahmen der Gesetzgebung und der Koordinierungsansprüche innerhalb der EU in den vergangenen Jahren neu geregelt worden und führt zu einer wesent-

lich früheren und intensiveren Auseinandersetzung mit den Auswirkungen des Bergbaus als dies in der Vergangenheit der Fall gewesen war.

Die Bezirksregierung Arnsberg und das Oberbergamt in Saarbrücken als für die Planfeststellung in ihren Bundesländern zuständige Behörden wägen bei ihren Entscheidungen den sich schon allein aus der örtlichen Gebundenheit der Lagerstätte ergebenden Anspruch des Antragstellers auf Zulassung seines Betriebsplans gegen die berechtigten Einsprüche der Betroffenen ab. Daraus resultieren bisher Beschlüsse, die die Umweltverträglichkeit der beantragten Vorhaben feststellen, die Genehmigung aber gleichzeitig zur Wahrung privater und öffentlicher Interessen mit Auflagen und Nebenbestimmungen versehen.

Dieses Verfahren, das sich auf die bestehenden Gesetze und Regelungen stützt, entspricht unserer demokratischen Grundordnung. Es gehört aber auch zum Wesen der Demokratie, dass alle Beteiligten – auch Gegner des Bergbaus – die unter Umständen gerichtsüberprüften Entscheidungen letztendlich akzeptieren.

Anpassung im deutschen Steinkohlenbergbau 1980 - 2002



Steinkohlenbergbau im Strukturwandel

Beispielloser Wandlungsprozess

In der kohlepolitischen Diskussion wird immer wieder behauptet, der Steinkohlenbergbau und die ihm gewährten Kohlehilfen seien exemplarisch für einen gebremsten Strukturwandel, der neuen, zukunftssträchtigen Entwicklungen entgegenstehe.

Der Aufbau neuer Strukturen braucht Zeit und ist wegen der sozialen und regionalen Problematik eine komplexe Aufgabe.

Nicht erst infolge des Abbaus der Kohlehilfen seit 1997, sondern bereits seit Jahrzehnten unterliegt der deutsche Steinkohlenbergbau einem enormen Wandlungsprozess.

So gab es 1957 noch 153 deutsche Steinkohlenbergwerke. 1990 waren es 27, heute sind es 10. Zwei Stilllegungen in den Jahren 2006 und 2007 sind beschlossen, weitere vorgezeichnet. Allein seit 1990 sind die Jahresproduktion um über 60% zurückgeführt und über 67% der Arbeitsplätze abgebaut worden.

Die Kohlehilfen haben dafür gesorgt, dass diese Anpassungen sozialverträglich und ohne größere regionale Brüche vollzogen werden konnten.

Natürlich haben sie auch bewirkt, dass überhaupt noch ein – energiepolitisch erwünschter – Steinkohlenbergbau in Deutschland betrieben werden kann.

Dieser ist seit 1998 komplett auf die Deutsche Steinkohle AG (DSK) konzentriert, um alle verbliebenen Rationalisierungspotenziale voll auszuschöpfen.

Zugleich hat sich das Mutterunternehmen, die aus der früheren Ruhrkohle AG hervorgegangene RAG Aktiengesellschaft, zu einem auch im internationalen Kohlegeschäft tätigen, diversifizierten und künftig neben der Sparte Bergbau/Kohlehandel auf die Bereiche Chemie und Immobilien fokussierten Konzern entwickelt. 40% der Arbeitsplätze und mehr als zwei Drittel seines Umsatzes werden heute außerhalb der deutschen Steinkohle erwirtschaftet. Dabei hat die RAG nicht nur ihre eigene industrielle Basis wachstumsorientiert weiterentwickelt, sondern auch diesen „Wandel mit der Kohle“ aktiv gestalten und den Bergbauregionen aus eigener Kraft viele neue Impulse geben können.

Anhang

Gründung und Aufgaben

Der Gesamtverband des deutschen Steinkohlenbergbaus (GVSt) wurde am 11. Dezember 1968 gegründet. Er hat die satzungsgemäße Aufgabe, die allgemeinen Belange seiner Mitglieder, insbesondere auf wirtschaftspolitischem und sozialpolitischem Gebiet, wahrzunehmen und zu fördern.

Die Tätigkeit des Verbandes erstreckt sich über den nationalen Bereich hinaus auf die Ebene der Europäischen Union sowie auf die Mitwirkung in weiteren internationalen Gremien.

Über die Dachverbände der deutschen Wirtschaft, in denen der GVSt direkt und indirekt vertreten ist, beteiligt er sich an der politischen Willens- und Entscheidungsbildung in Deutschland.

Die Wahrnehmung der Aufgaben erfolgt in enger Zusammenarbeit mit den Mitgliedern.

Mitglieder

RAG Aktiengesellschaft, Essen

Deutsche Steinkohle AG, Herne

DSK Anthrazit Ibbenbüren GmbH, Ibbenbüren

Bergwerksgesellschaft Merchweiler mbH, Quierschied

RAG Saarberg AG, Saarbrücken

Dr. Arnold Schäfer Bergbau GmbH, Saarwellingen

Unternehmensverband Steinkohlenbergbau, Essen

Aufgaben und Organisation des Gesamtverbandes des deutschen Steinkohlenbergbaus

Vorstand

Dr. Werner Müller, Essen,
Vorsitzender,
Vorsitzender des Vorstandes der
RAG Aktiengesellschaft

Dr. Wilhelm Beermann, Essen,
Stellvertretender Vorsitzender

Prof. Dr. Karl Friedrich Jakob,
Essen,
Stellvertretender Vorsitzender,
Stellvertretender Vorsitzender
des Vorstandes der RAG Coal
International AG

Jürgen Eikhoff, Herne,
Mitglied des Vorstandes der
Deutschen Steinkohle AG

Dr. Joachim Geisler, Saarbrücken,
Vorsitzender des Vorstandes der
RAG Saarberg AG

Wolfgang Reichel, Essen,
Geschäftsführendes Vorstands-
mitglied

Dr. Peter Schörner, Essen,
Mitglied des Vorstandes der
RAG Aktiengesellschaft

Dr. Gerhard Sohn, Essen,
Geschäftsführendes Vorstands-
mitglied

Dr. Jürgen W. Stadelhofer, Essen,
Vorsitzender des Vorstandes der
RAG Coal International AG

Bernd Tönjes, Herne,
Vorsitzender des Vorstandes der
Deutschen Steinkohle AG

Ulrich Weber, Essen,
Mitglied des Vorstandes der
RAG Aktiengesellschaft

Michael G. Ziesler, Herne,
Mitglied des Vorstandes der
Deutschen Steinkohle AG

Hauptgeschäftsführung

Wolfgang Reichel, Essen

Dr. Gerhard Sohn, Essen

Geschäftsführung

Politik und Wirtschaft/ Öffentlichkeitsarbeit

Dr. Günter Dach, Essen

Recht/Soziales/Tarife

Elmar Milles, Essen

Impressum

Herausgegeben von der
Geschäftsführung des
Gesamtverbandes des
deutschen Steinkohlenbergbaus
Rellinghauser Straße 1
45128 Essen

Tel.: +49 (0) 201/177 4331
Fax: +49 (0) 201/177 4271
E-Mail: kommunikation@gvst.de
Internet: www.gvst.de

Fotos: DSK
Gestaltung: Medienhaus
AUFDERHÖHE
GmbH by Brockhaus
Solingen
Druck: B.o.s.s Druck und
Medien GmbH, Kleve
ISSN 0343-7981